

# Sommer

Zentral-Organ für die Interessen  
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
 Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.  
 Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
 Telefon: Amt IV, 950.  
 Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
 am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 8.

Berlin, den 23. Februar 1908.

12. Jahrg.

## Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Beleuchtung der Kriminalstatistik.

Der Kapitalistenklasse geht es, wie dem Pharisäer im Evangelium, sie sieht wohl den Splitter in dem Auge des anderen, nicht aber den Balken im eigenen Schutzhorn. Alle Tage entrüsten sich die Herrschaften tausendmal über die bösen verhetzten Arbeiter, über den Terrorismus der Organisierten, gegenüber den Arbeitswilligen. Das vor jetzt 10 Jahren verscharrte Zuchthausgesetz war ein Produkt der Aufhebung des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft. Seit dem Falle des denkwürdigen Wortes von Dinhausen: „Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“, sieht jeder Staatsanwalt seine erste Aufgabe darin, alle solchen Sünder der strafenden „Gerechtigkeit“ zuzuführen. Aber nicht allein das. Auch die Polizei tut gewiß diesbezüglich ihre volle Schulpflicht. Um das Erlo der Vergeltung voll zu machen, helfen auch das Unternehmertum und seine Arbeiterkreaturen nach besten Kräften mit, dem streikenden Arbeiter die Ausübung seines Koalitionsrechtes durch leichtfertige und wissentlich falsche Denunziationen zu erschweren. Dazu kommt noch, daß heute an leider recht vielen Gerichtsstellen einem mit Zuchthaus Verurteilten meist mehr geglaubt wird, als zehn unbescholtenen ehrlichen Arbeitern.

Unter solchen Umständen, und bei der ständigen Zunahme der Lohnkämpfe, Ausperrungen resp. deren Umfang, wäre es also kein Wunder, wenn die gerichtlichen Bestrafungen auf Grund des berühmten § 153 der R.-Gew.-Ord. einen erheblichen Umfang angenommen hätten. Es wäre dann schon auf Grund des Vorhergesagten freilich noch immer nicht bewiesen, daß eine Verrohung der Arbeiterschaft eingetreten ist, oder daß die Herren Arbeitswilligen, dieser Auswurf der Menschheit, ihren reichlich verdienten Lohn für ihre Verräterdienste auch nur zum kleineren Teile heimgezahlt bekommen hätten. Bewiesen wäre nur, daß die Hege der Kapitalistenblätter gegen die Streikenden von wachsendem Erfolge bei den Behörden ist.

Nun sehen wir uns aber einmal die Daten der neuesten Reichskriminalstatistik daraufhin an, ob bei den Arbeitern oder bei den Unternehmern die größten und meisten Sünden gegen die soziale Gesetzgebung begangen werden. Wir werden dann auch begreifen, warum die Scharfmacherblätter gar so laut nach der Polizei, nach dem Staatsanwalt schreien und diesem die Streikfünder in den denkbar schwärzesten Farben, im gruseligsten Stils schildern. Dieser Aufgleicht dem des Epizubens aufs Haar, der da nach Verbestrafen schreit „Haltet den Dieb“, nur um die Verfolger von der eigenen Person abzulenken. Die Unternehmerschaft fühlt eben so viel auf ihrem Korbholz, daß sie alle Ursache hat, durch denkbar lautes Geschrei die allgemeine Aufmerksamkeit von der Beobachtung ihrer größeren Todsünden abzulenken. Wir können das Vorhandensein dieses Bedürfnisses begreifen, wenn wir uns nachstehende Zahlen der Kriminalstatistik, veröffentlicht im vierten Heft der Statistik des deutschen Reiches, herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt, näher betrachten. Zeigen doch sie uns allzu deutlich, wie weit es mit der Achtung der sozialen Gesetzgebung bei den Kapitalisten her ist. Sie pflegen auf das Gesetz, wo sie dies ohne allzu großes Risiko tun können.

Es sind demnach gerichtlich bestraft worden:

Arbeiter wegen Verletzung der Koalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiter, § 153 der Reichsgewerbeordnung:	In den Jahren					
	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Dagegen Unternehmer wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Lohnzahlung, § 146 der Gewerbeordnung:	187	125	818	895	785	1125
Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen, § 146, Nov. 2, in Verbindung mit § 185, 186, 187, 189, 189 a der Gewerbeordnung:	55	65	48	79	68	65
Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Gewährung von Ruhezeit und Mittagspause an das Personal in offenen Verkaufsstellen, § 189 c der Gewerbeordnung:	1182	919	1201	1635	2131	2207
Eintragung kennzeichnender Merkmale in Arbeitsbücher oder Zeugnisse durch Gewerbetreibende, § 146, Nov. 3, der Gewerbeordnung:	—	161	119	189	198	801
Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, § 146 a in Verbindung mit § 41 a, 41 b, 55 a, 105 b, 105 g der Gewerbeordnung:	—	11	2	8	8	2
Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Ladenschluß, § 146 a in Verbindung mit § 189 e, 189 f, Abs. 1 und 4, der Gewerbeordnung:	6982	7865	8057	9057	8638	9922
Überschreitung der den Krankenversicherungspflichtigen gegenüber zulässigen Lohnabzüge durch Arbeitgeber oder deren Angestellte, § 82 in Verbindung mit § 58, 65 des Krankenversicherungsgesetzes:	2880	2271	1830	1969	2092	2488
Verträge über Nichtanwendung des Krankenversicherungsgesetzes zum Nachteile der Versicherten, Beschränkung der Versicherten in der Uebernahme oder Ausübung von Ehrenämtern durch Arbeitgeber oder deren Angestellte § 82 in Verbindung mit § 80 des Krankenversicherungsgesetzes:	90	18	12	20	19	25
Unterlassene Einbehaltung von Beiträgen zur Krankenversicherung durch zahlungsunfähige Arbeitgeber § 82 in Verbindung mit § 58 Abs. 3 des Krankenversicherungsgesetzes:	—	8	6	7	2	8
Rechtswidriges Verhalten der den Versicherungs-pflichtigen in Abzug gebrachten an die Krankenkasse abzuführenden Lohnbeträge durch Arbeitgeber, § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes:	—	78	102	106	194	215
Verträge über Nichtanwendung des Invalidenversicherungsgesetzes zum Nachteile der Versicherten, Beschränkung der Versicherten in der Uebernahme oder Ausübung von Ehrenämtern durch Arbeitgeber oder deren Angestellte § 180, 183 des Invalidenversicherungsgesetzes:	204	228	182	268	340	840
Überschreitung der den Invalidenversicherungspflichtigen gegenüber zulässigen Lohnabzüge durch Arbeitgeber oder deren Angestellte, unterlassene Einbehaltung von Beiträgen zur Invalidenversicherung durch zahlungsunfähige Arbeitgeber, § 181 und 183 des Invalidenversicherungsgesetzes:	—	15	10	4	8	7
Widerrechtliche Zurückbehaltung von Quittungskarten § 181 Nov. 4 und § 183 des Invalidenversicherungsgesetzes:	811	96	124	148	181	177
Unterlassene Verwendung der zum Zwecke der Invalidenversicherung in Abzug gebrachten Lohnbeträge durch Arbeitgeber § 182, 183 des Invalidenversicherungsgesetzes:	—	124	140	177	188	212
Eintragung kennzeichnender Merkmale in Quittungskarten § 181 des Invalidenversicherungsgesetzes:	—	112	171	201	254	246
So das soziale Sündenregister der Herren Arbeitgeber, es sieht im Vergleich mit dem der Arbeiter recht „niedlich“ aus. Die Bilanz ist also folgende:	—	5	2	4	—	4

Die Arbeitnehmer sind ihrer sozialen Sünden wegen in den Jahren 1901 bis inkl. 1906 in 2935 Fällen, die Arbeitgeber dagegen in der gleichen Zeit in 79 181 Fällen gerichtlich bestraft worden. Oder in mathematischer Gleichung:

$$\begin{aligned} \text{Arbeitgeber} &= 100 \\ \text{Arbeitnehmer} &= 3,7 \end{aligned}$$

Also kommen auf 100 bestrafte Arbeitgeber gegen 3,7 bestrafte Arbeiter. Wäre das nicht ein durchschlagendes Material zur Begründung einer Zuchthausvorlage gegen die Unternehmerschaft?

Es muß aber immer noch bei Beurteilung dieser Zahlen für die Arbeitgeber erschwerend in Betracht gezogen werden, daß alle die zehntausende

Polizeistrafen, die ihnen zugedacht wurden, hier gar nicht einbezogen sind. Und noch belastender ist für die Herrschaften die Tatsache, daß soziale Sünden der Unternehmer stets von den Behörden mit der allergrößten Milde, mit der denkbarsten Rücksicht behandelt werden. Weiter ist zur Genüge bekannt, daß Polizei und Gewerbeinspektoren über strafbare Mängel und offensichtliche Gesetzesverletzungen der Unternehmerschaft wenn irgend möglich hinwegsehen, daß die Behörden in solchen Fällen zumeist nicht nur eines, sondern oft alle beiden Augen zudrücken. Dagegen ist in tausenden Fällen erwiesen, daß für den Arbeiter schon das bloße Streikpostensitzen genügt, um ihn vor den Strafrichter zu bringen, ferner Genbarmerie, Polizei und Unternehmertum miteinander wetteifern, Streikposten zur Bestrafung zu bringen. Und trotz alledem ein solches Ergebnis in der Kriminalstatistik!



Die ganze bürgerliche Presse entrüstet sich täglich mindestens zwei Mal über den „Terrorismus“ der Streikenden; aber noch nie haben wir in einem solchen Blatte auch nur ein Wortlein gegen die Gesetzesverlezer unter dem Unternehmertum gefunden. Alle die Sünden der Unternehmer gegen die Arbeiter, sie werden sorgsam mit dem großen undurchdringlichen Mantel der Liebe zugebedekt, während man andererseits gegen den Arbeiter, der mit dem Streikbrecher um sein ehrlich Brot ringt und dabei nicht alle diplomatischen Höflichkeitformen beachtet, heßt und heßt bis ihm die Polizei in den Nacken sßt. Heuchler und Pharisäer sind es, die so handeln. Auf 2 Millionen organisiert Arbeiter entfallen in langen Jahren 2935 Fälle, in denen sich Arbeiter durch ein unvorsichtiges Wort, durch ein Handausheben gegen einen Streikbrecher vergangen, oder der Aufforderung der Polizei auf Entfernung vom Überwachungsposten nicht schnell genug Folge geleistet haben. Das sind im Durchschnitt 469 Fälle im Jahre im ganzen deutschen Reich, gleich 0,024 pCt. der in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Ihr Scharfmacher nehmt Euch ein Beispiel an der organisierten Arbeiter-schaft in bezug auf Gesetzbücherei, macht es nach, Ihr Herrschaften, Ihr bringt es nie fertig.

Über vergleichen wir einmal die allgemeine Kriminalität mit der der organisierten Arbeiter-schaft, soweit annähernd vergleichbare Ziffern vorhanden sind. Es sind die § 8 über Verleumdungen und Körperverletzungen, die in Betracht kommen. Hier finden wir allein für das Jahr 1906, das gleiche Jahr, das die Höchstziffer der Vergehen gegen § 153 b. Gew.-Ord. aufweist, folgende Zahlen. Verleumdungen wurden in diesem Jahre in 61629 Fällen, Körperverletzungen leichten Grades 29745 und schweren Grades 106703 durch gerichtliche Verurteilungen geahndet. Auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung wurden aber nur 1125 Fälle abgemittelt. Was beweisen uns die Vergleiche? doch nur, daß die gewerkschaftliche Organisation im hohen Maße erzieherisch auf ihre Angehörigen eingewirkt hat. Diese Zahlen beweisen, daß die organisierten Arbeiter gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung die reinen Engel sind.

Ihr Agitatoren, die Ihr tagtäglich mit der ganzen Meute des Kapitalismus kämpfen müßt, schlagt den Verleumdern der Arbeiterklasse diese Zahlen um die Ohren. Zeigt den Scharfmachern, Ihren Gesellen und Scribenten an der Hand der reichsdeutschen Kriminalstatistik, in welchem Lager die Gesetzesverächter sitzen.

Die Herrschaften mögen erst die Berge Schmutz vor ihren Türen beseitigen und dann dürfen sie vielleicht auch die Arbeiter auffordern, die abgelagerten Stäubchen vor deren Eingängen wegzuföhren! Zur Enttäuschung über die heutigen Zustände hat wirklich nur die Arbeiterschaft begründete Ursache.

„Der Chauffeur.“

Unser Artikel unter dieser Ueberschrift hat gewirkt. Die Herren Pseudochauffeure sind ganz aus dem Häuschen. Man hat uns sogar die wirklich unverdiente Ehre angetan, unseren Bericht als besonderen Punkt in einer Versammlung zu behandeln. Herr Helm bestreitet, Redakteur an einer Brünner Tageszeitung gewesen zu sein, er scheint wirklich ein schlechtes Gedächtnis zu haben, denn in voriger Versammlung hat er sich gerühmt, daß er in dieser seiner Stellung Conditions arrangiert habe. Tut aber nichts zur Sache, ob er Redakteur oder Verleger war, auf alle Fälle muß er sich jetzt ein neues Betätigungsfeld suchen. Er vertiegt oder schreibt den „Chauffeur“ hat aber selbst nicht die blasseste Ahnung vom Kraftwagenführerberuf, hält sich aber trotzdem für einen Fachmann. Das genügt. Dazu das Nüchtern mit der Bekanntschaft vom Polizeipräsidenten, der Herr wird mit einem Schwamm gesprochen haben.

Herr Kaufmann Eißner bestreitet, daß er zur Zeit der Aussperrung noch Direktor der T. N. G. war. Aber als Bevollmächtigter der T. N. G. hat Herr Eißner im Namen des Vereins der Kraftwagenbesitzer bei den Verhandlungen figuriert, das genügt. Wahrscheinlich hat dieser Herr dabei die Interessen der Führer vertreten, nicht wahr? Daß der Chauffeur Holz sich rechtfertigt, ist gewiß seine Pflicht und er hat es auch sehr nötig, die Dinge in einem ihm günstigen Lichte darzustellen. Allerdings, was Holz jetzt betreibt, ist noch lange nicht Solidarität. Andererseits war es der Chauffeur Richter, nicht Franke, wie wir trübsinnig schrieben, der die traurigen Arbeitsverhältnisse der Kraftwagenführer schilderte.

Noch nie haben wir so herzlich gelacht, als wie zur Zeit, als der Herr Vorsitzende der Genossenschaft den Streik bei Sandorf kritisierte. Da hat er zu deutlich gezeigt, was Geistes Kind er ist.

Und derselbe „Chauffeur“, dessen Redaktion sich so unmäßig über unsere wahrheitsgetreue Berichterstattung aufregt, nimmt selber mit der Tatsache nicht besonders genau, wenigstens soweit dies die Ausfüh-

rungen unseres Kollegen Weder anbetrifft. Dieser schreibt uns:

„Ich erkläre: Ueber den Bericht im „Courier“ könnte ich mich nicht auslassen, da ich in der Versammlung nicht zugegen war und auf die Einzelheiten nicht eingehen könnte. Die Ausführungen des Herrn Ohnstein treffen in keiner Weise zu und zengt, daß die Herren keine Ahnung von der Arbeiterbewegung haben. Was die Interessen der Chauffeure anbetrifft, hat der Verband diese stets in dem weitgehendsten Maße vertreten, der letzte Beweis dafür wurde bei der Aussperrung der Automobilfahrer beobachtet. Daß die Einführung einer behördlichen Fahrschule anbetrifft, wird der Verband der Genossenschaft in keiner Weise hinderlich sein, jedoch müßte eine solche auf paritätischer Grundlage beruhen, wenn sie aber von der Genossenschaft gegründet werden soll, wird es ebenso wie bisher bleiben und diese dann nur als Privatschule betrachtet werden können. Wenn Herr Ohnstein sagt, daß der Chauffeur einen besonderen Stolz und eine höhere Bildung besitzt, so muß es doch Wunder erregen, daß diese Eigenschaften nur durch Aenderung des Berufs eintreten könnten, da doch der größte Teil der Chauffeure aus ehemaligen Arbeitern hervorgegangen ist. Wenn Herr Ohnstein weiter behauptet, daß der Chauffeur mit dem Transportarbeiter nichts gemein hat, so ist dies eine ganz falsche Ansicht, denn wenn der Chauffeur den halbtäglichen Fahrschein verliert, muß er zu seinen Kollegen, den Transportarbeitern oder sonstigen Berufsangehörigen zurückkehren. Im übrigen ist das Los der Chauffeure kein so rosiges, daß er jemals seine Interessen vertreten sehen könnte in einer Korporation, die einen derartigen Standpunkt vertritt. Was die Ausführungen des Vorsitzenden, Herrn Helm, anbetrifft, so waren dieselben außerordentlich wertvoll. Der Herr hat mit der ehrlichen Ueberzeugung den echten Unternehm-erstandpunkt vertreten. Wenn Herr Helm sich von Herrn Sandorf Auskunft geholt, ist es klar, daß er nicht die schlechteste bekommen hat. Mit derartigen Ansichten können aber die Interessen der Chauffeure nicht vertreten werden. Wenn bei Sandorf wirklich Löhne bis 45 Mtl. gezahlt wurden, so traf das höchstens bei den sogenannten Landfahrern zu, die von früh 7 Uhr bis nachts 2 Uhr tätig waren, und kommt auf die Stunde ein Lohn von 35 Pfennig heraus. Für einen derartigen Lohn sollte sich jeder Chauffeur bestens bedanken und wird Herr Helm wohl mit seiner Ansicht allein dastehen. Diese meine Ausführungen wurden auch von dem Vorstandsmittglied, Herrn Holz, bestätigt und konnte ich mit Genugtuung bemerken, daß die anwesenden Chauffeure mit meiner Ansicht sympathisierten.“

Wieviel Ahnung aber die Redaktion des „Chauffeur“ von der Tätigkeit der Transportarbeiter hat, geht aus folgendem hervor. Sie schreibt:

„Es liegt uns fern, den Transportarbeiter in der allgemeinen Wertschätzung herabschätzen zu wollen, aber der Platz des Chauffeurs ist nun und nimmer neben diesem zu suchen. Der Kraftwagenführer ist im allgemeinen ein gelernter Arbeiter, Schlosser, Maschinenbauer oder Mechaniker, hat er aber in früherer Zeit eine Pferdebockse oder dergleichen gefahren, so mußte er sich die nicht einfachen Kunstgriffe der Motorbedienung aneignen, in jedem Falle müssen eine Reihe von technischen Kenntnissen in Verbindung mit Fachgeschwindigkeit vorhanden sein, die ihn denn doch bezeichnen über das durchschnittliche Niveau des Transportarbeiters erheben. Mag man immerhin auf jener Seite die Neigung haben, alles zu nivellieren, die Tatsache läßt sich für die Gegenwart nicht aus der Welt schaffen, daß jeder Beruf sein berechtigtes Standesbewußtsein hat, das die Freude an seiner Arbeit nach erhält, und die soll man nicht töten! Und darum richten wir an die Chauffeure den Ruf: „Sammelt Euch unter unserer Fahne, Euer Platz ist nicht neben dem Transportarbeiter!“

Solch blühender Blödsinn richtet sich selbst, er ist keines Wortes Widerlegung wert. Nur die Allerdümmsten werden auf solche Logik hineinfallen. Wenn es aber unter den Chauffeuren noch solche Dummgehirne geben sollte, dann beweist dies nur, daß sie noch weit unter dem Niveau der Transportarbeiter stehen.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Mürnberg-Fürth. In der am 12. Februar stattgefundenen Versammlung der Trägerinnen der „Fränkischen Tagespost“ wurde nach eingehender Erörterung aller Punkte der von der Lohnkommission mit der Fränkischen Verlagsanstalt ausgearbeitete Entwurf einer Vereinbarung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zeitungsträgerinnen betreffend, einstimmig angenommen. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Vereinbarung.

Zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Nürnberg-Fürth, als Vertreter der Zeitungsträgerinnen der „Fränkischen Tagespost“, einerseits und dem Verlag der „Fränkischen Tagespost“ andererseits kam heute folgende Vereinbarung zu Stande:

- a) Vom 1. März 1908 ab erhalten die Trägerinnen der „Fränkischen Tagespost“ für das Austragen:
  - a) bei Wochenabonnements 4 Pfg. pro Woche und Exemplar;
  - b) bei Monatsabonnements 14 Pfg. pro Monat und Exemplar;
  - c) für Abonnements der Witve-Korporationen 14 Pfg. pro Monat und Exemplar.

Die Traggebühren zu Punkt c ist mit 10 Pfg. von dem betreffenden Wirt zu erheben, während die restlichen 4 Pfg. von der Expedition jeweils am Monatschluß gezahlt werden.

Für weite, auseinanderliegende Touren unterliegt ein eventuelle Vergütung der freien Vereinbarung.

Das Einlegen von Reklamebeilagen wird in jedem Falle mit 80 Pfg. pro Tour und Trägerin vergütet.

Die Dauer der Arbeitszeit richtet sich nach der Anzahl der auszutragenden Exemplare, die in der Regel nicht über 250 betragen darf, sowie auch der Tour der Trägerin. Die Arbeitszeit beginnt mit dem Erscheinen der Zeitung und bestimmt die Expedition, zu welcher Zeit die Trägerinnen in der Druckerei zu erscheinen haben. Erscheint die Tagespost später als festgesetzt, so wird für die erste halbe Stunde Wartezeit eine Entschädigung nicht gewährt, jede weitere halbe Stunde wird mit 10 Pfg. pro Trägerin vergütet.

Eine Störung des Betriebes durch Maschinendefekte oder elementare Ereignisse setzt diese Bestimmung außer Kraft.

Die Kündigungsfrist ist gegenseitig eine 14 tägige und kann nur am Wochenschluß erfolgen.

Die Krankentage- und Invaliditätsbeiträge zahlt der Verlag der Tagespost. Ebenso sind die Trägerinnen bei der Buchdruck-Unfallberufsgenossenschaft versichert.

Für genügenden Platz zum Einlegen der Beilagen sowie für Sitzgelegenheit hat der Verlag nach Möglichkeit zu sorgen.

Die Trägerinnen sind bei ihrer Einstellung auf die Pflicht, sich beim Transportarbeiter-Verband zu organisieren, hinzuweisen.

In Krankheitsfällen oder sonstiger Verhinderung hat die Trägerin unverzüglich der Expedition Meldung zu machen. Nach erfolgter Mitteilung seitens der Geschäftsleitung stellt der Arbeitsnachweis des Transportarbeiter-Verbandes die nötigen Aushilfspersonen.

Kinder unter 14 Jahren dürfen von den Trägerinnen zur Mithilfe beim Austragen nicht verwendet werden.

Auch wird die Geschäftsleitung unter keinen Umständen dulden, daß Kinder in die Geschäftsräume der Tagespost mitgebracht werden. Kehrt sich eine Trägerin trotz wiederholter Warnung an diese Bestimmung nicht, so ist der Verlag berechtigt, die Betreffende ohne Gehalt der Kündigungsfrist zu entlassen.

Die Trägerinnen sind gehalten, den Abonnenten der Tagespost die Zeitung in die Wohnung zu bringen und kann, wenn wiederholt begründete Beschwerden über schlechte Zustellung bei der Expedition einlaufen, Entlassung der Trägerin zur Folge haben, wenn sie nicht für Abhilfe Sorge trägt.

Das vom Verlag zu liefernde Abonnentenbuch hat jede Trägerin in peinlichster Ordnung zu halten, damit in Krankheitsfällen die Ersatzträgerin leichtes Arbeiten hat. Ab- und Zugänge, sowie Wohnungsänderungen im Abonnentenstand hat jede Trägerin in der Expedition sofort anzumelden.

Auf je 100 Exemplare wird jeder Trägerin ein Freixemplar gewährt.

Die Ablieferung der einklassierten Abonnementsgelber hat jeweils Montags zu geschehen. Von der Hinterlegung einer Kaution, wie im bürgerlichen Zeitungsvertrag üblich, wird abgesehen, doch wird von jeder Trägerin erwartet, daß sie ihren Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommt.

Vorstehende Abmachungen gelten bis zum 31. März 1910. Dieselben laufen auf ein Jahr weiter, wenn nicht von einem der vertragschließenden Teile eine Kündigung erfolgt, welche 4 Wochen vor Ablauf einzureichen ist.

Mürnberg, den 8. Februar 1908.

Für die Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.).

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband (Zentrale Nürnberg-Fürth).

Der Vorsitzende erinnerte die Kolleginnen daran, welche nennenswerte Vorteile die Zeitungsträgerinnen durch diesen Abschluß erreicht haben und forderte zu weiterem Mitarbeiten innerhalb unseres Verbandes auf, denn bei vielen Gelegenheiten könnten gerade die Zeitungsträgerinnen sehr gut bei unserer schweren Agitationsarbeit vorzüglich mitwirken.

Als Vertrauensperson wurde wiederum die Kollegin Elise Lorenz mit großer Majorität gewählt.

Automobilführer.

Berlin. In der letzten Versammlung ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Die am 13. Februar 1908 in dem „Gesellschaftshaus Berliner Muster“ abgehaltene Versammlung der Kraftwagenführer nahm Stellung zu der in der letzten Zeit so lebhaft diskutierten Führerfrage und kam zu folgendem Resultat:

Die Ausbildung der Kraftwagenführer durch die sogenannten „Chauffeurschulen“ unter der Leitung von Privat-unternehmern ist als eine vollständig ungenügende anzusehen, weil diese den Lernenden große Kosten verursachen, wofür der Schüler kaum die allernötigste Kenntnis zur Führung eines Kraftwagens erreicht.

Was der Kraftwagenführer heute an Fachkenntnissen besitzt, hat er sich durch Mühe und Intelligenz, während der Handhabung seiner praktischen Arbeit selbst erworben.

Der in Privatschulen ausgebildete Fahrer wird für die noch ungenügende technische Ausstattung des Kraftwagens — insbesondere der Lenkbarkeit, Rauchentwicklung, Fahrgeschwindigkeit etc. — von seiten der Behörden und Gerichte verantwortlich gemacht.

Daher fordern die Versammelten, im Einverständnis mit denjenigen Kollegen, welche durch Arbeit verhindert sind an der Versammlung teilzunehmen, von den gelegenden Körperschaften:

Eine Fahr- und Fachschule, welche auf staatlicher oder städtischer Grundlage errichtet und paritätisch geleitet und verwaltet wird.

Das Verbot sämtlicher Chauffeurschulen auf privater Grundlage.

Die Anstellung von Fachmännern zur Ueberwachung des Verkehrs und der im öffentlichen Verkehr stehenden Kraftwagen (Verkehrsinpektion). Diese Fachmänner müssen



mit der Handhabung und Technik des Kraftwagens genau Beschuld wissen. Es ist dabei zu empfehlen, Ingenieure und erprobten Kraftwagenführern den Vorzug zu geben.

Das höchste Maß der Geschwindigkeit in verkehrsreichen Gegenden ist auf 20 Kilometer festzusetzen. Zur Berechnung der Geschwindigkeit muß an jedem Kraftwagen ein Geschwindigkeitsmesser angebracht werden. Dieser muß so konstruiert sein, daß der Führer auch noch nach längerer Zeit für jeden Tag und Stunde seine Fahrgeschwindigkeit nachweisen kann.

Die Festsetzung einer täglichen Normalarbeitszeit von 8 Stunden für die Kraftwagenführer und Verbot des Prämien- und Prozentlohnsystems.

Die versammelten Führer sind überzeugt, daß, wenn die gesetzgebenden Körperschaften diese Wünsche berücksichtigen, dann den Kraftwagenführern die Möglichkeit gegeben ist, die Verantwortung für die Folgen der schweren und aufopfernden Berufstätigkeit tragen zu können.

Alle diese Bestimmungen werden insbesondere mit Rücksicht auf die allgemeine Verkehrssicherheit verlangt.

Ferner folgendes Amendement: „Die Automobilführer verlangen von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie als Berufssachverständige vor der Schaffung etwaiger Gesetze, den Automobilismus betreffend, gehört werden.“

**Wir erhalten folgende Berichtigung:**

In dem Bericht über die Generalversammlung der Genossenschaft der Chauffeurs sind eine Reihe den Tatsachen widersprechende Angaben gemacht, die wir wie folgt berichtigen:

In dem qu. Artikel heißt es: „Als die Versammlung von dem redeliebigen Vorliegenden, Herrn Helm, welcher früher Redakteur einer österreichischen Tageszeitung war, eröffnet wurde.“

Herr Helm war nie Redakteur einer österreichischen Tageszeitung, er hat vielmehr in Wien die jetzt hier erscheinende Zeitung „Der Chauffeur“ herausgegeben, nicht redigiert.

Des ferneren ist in dem qu. Artikel die Bemerkung enthalten: „Der Redner erzählte ferner, daß man sich schon an den Herrn Polizeipräsidenten gewandt hätte, um die Einsetzung einer technischen Kommission zu veranlassen.“

Das widerspricht der Tatsache, vielmehr war in der betr. Versammlung nur die Rede davon, daß man eine derartige Eingabe plane, der Wortlaut der Eingabe lag erst der Versammlung vom 8. Februar vor, um erst nach deren Unterzeichnung dem Polizeipräsidenten unterbreitet zu werden.

Weiter ist unrichtig: „Herr Helm hat sich schon an diesen (nämlich den Kaiserlichen Automobil-Klub) gewandt, wahrscheinlich wird dieser das Protektorat über die Genossenschaft übernehmen.“

Eine derartige Versicherung ist nicht gefallen, es ist auch keineswegs die Absicht erörtert worden, den Kaiserlichen Automobil-Klub um Übernahme des Protektorates anzusuchen.

Eine weitere Unrichtigkeit ist hinsichtlich der Ausführung über den Kaufmann Herrn Ligner zu vermerken. Es heißt bezüglich dieses Herrn: „Dieser Herr konnte ja damals garnicht den von den Unternehmern festgesetzten Termin der Auslieferung abwarten und warf seine Chauffeurs schon 8 Wochen vor Weihnachten hinaus.“

Auch diese Angabe widerspricht den Tatsachen, denn Herr L. ist schon am 30. September aus Firma Laga-Auto G. m. b. H. als Direktor ausgeschieden, konnte mithin die Chauffeurs nicht 8 Wochen vor Weihnachten hinauswerfen.

Schließlich soll nach Angabe des Berichterstatters ein Chauffeur Franke die traurigen Löhne der Chauffeurs geschildert haben.

Ein Chauffeur Franke hat in der Versammlung überhaupt nicht gesprochen.

**Mürnberg-Fürth.** Gründung eines Chauffeurvereins lautete die Tagesordnung einer am Mittwoch, den 12. 2. abgehaltenen Chauffeurversammlung. Die Einberufer mochten wohl fühlen, daß die Stimmung der Versammlung ihrem Vorhaben nicht günstig war. Sie wollten deshalb auch nicht in die Versammlung eintreten. Die Anwesenden wollten aber nun doch einmal wissen, weshalb sie eingeladen waren und welche Richtung der zu gründende Verein verfolgen will. Trotz Widerspruch der Einberufer wählten sich die Versammelten ein Büro und meldete sich als erster Redner ein Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes zum Wort. Derselbe machte darauf aufmerksam, daß durch derartige Gründungen, wie sie die Einberufer im Sinne haben, ihre Verhältnisse nicht gebessert werden können. Derartige Zersplitterungen müssen im Interesse der Kollegen unterbleiben, sie dienen nur dazu, daß sich die Kollegen gegenseitig anfeinden und Schaden zufügen, statt sich gegenseitig zu unterstützen. Auch für die Chauffeurs ist es notwendig, daß sie sich zu einer modernen Organisation zusammenschließen. Und nachdem in den vorhergehenden Städten Deutschlands Tausende von ihren Berufskollegen Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes, auch hier in Nürnberg die größere Anzahl von Chauffeurs bei uns organisiert sind, kann es für die Anwesenden keinen anderen Weg geben, als samt und sonders sich dem genannten Verband anzuschließen, der auch kraft seiner Mitgliederzahl in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten und zu wahren.

In der nun folgenden Diskussion rückte auch Herr Huber, der Einberufer heraus, daß er einen Verein gründen will, der sich dem bayerischen Chauffeurverband anschließt, welcher letzterer unter dem Protektorat des bayerischen Automobilklubs steht.

Jetzt gingen ja den Anwesenden die Augen auf, denn es ist doch eine ganz eigentümliche Sache, wenn ein Unternehmener, wie es der Einberufer Huber ist, Arbeiter dazu bewegen will, sich einem Vorstandsposten zu verschaffen, um mit dem bayerischen Automobilklub in Verbindung zu treten. Jetzt war es mit der Gründung des Vereins vorbei und erklärte Herr Huber, daß er das nächste Mal hinter verschlossenen Türen reden will, das heißt, er ladet durch Karten ein, wer keine Karte erhält, hat keinen Zutritt.

Nun, die hiesigen Chauffeurs werden Herrn Huber die richtige Antwort geben, sie werden ihn hübsch allein lassen. Für Leute, die einen solchen gefährlichen Beruf haben, wie der eines Chauffeurs ist, ist es nötig, daß sie sich einer

modernem Organisation anschließen und keine Vereinsmeierei betreiben.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution, die der Vorsitzende zur Abstimmung brachte, wurde auch angenommen.

**Bierfahrer.**

**Leipzig.** Die Faß- und Flaschenbierarbeiter hielten am 9. Februar eine Versammlung ab, in der der ausgearbeitete Lohnentwurf zur Beratung und Beschlussfassung stand. Kollege Keder als Berichterstatter betonte, daß bei Aufstellung des Entwurfs eine der wichtigsten Fragen die Beibehaltung oder Beseitigung des Prozentsystems mit war. Die Kommission, sowie die Sektionsleitung, habe einmütig den Standpunkt vertreten, den alten Zustand zu beibehalten, doch war schon in den Betriebsbesprechungen die Wahrnehmung zu machen, daß die über große Mehrzahl der Flaschenbierfahrer für Beibehaltung eines Prozentsystems sich aussprach. An diesem Verhältnis wurde auch nichts geändert, trotzdem eine nochmalige Aussprache mit den Kollegen stattfand. Ferner wurde die Aufstellung von Staffellohnen deshalb abgelehnt, weil die Tatsachen bemessen, daß gerade in Brauereien und Bierneiederlagen der Wechsel im Arbeitsverhältnis ein ganz bedeutender ist, und somit die Höchstlöhne nur sehr selten erreicht werden. Die einzelnen Tarifpositionen wurden hierauf beraten und nach längerer Diskussion mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen. Nach dem Entwurf soll die tägliche Arbeitszeit für das Fahrpersonal 10 Stunden, für die Hof- und Kellerarbeiter 9 Stunden betragen. Für die Flaschenbierfahrer wird ein Grundlohn von 26 Mk. pro Woche gefordert und außerdem von jedem tausend verkauften Flaschen Bier 2,50 Mk. Prozente, so daß ein Wochenlohn von 85 Mk. garantiert wird. Für die weiter in Frage kommenden Arbeiter wird ein Lohn von 27 bis 82 Mk. gefordert, für weibliche Arbeitskräfte ein solcher von 18 Mk. Für geleistete Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit wird ein Lohnzuschlag von 25 bzw. 50 Prozent verlangt. Der 1. Mai soll als Feiertag gelten. Da die gestellten Forderungen bei einer Anzahl Firmen zum größten Teil schon bestehen, so dürfte die Einführung des Vertrages auch bei den Ringbrauereien auf keine Schwierigkeiten stoßen. In einer Resolution versprachen die Versammelten, mit allem Nachdruck für die Durchführung der gestellten Forderungen einzutreten. Gleichzeitig wurde die gewählte Lohnkommission, die aus den Kollegen Kalbitz, Fischer, Frausichtig, Naumann, Sängerklaus und Keder besteht, ermächtigt, falls kleine Abänderungen im Tarifentwurf sich noch nötig machen sollten, solche selbstständig mit vorzunehmen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten, der zum festen Zusammenhalt aufzuforderte, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Lohnbewegung, erfolgte Schluß der stark besuchten Versammlung.

**Droschkenführer.**

**Aus der Verkehrsstatistik.** Die Gesamtzahl der öffentlichen Fuhrwerke in Berlin ist im letzten Quartal des Jahres 1907 um 140 zurückgegangen, so daß sie am 31. Dezember vorigen Jahres 11771 betrug. Eine Verminderung der Wagen ist sowohl im Droschkenbetrieb — von 7686 auf 7444 — als auch im Omnibusbetrieb — von 1100 auf 1055 — eingetreten. Nur die Straßenbahnwagen hatten einen kleinen Zuwachs, von 3206 auf 3209, zu verzeichnen. — Beschwerden wurden eingereicht gegen 277 Droschkenführer, 8 Omnibusbedienstete und 11 Straßenbahnangestellte. Mit Fahrscheinentziehung wurden bedroht 70 Droschkenkutscher und 5 Omnibuskutscher. Der Fahr-schein entzogen wurde 24 Droschkenkutschern und 1 Omnibuskutscher. — Bei Gelegenheit der Unfälle wurden im Hoch- und Untergrundbahnbetriebe 1 Person schwer und 10 Personen leicht verletzt. Im Straßenbahnbetriebe verunglückten 9 Personen tödlich, 67 schwer und 488 leicht. Im Omnibusbetriebe erlitten 2 Personen tödliche, 18 schwere und 65 leichte Verletzungen. Kraftdroschken führten 4 tödliche, 15 schwere und 128 leichte Verletzungen herbei.

**Berlin.** Die Kollegen sind schon des öfteren von uns darauf hingewiesen worden, daß sie ihren Fahrchein abzugeben haben, sobald sie sich mehrere Tage außer Arbeit befinden. Verschiedenen unserer Kollegen scheint der § 50 der Droschkenordnung nicht genau bekannt zu sein. Zur besseren Erinnerung bringen wir den Text des genannten Paragraphen, welcher davon handelt, zum Abdruck.

Es heißt da: „Tritt ein Kutscher aus seinem Dienstverhältnis aus und innerhalb drei Tagen nicht in ein anderes bei einem Fuhrherrn ein, welcher sich im Besitze einer vom Polizeipräsidenten erteilten Erlaubnis zum Vertriebe des Droschkenfuhrwerkes befindet, so hat der Kutscher spätestens binnen 24 Stunden nach Ablauf der drei Tage seine Fahrausweise an das Verkehrs-kommissariat abzugeben.“

Scheidet ein Kutscher dauernd aus dem Droschkenfuhrbetriebe aus, so hat er seine Fahrausweise binnen 24 Stunden nach dem Dienstaustritt an das Verkehrs-kommissariat abzugeben.

Trotz dieser klaren Bestimmung wird sehr häufig gegen diese verstoßen und werden unsere Kollegen deshalb oft in Strafe genommen, was durch Befolgung derselben leicht zu vermeiden war. Auf eins wollen wir jedoch noch hinweisen, was uns beachtenswert erscheint und betrifft die Kollegen, welche wegen Krankheit die Arbeit einstellen müssen.

Bekanntlich müssen nach der Droschkenordnung die Fuhrherren den Dienstantritt und den Dienstaustritt ihrer Kutscher mit Angabe der Erlaubnisnummer dem Verkehrs-kommissariat binnen 24 Stunden melden. Häufig melden sie nun auch die Kutscher ab, welche wegen Erkrankung die Arbeit ausgeben müssen, ohne diesen Kollegen ihre Versicherungskarte abzugeben. Hierdurch werden die Kollegen in der Auffassung bestärkt, daß sie nicht abgemeldet sind, bis sie dann plötzlich durch eine Strafverfügung eines besseren belehrt werden. Usus ist aber, oder vielmehr Bestimmung, daß die Versicherungskarte, wenn jemand entlassen wird, diesem eingehändigt wird. Die erkrankten Kollegen, welche wegen dieser Sache Strafverfügungen bekommen, sollten gegen diese Einspruch erheben, denn solange

sie ihre Karte noch nicht haben, können sie sich auch nicht als entlassen betrachten. Jedoch werden dieselben gut tun, in derartigen Fällen sich mit ihrem Arbeitgeber in Verbindung zu setzen, damit entweder die Anmeldung unterbleibt oder ihnen die Karte eingehändigt wird, dann versteht es sich natürlich, daß der Fahrchein abgegeben wird. Befolgen die Kollegen unseren Rat, dann werden sie auch in derartigen Sachen von Strafverfügungen verschont bleiben.

**Dresden.** Am 24. Januar tagte die Mitgliederversammlung der Sektion der Droschkenführer. Den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Sektionsleiter, Kollege Fuhrich. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß insgesamt stattgefunden haben: 8 öffentliche und eine Mitgliederversammlung, ferner drei Bezirks-versammlungen, zwei Betriebsbesprechungen und acht Sitzungen der Sektionsleitung. Außerdem haben vier Sitzungen der Automobil-Droschkenführer stattgefunden. Verhandlungen machten sich in einem Falle notwendig und zwar bei dem Direktor der Dresdener Automobil-Aktiengesellschaft. Die Differenzen wurden zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt.

Die Sektion zählte am Schlusse des Jahres 1907: 160 Droschkenführer und 28 Automobil-Droschkenführer. Referent gibt einen kurzen Ueberblick über die gesamte Tätigkeit der Sektionsleitung und ermahnt die Kollegen, ähnlich wie die Kollegen Schwertfischer, sich fest zusammenzuschließen, damit auch sie bald einmal bessere Arbeitsbedingungen erzielen können.

An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte, in welcher man sich mit der Tätigkeit der Sektionsleitung einverstanden erklärte.

Hierauf wurde zur Neuwahl derselben geschritten. Gewählt wurden die Kollegen: Fuhrich, Kotte, Glänter, Weichelt und Wobst. Als Ersatzmann gilt Kollege Werner, welcher als nachfolgender Kandidat die meisten Stimmen erhielt.

Unter „Berufsangelegenheiten“ teilt der Bevollmächtigte mit, daß Anfang März Versammlungen für die Kollegen Droschkenführer stattfinden werden, in welchen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse referiert werden soll. Die Kollegen werden aufgefordert, für die zwei geplanten Versammlungen rege zu agitieren und schon jetzt alle Kollegen darauf aufmerksam zu machen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß kranke Kollegen durch Mitglieder der Sektionsleitung in Zukunft kontrolliert werden müßten, da ver-schiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Hierauf ersuchte der Vorsitzende die Versammelten, die neugewählte Sektionsleitung in diesem Jahre noch mehr als bisher zu unterstützen, damit im nächsten Jahre ein weit günstigerer Bericht gegeben werden kann. Aufgabe eines jeden Kollegen muß es sein, für Ausbreitung unserer Sektion unausgesetzt tätig zu sein.

Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Fensterputzer.**

**Berlin** steht jetzt im Zeichen der Wahlrechtsbewegung, mit eminenter Gewalt rückt das ziel- und klassenbewußte Proletariat zum Sturm vor, um das gleiche Wahlrecht zu erlangen, und auch die Fensterputzer haben diese Kampes-parole zu der ihrigen gemacht, um auf diese Art der gesamten Arbeiterklasse, wie auch unseren Gegnern, der „Standesbewußten“ Unternehmernklasse zu beweisen, daß auch die Fensterputzer ihre erbärmliche wirtschaftliche, wie auch politische Lage längst erkannt haben. Auch wir wollen fernerhin nicht zusehen, wie unsere Klassengenossen die Kastranten aus dem Feuer holen, sondern wir fühlen uns verpflichtet, an dem großen Befreiungswerke mit zu rufen und besonders mit zu taten. Und wie groß der Idealismus unter den Berufskollegen ist, das beweist die letzte Versammlung, welche die Berliner Fensterputzer abhielten, um ein Referat zu hören, in welcher die Rechtsunter-schiede zwischen Arm und Reich klar gelegt wurden, jener Rechts-zustand, oder vielmehr Unrechtszustand, welcher das Volk der Arbeit ausmergelt und entrechtet zu Gunsten jener vaterlandstreuen Uebermenschen, deren Sehnsucht nur ein Stück schwarz-weiß-rotes Wand im Knopfloch ist und die in Gschfurzt ersterben, sobald ein Wind „von oben“ kommt. Und ist es nicht in Wirklichkeit der Arbeiter, also auch der Fensterputzer, welcher seinen „Brotherm“ erst zu einem vermögenden Menschen gemacht hat, wie elend sah Stöhr in seinem Butterladen oder B. Neumann in seinem Anlimer-lokal, wenn nicht der dumme Keel, der Arbeiter, für einen Bettelohn die Kundschaft bedient, und ihn erst so zu einem behändigen Spieler macht. Es ist darum Aufgabe der Fensterputzer, in den Wahlrechtskampf einzugreifen, um geeignete Vertreter in alle Parlamente zu entsenden, welche dort Gesetze schaffen, nach denen der Arbeiter dem Arbeit-geber gegenüber als gleichberechtigt gilt.

Freilich, den Arbeitgebern im Fensterreinigungsgewerbe paßt der Freiheitsdrang der Fensterputzer nicht in den Kram, und ginge es so ganz nach ihnen, so wären die „roten Ge-nossen“ schon längst in Blößensee. Nichts kann die Herren mehr aus dem Häuschen bringen, als wenn die Arbeiter eine Lohnforderung stellen, welche die Prinzipale natürlich stets als ausüberschäm bezeichnet. Ganz anders ist es allerdings, wenn sie bei ihrer Kundschaft eine Preiserhöhung für Reinigung fordern, welche, was wir offen zugeben, durchaus gerechtfertigt ist, denn soviel ist Tatsache, alles ist bedeutend teurer geworden, nur das Fensterreinigen soll nichts kosten. Jede Preiserhöhung wird begründet mit der Preissteigerung der Lebensmittel, also ein Beweis, daß dies den Unternehmern wohl bekannt ist, aber fragt mal einen Arbeitgeber, ob er der Preissteigerung der Lebensmittel seinen Arbeitern gegenüber schon Rechnung getragen hat, für Berlin trifft dies nirgends zu und in anderen Städten ebenfalls nicht. Hier zählt man den Fensterputzern namentlich in den großen Instituten immer noch Löhne von 15 bis 18 oder 19 Mark pro Woche und nur in wenigen Fällen darüber. Nun wird man allerdings einwenden, daß dies nur Löhne für Anfänger sind. Ja manchmal stimmt es, aber manchmal auch nicht, denn selbst ein Anfänger ist doch auch ein Mensch, welcher das Recht hat, als Mensch zu leben. Auch er muß seine Lebensmittel genau so teuer bezahlen wie jeder andere. Oder ist man in Arbeitgeber-



treffen der Meinung, wenn z. B. Herr Wohle sich einen Sechserkäse kauft, daß einer seiner „Anfänger“, welcher sich als solcher legitimiert, den Sechserkäse für 3 Pf. erhält? Nach dem Schein und Geschrei dieser modernen Sklavenhalter scheint es allerdings so zu sein. Ich übrigen scheinen es die Berliner Unternehmer darauf abgesehen zu haben, ihren auswärtigen scharfmacherischen Kollegen einzureden, daß in Berlin nur hohe Löhne gezahlt werden, denn in einer diesbezüglichen Korrespondenz heißt es: Ich habe diese und ähnliche Arbeiten ausgeführt, als wir noch Löhne von 18 und 19,50 Mk. in Berlin zahlten. Man gibt sich aber damit den Anschein, als ob Löhne von 18—19 Mk. nicht mehr gezahlt werden, verschweigt aber seinen Lesern, daß noch niedrigere Löhne vielfach bestehen und Lohnsätze von 18—19,50 Mk. Durchschnittslöhne sind. Eine Reform der Berliner Lohnverhältnisse ist folglich unbedingt erforderlich, von den Unternehmern haben wir jedoch eine Aufbesserung nicht zu erwarten, folglich sind wir „rote Genossen“ auf uns allein angewiesen, jeder Berufskollege sei deshalb ein Agitator für seine Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband. Genau so wie das elende Dreiklassenwahlrecht die Masse aufgerüttelt hat, genau so müssen auch die Berliner Fensterputzer ihren Ausbeutern entschieden als je zuvor zurufen: Ihr verlangt von uns Pflichten, also gebt uns unser Recht, das ist, als Mensch zu leben. Darum Kollegen, agitiert weiter.

**Duisburg.** Die am 29. Januar tagende Versammlung der hiesigen Sektion der Fensterputzer förderte eine recht interessante Bezahlungsweise des Rhein-Westf. Glasreinigungsinstituts, Inhaber Paul Schröder, zutage. Genannte Firma zieht ihren Fensterputzern für jeden Tag, an welchem nicht gearbeitet wird, 8 Mk. (acht Mark) ab, trotzdem dieselben nur einen Tagelohn von 4,50 Mk. haben. Es wird dies folgendermaßen motiviert: 1 Tag nicht gearbeitet 4,50 Mk., dadurch Schaden gehabt 8,50 Mk. Zum Abzug eines an g e b l i c h e n Schadens hält sich die Firma berechtigt, weil der Vorsitzende des Gewerbegerichts erklärt haben soll, die Firma könne einen Schaden bis zum doppelten Tagelohn abziehen. Der Sektionsleiter wies mit Recht darauf hin, daß der Unternehmer tatsächlich keinen Schaden, sondern einen Vorteil gehabt hat, wenn ein Kollege nicht arbeitet. Die übrigen Fensterputzer müssen die Arbeit einfach mitmachen für den Betreffenden, welcher nicht arbeitet und der Herr Unternehmer steckt dafür 4,50 Mk. Tagelohn und 8,50 Mk. Schaden in die Tasche. Daß nur eine Veränderung herbeigeführt werden kann, sahen die Kollegen auch ein und sie schlossen sich sämtlich ihrer Berufsorganisation an. Wenn der Unternehmer Schröder diese unwürdigen und ungerechten Abzüge nicht unterläßt und seine Leute jeden Sonnabendabend 1 bis 2 Stunden auf ihren Lohn in der Weststraße warten läßt, so hat sich der anwesende Gauleiter verpflichtet, dagegen Maßnahmen zu treffen. Mit einem Hoch auf die Sektion der Fensterputzer des deutschen Transportarbeiter-Verbandes schloß die gut besuchte Versammlung.

**Sollingen.** Nützliche Elemente. Bei dem Streik der Fensterputzer in Sollingen gelang es Herrn Rudolf Beck, genügend Arbeitswillige zu bekommen. Er verkündigte daher auch in der bürgerlichen Presse triumphierend, daß er sein Geschäft mit neuen, tüchtigen und geliebten Leuten in gewohnter Weise weiterführe. Worin nun die Tüchtigkeit der Beck'schen Arbeitswilligen bestand, besagt nachstehende Notiz, die Anfangs dieser Woche durch die gefasste Presse des bergischen Landes ging:

„Drei gemeingefährliche Durschen wurden hinter Schloß und Miegel gebracht. In der vergangenen Nacht wurden aus dem Café Bristol, dicht neben der Polizeiwache an der Kölnierstraße gelegen, kurz nacheinander zwei wertvolle Ueberzieher gestohlen und der Polizist gelang es, die Diebe zu ermitteln. Es sind drei Fensterputzer von hier, von denen zwei vor Monatsfrist aus Gelsenfeld, der dritte vor acht Tagen von Kemscheid hier zugezogen sind. Die Polizei stellte weiter fest, daß die drei ebenfalls in der vorerwähnten Nacht aus der Wirtschaft Gröhl einen Ueberzieher und einen Schirm gestohlen haben und schließlich kam noch heraus, daß die Durschen, als sie ihren Raub in Sicherheit bringen wollten, am Meyerberg einen Arbeiter vom Wangenberg zu Boden geschlagen und beraubt haben. Sie stopften dem am Boden liegenden Manne soviel Schnee in den Mund, daß er nicht Hilfe rufen konnte und besinnungslos wurde, rissen ihm die Uhr mit Kette ab, nahmen ihm ferner zwei Portemonnaies mit etwa 18 Mk. Inhalt aus der Tasche. Als der Mann wieder zu sich kam, waren die Räuber verschwunden. Durch Nachfrage in den Pfandvermittlungsgeschäften wurde im Laufe des Tages ferner ermittelt, daß die drei in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Ueberzieher verlegt haben, die offenbar auch gestohlen wurden. Die Bestohlenen wollen sich bei der Polizei melden.“

Armer Beck! Also gefährliche Diebe und Räuber waren die nützlichen Elemente, die Ihnen aus der Streiknot halfen und denen Sie zum Danke dafür ein so großes Lob zollten und freudlichst die Hand drückten. Aber nun hat sie die Nemesis ereilt und Beck sucht weiter „nützliche Elemente“. Ob auch die Reichsverbandspresse über die Tätigkeit dieser nützlichen Elemente berichten wird? Eine Rubrik für arbeitswillige Räuber und Diebe hat diese Presse unseres Wissens noch nicht eingeführt. Aber die Fälle häufen sich von Tag zu Tag, wo diese nützlichen Elemente sich als „schwere Jungens“ entpuppen, so daß es angebracht wäre, eine derartige Rubrik einzuführen.

**Handelsarbeiter.**

**Konfektionshausdiener auf der Reise.** Mehrere Monate des Jahres befinden sich einige hundert Hausdiener der Konfektionsbranche als Reisepacker außerhalb Berlins auf Tour. Von diesen ist sicher der größte Teil organisiert, d. h., sie sind Mitglieder des deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Ob aber alle diese Kollegen sich draußen ihrer Pflichten als Verbandmitglieder bewußt sind? Jeder Kollege übernimmt laut Statut die Verpflichtung, für Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, gleichviel wo er auch ist, in der Packkammer, auf der Post, auf der Straße oder auf der Reise. Leider handeln aber nicht alle Kollegen

danach. Ist der Reisepacker abends fertig mit seiner Arbeit, so benützt er oft die freie Zeit, die ihm bleibt, zum Ausfluchen irgendwelcher oberflächlicher oder gar zweifelhafter Vergnügungen. Es ist wirklich schade um die schöne Zeit, die so verträdelst und vergeudet wird. — Ja, wird da mancher Kollege fragen, was sollte ich denn wohl anfangen des abends in der fremden Stadt?

Eristens, lieber Kollege, gibt es für einen organisierten Hausdiener heute wohl kaum noch eine fremde Stadt, denn überall wohin er kommt, sind seine Kollegen so wie er, Mitglieder des Verbandes, er findet, wenn er nur will, überall gleichgesinnte Kollegen. Er ist eben nirgends fremd, sondern überall unter Freunden, überall zu Hause; weil eben seine Gewerkschaft überall vertreten ist. Das muß schon ein weltabgeschiedenes kleines Krähwinkel sein, wo sich noch keine Zahlstelle des deutschen Transportarbeiter-Verbandes befindet. In solch kleine Nester kommt wohl auch kaum ein Reisepacker.

Wenn nun der Berliner Kollege überall, wohin er kommt, Fühlung sucht mit den Kollegen draußen, sich mit ihnen unterhält über dortige wie Berliner Lohn- und Arbeits-, sowie über sonstige Organisationsfragen, wieviel gegenseitige Anregungen könnten sich da die Kollegen geben. Es ist gewiß nicht zum Schaden einer Organisation, wenn Mitglieder verschiedener Zahlstellen auf diese Weise miteinander verkehren; wenn sich so die Kollegen über die kleinen Tagesfragen u. s. w. auseinandersetzen, wie es die Verbandstage im großen tun. Der Berliner Kollege lernt auch die Arbeit unserer Kollegen da draußen mehr achten, er steht, wie außerhalb Berlins die Agitation ebenso schwierig oder noch schwieriger ist wie dort, und wird später die Erfolge in der „Provinz“ ganz anders zu würdigen wissen. Gerade dadurch, daß der Reisepacker in bestimmten Zwischenträumen immer wieder kommt, kann der herzlichste Verkehr angebahnt werden.

Aber auch Gelegenheit zur Agitation bietet sich auf der Reise reichlich, nur ausgenützt muß sie werden. Wenn auch heute schon überall Filialen unseres Verbandes bestehen, so sind doch noch nirgends alle Kollegen organisiert, Arbeit ist also noch genug. Schon in dem Hotel, wo der Packer mit seinem Chef oder Reisenden absteigt, und wenn der Hausdiener dort nicht wohnt, auch in dem Gasthof, wo er absteigt, schon dort kann er anfangen. Es werden dort meistens schon andere Kollegen, oft auch solche, die dem Verband noch nicht angehören, anwesend sein und kann er hier zeigen, daß er es mit seinen Pflichten als Mitglied einer freien Gewerkschaft ernst nimmt.

Aber auch unter den dort angestellten Hausdienern kann er „arbeiten“ und kann er gerade die besten Erfolge haben. Gelingt es ihm, einen solchen von der Notwendigkeit und dem Nutzen des Zusammenschlusses aller Kollegen zu überzeugen, so hat er nicht nur einen neuen Kollegen seiner Gewerkschaft zugeführt, sondern der neue Mitkämpfer hat auch in seinem Verufe die beste Gelegenheit, nun auch seinerseits dahin zu wirken, daß möglichst alle Reisepacker, die noch nicht Mitglied ihres Verbandes sind, Mitglied desselben werden.

Und wenn der Reisepacker in den Geschäften, wo er mit seinen Mistern zu tun hat, auf dem Volten ist, wird er auch da bald eine Gelegenheit ausbaldowern haben, um mit den dort beschäftigten Berufskollegen von seinem Thema zu reden. Geht es nicht anders, so kann er diesen oder diese, je mehr desto besser, zu einem Glase Bier auf den Abend einladen, und hier kann er dann ungeniert mit ihnen verhandeln. Es wäre auch kein Fehler, wenn er sich mit dem einen oder anderen der dortigen Verbandskollegen vorher verständigt hätte, und es müßte sonderbar zugehen, wenn auf diese Art keine Erfolge zu erringen wären.

Also Kollegen, man sieht, bei einigem guten Willen ist alles zu machen, nur etwas Liebe zur Sache muß da sein, ohne die geht es freilich nicht. Wenn nun jeder Kollege, der auf der Reise ist, nur einen Teil seiner verfügbaren Zeit benützt, wird er sich bald über seine Erfolge freuen können. Er hat dann das stolze Bewußtsein, auch sein Teil, und nicht den kleinsten, zur Stärkung unserer Reihen beigetragen zu haben. Nur wenn alle Kollegen so arbeiten, wird es uns gelingen, die Reihen der Indifferenten immer mehr zu lichten.

**Ein Sofa, ein Zugus für Hausdiener.** In dem Hause eines Herrn v. V o n h o r s t, Magdeburger Str. 21 zu Berlin, hatten der Hausdiener Alte und seine Frau eine kleine Wohnung gemietet. Die Mieter hatten den Wunsch, die Wohnung vor Ablauf des Vertrages wieder zu räumen, einestheils, weil sie ihnen gesundheitsschädlich schien, da dicht neben ihrem Küchenfenster die Aisch- und Müllkästen standen, anderenteils, weil sie die Miete von 25 Mk. pro Monat nicht zahlen konnten. Herr v. Vonhorst wollte aber in Auflösung des Vertrages nur dann willigen, wenn ihm ein anderer Mieter gestellt wurde. Die Familie des Mieters verließ nunmehr samt ihren Sachen heimlich die Wohnung. Sie „rückten“, wie man in Berlin zu sagen pflegt. — Ein solcher Frevel gegen das geheiligte Retentionsrecht des Hausbesitzers muß im kapitalistischen Staate natürlich geahndet werden. Das Alteche Ehepaar wurde in zwei Instanzen zu Strafe verurteilt. Die Revisionsinstanz hob das Urteil jedoch auf, weil das Berufungsgericht nicht festgestellt hatte, ob die Verurteilten pfändbare Sachen und nicht etwa nur die unentbehrlichsten Bedarfsgegenstände aus der Wohnung entfernt hatten. In der erneuten Verhandlung, die nunmehr stattfand, drehte es sich ausschließlich um die Frage, ob das angeklagte Ehepaar über die notwendigen Gebrauchsgegenstände hinaus noch Sachen hatte, auf die der Hausbesitzer ein Rückbehaltungsrecht geltend machen konnte. Nach Angabe der Angeklagten und einiger Zeugen besaßen sie in der Tat nicht mehr als den notwendigen Hausrat, der bereits 81 Jahre alt und deshalb fast wertlos ist. Aber es wurde auch festgestellt, daß ein kleiner Spiegel und Bilder an der Wand hingen und daß ein zerklüftes, vor Altersschwäche morsches Sofa in der Stube stand. Diese Gegenstände sind es, die dem Staatsanwalt als ein so überflüssiger Zugus für eine Arbeiterfamilie erscheinen, daß er den Hausbesitzer für berechtigt hält, seine Hand darauf zu legen! Ein Sofa — sagte der Staatsanwalt — ist

absolut überflüssig für einen Hausdiener. Einen Spiegel braucht er auch nicht, er kann sich einen für 10 Pf. kaufen, der genügt. Und nun gar Bilder, die sind doch gewiß überflüssig. Also die Angeklagten haben Sachen, auf die der Hausbesitzer ein Anrecht hatte, widerrechtlich entfernt, es muß bei der Bestrafung bleiben. — Der als Zeuge anwesende Hausbesitzer v. Vonhorst bemühte sich, dem Gericht begreiflich zu machen, daß die Angeklagten für ihre Verhältnisse reich ausgestattet waren und er wirklich um sein Rückbehaltungsrecht gebracht worden sei. Die hierauf nochmals eröffnete Beweisaufnahme bestätigte jedoch die bereits gemachten Feststellungen, daß der Besitz der Angeklagten nicht über das Notwendigste hinausging. Das Auftreten des Herrn v. Vonhorst brachte die Frau Alte so in Erregung, daß sie, als sich der Gerichtshof zurückgezogen hatte, auf der Anklagebank in Krämpfe fiel. Herr v. Vonhorst vertleg sich zu dem Jurist an die in Krämpfen zuckende Frau, sie verstelle sich. Diese Aeußerung des Herrn rief allgemeinen Unwillen hervor. — Das Urteil lautete auf Freisprechung. Das Gericht hielt für erwiesen, daß die Angeklagten nichts besaßen, worauf der Hausbesitzer ein Retentionsrecht geltend machen konnte.

**Berlin.** Die Inhaber der Firma Selmar Heilbrun Nachfolger, die Herren Adolph Wöhme und Berthold Stadisch betrieben in der Schillingstr. 14 ein Garn-engros-Geschäft, außerdem verstehen sie es meisterhaft, durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne „Ihr“ Personal auszunutzen. Bei obiger Firma ist die „sogenannte“ englische Tischzeit eingeführt, die Arbeitszeit ist eine „russische“. Morgens muß der Schlüsselkasten aus der Wohnung des Herrn Wöhme, Holzmarktstr., abgeholt und abends wieder dorthin geschafft werden, worin sich die Hausdiener abwechseln. Um 1/2 8 Uhr wird das Geschäft geöffnet und soll um 6 Uhr geschlossen werden. Es kommt aber vor, daß der Herr Chef erst 7 Uhr von Tisch zurückkehrt. Wenn um 7 Uhr Schluß ist, dann ist es früh, meistens wird es 1/8 und noch später. Wenn ein Hausdiener es ablehnt, abends um 1/2 7, also 1/2 Stunde nach „Geschäftsschluß“, noch eine Tour nach Charlottenburg zu machen, ohne eine Extratschädigung dafür zu bekommen, so kann er gehen, ein Hausdiener muß zu jeder Zeit bereit sein, sonst kann ihn diese Firma nicht gebrauchen. In letzter Zeit ist es häufig vorgekommen, daß das Kontorpersonal abends nachgearbeitet hat, dann muß ein Hausdiener um 1/4 10 Uhr abends das Geschäft schließen und den Schlüsselkasten fortschaffen, wofür er eine Entschädigung von 25 deutschen Reichspfennigen erhält. Auch Sonntagsarbeit wird von dieser Engros-Firma verlangt, alle 14 Tage hat einer der Hausdiener „Stallwache“, er muß dann die Vriese nach der Wohnung des Herrn Wöhme, oder wenn der Herr auf Reisen ist zu Herrn Radisch nach Charlottenburg bringen. Ist es kalt, so müssen die Desen geheizt werden. Im Durchschnitt gerechnet, machen die Hausdiener pro Woche 10 Ueberstunden, wofür sie nichts erhalten. Der Lohn ist ein sehr niedriger und entspricht durchaus nicht den heutigen Verhältnissen. Ein verheirateter Kollege, welcher seit 3 Jahren dort tätig ist, erhält pro Woche 25 Mk., ein zweiter, welcher die Stadtkundtschaft zu besorgen hat, 23 Mk. mit Abzug. Außerdem ist noch ein Kollege seit 24 Jahren dort tätig, er war früher Packer und da er jetzt die schwere Arbeit nicht mehr verrichten kann, so beschäftigt ihn die Herren mit Botengängen zur Bank zc., und erhält derselbe für diesen verantwortungsvollen Posten die Riesensumme von 17 Mk. pro Woche. Die Herren verstehen es, „Ihr“ Personal auszunutzen und nicht bloß aus dem Garn, sondern auch aus den Knochen „Ihrer“ Arbeiter Profite herauszuschlagen.

**Berlin.** Der Geschäftsdienstler H. klagte gegen die Firma H. Jandorf & Co. Der Gegenstand der Klage bildete die Nichtbezahlung der vom Kläger gemachten Ueberstunden, sowohl die der Mittagszeit, als auch diejenigen nach 9 Uhr abends. Der Vertreter der bekannten Firma, Herr Ksiński, stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt, er meinte, der Geseggeber hätte doch die Tage vor den Feiertagen ausdrücklich dazu freigegeben, damit die Geschäftsinhaber ihre Verkaufsräume länger als sonst üblich offen halten dürften. Letzteres wird nicht bestritten, der Geseggeber hat aber zweifellos damit nicht ausprechen wollen, daß zugleich für das Personal keine Bezahlung verbunden sei. Im übrigen, so erklärte der Vertreter des Beklagten, wird, wenn sich das Gewerbegericht auf den Standpunkt des Klägers stellen sollte, eine Umwälzung in den kaufmännischen Vertrieben eintreten resp. stattfinden, denn bisher seien Ueberstunden in der Form wie sie der Kläger fordere, niemals von den Geschäftsinhabern anerkannt worden. Des weiteren habe die Firma mit dem Kläger einen Vertrag abgeschlossen, in welchem ein Passus enthalten ist, welcher besagt, daß die Arbeitszeit den Bedürfnissen des Geschäftes entsprechend gehandhabt wird. Er bitte also schon aus prinzipiellen Gründen die Forderung des Klägers abzulehnen. Das Gericht verurteilte die Firma dem Klageantrag gemäß zu Mark 5,75. Es stellte sich dabei auf den einzig richtigen Standpunkt, daß die Firma H. Jandorf & Co. am 9. Nov. 1907 mit dem „Deutschen Transportarbeiter-Verband“ einen Tarifvertrag abgeschlossen habe, in welchem ausdrücklich die Ueberstunden von 9 Uhr 15 Minuten abends ab und die der Mittagszeit zc. bezahlt werden müßten. Strafwage mit dem Kläger getroffenen Vereinbarungen kämen hierbei nicht in Frage.

**Breslau.** Die Firma G. Philippi & Co., Albrechtstr., hat für die angestellten Weintellerarbeiter in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse in weitgehendster Weise gesorgt, indem sie Dienstvorschriften (in denen eine behördliche Genehmigung fehlt) herausgibt, die nur Pflichten den Angestellten auferlegt, ihnen aber niemals Rechte einräumt. Die Arbeitszeit dauert von 7—7 Uhr mit Einschluß einer zweistündigen Pause. Ueberstunden werden mit 0,0 Pf. bezahlt.

Jeder Arbeiter hat abwechselnd von 7—9 Uhr abends eine Woche zu leisten, außerdem eine des Sonntags von 8 bis 9 Uhr nachmittags, wofür er eine Entschädigung von insgesamt 4 Mk. erhält. Treffen in diese Woche nach Feiertage, so erhöht sich die Arbeitszeit ganz erheblich. Auch ist es durchaus nicht verwunderlich, wenn Arbeiter in den Kellern, in denen die Wände mit Schlamm bedeckt sind, ertranken. Der An



fangslohn beträgt für jeden Anfänger 15 Mk. und steigt derselbe bei guter Führung, großem Fleiß und Treue auf 19 Mk. in 7 bis 8 Jahre. Selbstverständlich muß der Betreffende seine übrigen Arbeitkollegen gut beobachten und irgendwelche Ungehörigkeiten dem Vorgesetzten (Lagermeister) sofort melden.

Ferner ist im § 8 das Küfer- und Lehrlingspersonal besonders angewiesen, Uebertretungen irgendwelcher Art dem Lagermeister anzuzeigen. Wer Anzeigen unterläßt, hat die im § 6 festgesetzte Strafe doppelt zu zahlen.

§ 6. Jede Uebertretung der Dienstvorschriften und Anordnung welcher Art wird mit 10 Pf., im Wiederholungsfalle mit 1 Mk. bestraft. Wer dreimal nacheinander 1 Mk. Strafe gezahlt hat, wird entlassen. Wie auch sonst trotz der Strafen im § 6 jedes geringste Vergehen trotz der im § 2 festgesetzten Kündigungsfrist von 14 Tagen mit sofortiger Entlassung geahndet wird. Wurde doch vor kurzem erst ein Kollege ohne Einhalten der Kündigungsfrist entlassen, weil er eine Auseinandersetzung mit einem Arbeitskollegen hatte.

Der Verkehr und die Behandlung mit und seitens der Vorgesetzten geschieht in militärischem Ton.

Vor der Verrichtung der Nothdurft muß jeder Arbeiter den Küfer, Herr n. German, in Kenntnis setzen und hat sich bei seiner Rückkehr auch wieder bei ihm zu melden.

Estrafen und wieder Estrafen bei jeder Gelegenheit, dafür sage und schreibe 15 Mk. Lohn die Woche!

Welch' herrlicher Genuß, bei einer derartigen Firma als Kellerarbeiter sein Dasein fristen zu dürfen!

Den siebzehn bei der Firma angestellten Kellerarbeitern aber raten wir, so schnell wie möglich die Organisation aufzusuchen, um derartigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ein baldiges Ende zu bereiten.

**Hannover.** Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Der „Erfolg“ der Firma Zandori in Berlin scheint Schule zu machen, anders kann man sich sonst das Verhalten der Geschäftsleitung des Warenhauses Edward Vormatz nicht erklären. Die scharfmacherischen Bestiße der Warenhausbesitzer spiegeln ein Vorbild wieder, der sich vor kurzem im genannten Warenhause zugetragen. Es wurden von einem dort beschäftigten Wagen Einladungsjetztel zu einer Betriebsbesprechung verteilt, in der über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesprochen werden sollte. Unterschriften waren diese Zettel mit „Mehrere Kollegen“. Ein ebenfalls dort beschäftigter Wagenmanns Karl Bruns hatte nun nichts eiligeres zu tun, als diese Freveltat dem Herrn Cohn brühwarm zu übermitteln. Den Sünder zur Rede zu stellen und zu kündigen, war das Werk eines Augenblicks. Am selbigen Abend wurde dann das gesamte Hauspersonal: Hausdiener, Wagen, Fahrstuhlführer usw. zusammen „besohlen“. Der Herr Geschäftsführer hielt ihnen eine große Moralpredigt. Er führte aus, daß alle diejenigen, die mit den gezahlten Löhnen nicht zufrieden seien, dies am andern Morgen der Geschäftsleitung mitteilen sollten, sie könnten dann sofort aufhören! Die Firma Vormatz seze die Löhne ganz ohne irgend welche Stimmung selbst fest und regelte dieselben von Person zu Person, je nach Leistung des einzelnen, natürlich nicht einheitlich. Er wolle es freilich niemandem verwehren, zu der betreffenden Versammlung zu gehen. Ob sie, die Hausdiener, hiermit etwas erreichen würden, das sei freilich dahingestellt.

Dieses Verhalten genannter Firma hatten wir in der Parteipresse in genügender Weise gezeichnet. Prompt folgte von dem Geschäftsführer, Herrn Cohn, eine „Berichtigung“, die wir wörtlich mitteilen wollen:

„In der gestrigen Ausgabe Ihres Blattes bringen Sie einen gegen mich gerichteten Artikel, in welchem durch Sperrdruck hervorgehoben ist: die Leute, welche mit den gezahlten Löhnen nicht zufrieden seien, sollten dies der Geschäftsleitung am andern Morgen mitteilen, sie könnten dann sofort aufhören. Ihr Gewährsmann hat sich hier falsch unterrichtet; derartige Worte sind selbst dem Sinne nach nicht gesprochen worden; ich habe die Leute aufgefordert, falls sie mit ihren Löhnen nicht zufrieden wären, sich im Monat zu melden. Diese Einrichtung besteht schon seit Bestehen des Geschäfts, und habe ich persönlich jedem um Lohnverhöhung ansprechenden Angestellten entweder dieselbe sofort zugesagt, oder nach Prüfung des Sachverhalts bei Herrn Vormatz die Lohnverhöhung vertreten. Unsere Angestellten sind mit dieser persönlichen Behandlung je nach Leistung und Verdienst“ in der Mehrzahl sehr zufrieden gewesen; einzelne Ausnahmen gibt es wohl überall. Sie selbst brachten vor zirka 1/2 Jahre einen Artikel über die Lohnverhältnisse in hiesigen Geschäften, in welchem Sie unsre Firma als die einzige hinstellten, deren Löhne erträglich seien. — Daß ich ein Feind der Arbeiterorganisation sei, ist aus meinen Worten nicht zu entnehmen; unsre Angestellten können jedem Arbeiter-Verbande angehören, dem sie wollen, ohne daß wir uns darum kümmern. Aber wenn durch ein Flugblatt „an die Hausdiener der Firma Edward Vormatz“ die Aufforderung gerichtet wird, zu einer Besprechung über die Verbesserung der Lohnverhältnisse zusammenzukommen, so ist das gegenüber unserm seit Jahren erprobten Verhalten ungerechtfertigt. Eine Organisation allgemeiner Art würde wohl einen allgemeinen Aufruf erlassen, aber nicht die Angestellten einer Firma herausgreifen. Uebrigens sind von unserm Hausdienern 1 über 8 Jahre, 4 über 6, 1 über 5, 1 über 4, 3 über 3, 10 über 2, 15 über 1 und 15 weniger wie 1 Jahr tätig, und spricht dies wohl dafür, daß die Leute nicht unzufrieden sind. Wir sind bemüht, die soziale Lage der Angestellten so viel als möglich zu verbessern, gewähren von halbjähriger Tätigkeit an Sommerurlaub, der bis zu 14 Tagen bei voller Gehaltszahlung erteilt wird, woch letzten 20 Hausdiener im vorigen Sommer genossen haben. Sie versehen aus dem Ausgeführten wohl, daß zu dem Artikel in Ihrer Zeitung keine Veranlassung vorlag und eruche ich Sie höflichst in bezug

auf den durch Sperrdruck hervorgehobenen Teil um Nichtbeachtung. In den Arbeiterkreisen Hannovers ist allgemein bekannt, daß unser Betrieb nach Möglichkeit musterartig aufrecht erhalten wird, die Namen möchten wir durch mißverständliche Berichterstattung nicht einbüßen.“

Selbstverständlich haben wir dem Herrn dann in gebührender Weise geantwortet. Wie aus dieser „Berichtigung“ ersichtlich, geht Herr Cohn um den eigentlichen Kern der Sache, der Entlassung des Flugblattverteilers, wie die Krage um den heißen Brei herum und darauf kommt es uns hauptsächlich an.

Herr Cohn behauptet, die Worte: „sie können dann sofort aufhören“, auch nicht dem Sinne nach gebraucht zu haben. Demgegenüber behaupten wir, daß zum mindesten diese Worte dem Sinne nach gebraucht sind. Herr Cohn muß es uns übrigens schon überlassen, selbst zu bestimmen, wie wir unsere Agitation betreiben. Ein Lohn von 35 Mark monatlich für einen 15—16 jährigen jungen Mann, ist doch sicherlich kein glänzender zu nennen. Wenn auch die Verhältnisse der Angestellten bei der Firma Ed. Vormatz einigermaßen erträglich sind, so schließt das immer nicht aus, daß sie noch verbesserungsbedürftig sind. Das von Herrn Cohn aufgestellte Rechenexempel bezüglich der Dauer der Beschäftigung, scheint auch nicht genau zu stimmen. Insgesamt sind im Betriebe 35 Hausdiener länger als ein Jahr beschäftigt, es haben aber im vorigen Sommer von diesen 35, die damals doch schon mindestens ein halbes Jahr tätig waren, nur 20 den Sommerurlaub erhalten, der nach halbjähriger Tätigkeit angeblich gewährt wird. Wenn Herrn Geschäftsführer Cohn darum zu tun ist, den guten Ruf der Firma aufrecht zu erhalten, so wird er gut tun, den Hausdienern bei Ausübung ihres Koalitionsrechts nicht hinderlich zu sein. Die ausgesprochene Kündigung trägt keineswegs dazu bei.

Herr Cohn brüht sich mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, wir haben ihm aber, wie aus nachfolgenden Zeilen ersichtlich, bewiesen, daß dies gelinde gesagt, „Heuchelei“ ist. Um nun diese Probe aufs Exempel zu machen, wurde ein Verbandsvertreter vorstellig, um über die Zurücknahme der Kündigung des Flugblattverteilers zu verhandeln. Hier zeigte sich nun in recht drastischer Weise, wie weit diese Arbeiterfreundlichkeit geht.

Herr Cohn erklärte bestimmt, den Sünder nicht behalten zu wollen, er sieht auch in der Entlassung keine Maßregelung, und zwar begründete er seinen Standpunkt in origineller Weise wie folgt: daß in Frage kommende Flugblatt sei nicht von der Verbandsleitung unterzeichnet, sondern habe die Unterschrift „Mehrere Kollegen“ getragen. Hätte der Name des Verbandes darunter gestanden, so wäre die Entlassung nicht erfolgt, denn, so sagte Herr Cohn wörtlich, unsre Leute haben keine Veranlassung, so etwas zu machen. Zur besseren Orientierung sei bemerkt, daß in dem Flugblatt zur Teilnahme an einer Versammlung des Personals der Firma Vormatz aufgeföhrt wurde, es sollte beraten werden, wie es möglich ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma zu verbessern. Also, Herr Cohn ist kein Feind der Organisation, er entläßt aber einen Hausdiener wegen Ausübung seines Koalitionsrechts, nimmt auch die Kündigung nicht zurück, trotzdem ihm bekannt ist, daß die Flugblätter von der Verbandsleitung ausgegeben sind. Diese Tatsache bleibt bestehen, daran ändern alle Erklärungen des Herrn Cohn nichts, auch nicht die, daß die Flugblätter nicht von der Verbandsleitung unterzeichnet seien. Zwar wurde in der Verhandlung erklärt, dieser Hausdiener hätte bereits vor Weihnachten entlassen werden sollen, dies sei jedoch mit Rücksicht auf die Eltern unterblieben. Na, na! Es wurde jedoch von Herrn Cohn ausdrücklich betont, die Flugblattverteilung habe dem Fuß den Boden ausgeschlagen; damit bestätigt er unsere Behauptung.

Wir sehen also, die Firma kann sich den größten Scharfmachern getrost an die Seite stellen. Die Veranlassung der Arbeiterfreundlichkeit ist eine hohle Phrase, die weiter nichts bezweckt, als die Arbeiter als Kunden zu ködern. Gerade diese Firma hätte alle Ursache, zu bedenken, daß die Wäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Die organisierte Arbeiterschaft hat keine Lust, solchen Geschäften, die ihren Bestrebungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, hindern im Wege stehen, noch länger als Kunden zu besuchen. Wir können der Firma nur dringend raten, den Bogen nicht allzu straff zu spannen, er könnte sonst leicht zerreißen. Eigenartig hat es uns dann noch berührt, daß einige Tage später dann auch der Vertrauensmann gekündigt wurde. Auch diese Kündigung ist bestehen geblieben, trotzdem der fragliche Kollege nicht „der zuletzt angefaene“ ist. Einen anderen Vorfall wollen wir noch mitteilen. Ein in der Möbelabteilung beschäftigter Hausdiener las während seiner Pause den „Volkswille“. Herr Cohn, der diese Freveltat feststellte, schickte diesen Sünder dann zur Strafe ins Lager. Wir sehen also auch hieran, wie weit die Arbeiterfreundlichkeit der Firma geht.

Den dort beschäftigten Kollegen aber können wir nur dringend raten, sich sofort der Organisation anzuschließen, dann wird man auch nicht mehr wagen, die Hausdiener wie geschehen zu behandeln. Demum Kollegen, hinein in den Transportarbeiter-Verband.

**Kemfheid.** Kaum war der Artikel in Nr. 6 des „Courier“ unter Kemfheid an die Redaktion abgeschickt, als die hiesige Fachstelle des Transportarbeiter-Verbandes auch schon wieder Gelegenheit bekam, zur Schlichtung von Streitigkeiten einzuschreiten. Es war die Kemfheid der Arbeiter-Zeitung, welche dazu Veranlassung gab. Durch eine vielleicht gut gemeinte, aber total verkehrte Maßnahme brachen Differenzen mit den Boten genannten Blattes aus. Nur dem rechtzeitigen Eingreifen seitens unserer Ortsver-

waltung ist es zu danken, daß ernstere Differenzen vermieden und die Ungelegenheit zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt wurde. Dadurch die Macht der Organisation erkennend, schlossen sich denn auch die meisten der noch fernstehenden Boten unserem Verbande an, sodas die Zeit wohl nicht all zu fern ist, wo wir sagen können, die Boten der Arbeiter-Zeitung gehören alle dem Transportarbeiter-Verband an.

So freudig wie wir dieses begrüßen, so bedauerlich ist es, konstatieren zu müssen, daß von den Trägerinnen der beiden hier erscheinenden bürgerlichen Zeitungen zur Zeit noch keine ihrer Berufs-Organisation beigetreten ist. Jene verharren in ihrer Lethargie weiter. Was kümmert sie die Organisation, der Verband. Anstatt dem Beispiel ihrer Kolleginnen von der Arbeiter-Zeitung zu folgen, lassen sie sich ruhig und gebulbig das Fell weiter über die Ohren ziehen. Sie sehen ruhig zu, wie alles im Preise erhöht wird, sogar die Abonnementgelder sind um 10 Pf. pro Monat gestiegen, aber die Löhne der Austrägerinnen sie bleiben dieselben. Alles regt und rührt sich, keiner ist mehr mit seinem Verdienst zufrieden, nur diese modernen Lohnlader lassen sich ruhig weiter ausbeuten. Kolleginnen tut ihr das Austragen der Zeitung zum Vergnügen, dann gut. Wenn nicht, tut ihr es um für euch und eurer Lieben Unterhalt beizutragen, dann wacht auf aus eurer Gleichgültigkeit und folgt dem Beispiel der Boten von der Arbeiter-Zeitung. Die heutige Zeit ist nicht angetan zum Zaudern und Zagen, heute heißt es, hinein in Reih und Glied. Kolleginnen seid eingedenk der Worte:

„Wir haben lang genug geharrt,  
Man hat uns lang genug gearnt“  
und tretet ein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

**Mödelheim.** Der Achtuhrladen schluß wird durch eine Bekannmachung des Regierungs-Präsidenten im Amtsblatt verfügt. Demnach sind hier fortan sämtliche offene Verkaufsstellen während des ganzen Jahres an allen Wochentagen zwischen 8 und 9 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr zu schließen. Ausgenommen sind: Die Samstage, die Vorabende vor gesetzlichen Feiertagen (Weihnachts-, Neujahrs-, Osters-, Dinnmelfahrts- und Pfingstfest, Wuz- und Vettag und Charfreitag), der Rosenmontag, zwei Tage vor Gründonnerstag, zwei Tage vor Pfingstabend, der Tag vor dem Fronleichnamfest, zwei Tage vor dem Kirchweihfest, Kirchweihmontag, der Tag vor Allerheiligen, drei Tage vor Weihnachsabend und der Tag vor Silvester.

**Transportarbeiter.**

**Tierhalterhaftung bei Hülfeleistung von Knaben beim Füttern von Pferden.** Der Pferdehändler Mörth in Elberfeld besitzt einen Pferde stall, der aus mehreren Stadtwerten besteht. Jedes Pferd befindet sich dort in einem durch Holzwände abgegrenzten Raum, einer sogenannten Box, die nach dem Gange zu eine Tür hat. Zum Füttern der Tiere fanden sich stets mehrere Kinder ein, die Kleckimer nach der Box schafften und die Box mitunter auch betreten, soweit die Pferde nicht als Schläger galten. Am 3. August 1903 erhielt der ebenfalls beim Füttern helfende damals 13jährige S. in Elberfeld von einem Pferde einen Schlag an den Kopf. Ueber den eigentlichen Vorgang des Unfalls wurde nicht weiter bekannt, als daß S. bereits verletzt und betäubt vor der halb geöffneten Türe der Box gelegen hatte, als zwei andere Knaben mit Kleckimern nachkamen.

Der Verletzte erhob nun gegen M. als Tierhalter Schadenersatzansprüche. M. weudet ein, daß sich der Kläger die Verletzung lediglich infolge schuldhaften Verhaltens zugezogen habe. Das Landgericht Elberfeld erklärte den Anspruch dem Grund nach für gerechtfertigt. Da der Beklagte behauptete, der Kläger sei durch die Knechte vor dem Pferde gewarnt worden und daß die drei Knaben auch unter sich davon gesprochen hätten, wer wohl von ihnen den Mut habe, in diese Box zu gehen, hob das Oberlandesgericht zu Köln auf die Berufung des Beklagten das erste Urteil auf und machte die Entscheidung von zwei Eiden des Klägers abhängig. Erstens sollte der Kläger schwören, daß es nicht wahr sei, daß er am Unfalltag die Türe der letzten Box geöffnet und bei dem Versuche, die Box zu betreten, von dem Pferde geschlagen worden sei, und zweitens, daß er eine Belohnung der Knechte nicht gehört habe, wonach die Eimer mit Hele nicht in, sondern vor die Box gestellt werden sollten, und daß ihm auch vor dem Unfall nichts von der Gefährlichkeit und dem Schlagen des Pferdes bekannt gewesen sei. Bei Leistung eines dieser Eide sollte die Klage nach § 833 B. G. B. für gerechtfertigt gelten, bei Verweigerung beider Eide aber nach § 254 B. G. B. abgewiesen werden.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der 4. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision, indem er unter anderem darlegt, daß das Berufungsgericht zunächst mit der Möglichkeit rechne, daß bei der Annäherung des Klägers auf dem Gange die Türe der Box bereits offen gewesen sei und der Kläger auf dem Gange zu der Box unverhört ohne ein ihm zur Last fallendes Ver schulden den Schlag erhalten habe. Mit Rücksicht auf die die Regel bildende Art des Verkehrs der hilfeleistenden Knaben fordere das Berufungsgericht sodann weiter für den Fall, daß der Kläger den Versuch gemacht habe, die Box zu betreten, den bisher nicht für geführt erachteten Nachweis, daß dem Kläger eine Warnung der Knechte, die Eimer vor die Box zu stellen, oder die gefährliche Natur des hier in Rede stehenden Pferdes bekannt gewesen sei. Diese Ausführungen liegen aber bei der festgestellten Sachlage eine Rechtsverletzung der betreffenden Gesetzesvorschriften nicht erkennen; insoweit haben die Zurückweisung der Revision erstatet werden müssen.

Billiges Arbeiterfleisch möchten die Fuhrherren gerne, aber das Risiko dafür wollen sie den armen Leuten selbst überlassen.



**Frankfurt a. M.** Ein Schmutzian. Folgende wahre Begebenheit hat sich vor einigen Tagen in einem größeren heiligen Fuhrgeschäft, dessen Inhaber im Arbeitgeberverband eine bekannte Persönlichkeit ist, zugetragen: „Jean, Du bist heint 25 Jahre bei mir im Dienste. Ich gradelieher der recht herzlich zu Deinem Ehrenstag und will gleichzeitig hoffe, daß mer noch recht lang gesund zusammen bleibe. Du hast Dich gut geführt während dieser Zeit, hast Pferde und Geschirr so behandelt, als ob's Dei Eigentum wäre, warscht aach, was ich der besonnenen hoch angestrichen, allzeit nüchtern, was leider e Seltenheit heutigen Dags unner de Knecht geworde is. Daberfor nimm dies zur Erinnerung, es kommt aus dankbarem Herze.“ Mit diesen Worten trat ein heiliger Fuhrwerksbesitzer, ein Weizhals ersten Ranges, am Morgen des ersten Februar in den Pferdehals zu seinem Knecht und händigte diesem ein verschlossenes Kuvert aus und fuhr dann in dem angefangenen Dialog fort: „Ich hoff', hiermit so recht Deines Herzens Wunsch erfüllt zu have un drumm wär merch lieb, Jean, wenn de dert gleich emol anseh' dhätest, was ich der geschenkt hab'.“ Und als darauffin der Knecht begierig das Kuvert öffnete, aber leider nur statt der erwarteten blauen Scheine die Photographie des Weizhalses zum Vorschein brachte, fragte ihn sein Herr: „No, Jean, was segst de nu?“ „Daß Ihre des ganz ähnlich sieht“, war die viel-sagende Antwort des Knechts, der ihm die Photographie vor die Füße warf und sofort den Dienst aufkündigte. Wir überlassen heut der Arbeitgeberzeitung, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wer dieser saubere Arbeitgeber ist. Vielleicht meldet er sich in der nächsten Arbeitgeber-versammlung. Wenn nicht, sind wir gern bereit, den Namen zu nennen.

**Heidenau.** Im Namen des Königs! Der Angeklagte wird wegen öffentlicher übler Nachrede zu 100 Mk. Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Untertunbringlichkeit 10 Tage Gefängnis zu treten haben, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt einschließlich der Erstattung der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen.

Der Sachverhalt ist folgender: Angeklagt ist der noch nicht vorbestrafte Vertrauensmann des Deutschen Transportarbeiterverbandes Carl Preusche in Mägeln. Die Geschäftsführer der Firma Heinrich Frischke in Heidenau waren im Juli 07 in den Ausstand getreten, weil ihnen der Lohn von 20 Mk. pro Woche zu niedrig war, und beauftragten den Vertrauensmann des Verbandes, dem sie angehörten, mit dem Privatkläger zu verhandeln. Als der Angeklagte auf einen Brief, den er an den Privatkläger richtete, keine Antwort erhielt, traten die Geschäftsführer in den Ausstand. Auf Grund der Mitteilungen, welche die Geschäftsführer dem Angeklagten gemacht hatten, hat dieser nunmehr zwei Flugblätter und drei Artikel in der „Sächs. Arbeiterzeitung“ geschrieben. In dem ersten Flugblatt wird festgestellt, daß die Geschäftsführer die Arbeit niedergelegt haben, weil „die Zustände bei der Firma standalös“ seien, ferner weil der Lohn für 102 Stunden nur 20 Mk. betrage und die nach Belieben der Firma auszuzahlenden Prämien zum größten Teil auf entstandenen Schaden wieder angerechnet würden, und schließlich, weil die Kutscher der Firma Laternen und Öl zu liefern hätten und der Lohn des letzten Tages der Woche einbehalten würde. Im zweiten Flugblatt, eine Antwort auf das von der Firma herausgegebene, wird die Behauptung wiederholt, daß die Kutscher für die paar Beiteilspennige 102 Stunden schuften müssen. Ferner teilt es mit, daß die Firma auf der Suche nach Arbeitswilligen in Döbeln 25 Mk. Lohn und 5 Mk. Trinkgeld versprochen habe, daß aber die Döbelner Arbeiter zu anständig seien, um auf solche Mägeln hineinzufallen. Es wird weiter gesagt: Was die „Ordnung“ im Betriebe anbelangt, der Herr Fuhrwerksbesitzer ist als Militärvereinsvorsitzer an solche natürlich gewöhnt usw. Das Gericht hat die gemachten Behauptungen auf Grund der Zeugenaussagen nicht als erwiesen angesehen. Die Prämien, die schriftlich mit den Kutschern vereinbart seien, sind als freiwillige Leistung der Firma anzusehen. Es verfährt daher nicht gegen das Lohnbeschlagengesetz vom 21. Juli 1889, wenn von diesen Prämien für jeden Arbeiter zunächst eine Kautions von 10 Mk. gebildet wird zur Deckung von Schäden, die von den Arbeitern angerichtet worden sind, denn dergleichen Prämien fallen nicht unter den „Lohn“, dessen Beschlagnahme das Gesetz verbietet, wie denn auch durch Prämienabzüge die Vorschriften der §§ 115, 115 a der Reichsgewerbeordnung nicht verletzt werden. Der Lohn von 20 Mk. sei nicht als besonders niedrig, vielmehr als ein Durchschnittssatz für kleinere Betriebe (Frühjahr beschäftigt 14 Paar Pferde) anzusehen, und die Beschaffung von Laternen und Öl bezeuge für die Arbeiter wohl keine überaus große Belastung. Das Gericht ist auf Grund dieser Feststellung nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Zustände, die zwar, wie in vielen Betrieben, verbesserungsbedürftig sind, als standalös und als die regellosesten bezeichnet werden können. Der Angeklagte ist daher wegen übler Nachrede gegen die Firma, die schwer um ihren Lebensunterhalt zu kämpfen hat, zu bestrafen. Der Vertreter der Anklage hatte Gefängnis beantragt.

Mit 100 Mk. wird also die Ordnung wieder hergestellt. Strafe muß sein.

Nun wißt ihr's, Kollegen, was es mit dem Prämien-system auf sich hat. Also eine auf Grund schriftlicher Vereinbarung festgesetzte Prämie ist eine freiwillige Leistung. Wirklich gottvoll. Da ist wohl der mündlich vereinbarte Lohn erst recht eine freiwillige Leistung? Schließlich leben die Arbeiter überhaupt von freiwilligen Leistungen, auf gut deutsch, Almosen.

Und schwer zu kämpfen um ihren Lebensunterhalt hat die Firma, die in einem Entschädigungsprozeß, bei dem die Kollegen ihre Koalitionsfreiheit noch in Gestalt von Schadenersatz bezahlen sollen, festgestellt, daß Tagelöhne von 15—20 Mk. verdient werden. Ja, damals handelte es sich auch darum, möglichst viel herauszuschlagen, was aber dabei herauskommen wird, darüber sollte sich die Firma nun nachherade klar sein.

Kollegen, hier seht ihr wieder, wie auf der einen Seite alle Saiten gezogen werden, um sich an dem an sich schon niedrigen Lohn schadlos zu halten, und auf der anderen

Seite alles versucht wird, schlimmstenfalls mit Hilfe der Gerichte die Organisation, die darauf gerichtet ist, unsere Lage zu verbessern, unmöglich zu machen. Doch die Zeit ist vorbei. Für euch muß es aber Veranlassung sein, um so fester zum Verband zu halten.

**Königsberg i. Pr.** Ich kann Ihnen erklären, daß ich mit dem Abschluß des Tarifes nicht schlecht gefahren bin. Mit diesen Worten empfing der Inhaber der Möbeltransportfirma Weckert & Müller, Herr Müller, die Beauftragten der Beschäftigten, als diese am 6. d. Mts. erschienen, um den am 1. April d. Js. ablaufenden Tarifvertrag zu erneuern. Es kostete nach einem solchen Besinnnis nicht viel Mühe, einen neuen Vertrag abzuschließen, der neben 1 Mark Lohnzulage pro Woche auch sonstige Verbesserungen, wie Bezahlung der Sonntags-Dujour für die Kutscher mit einer Mark, Gewährung eines Urlaubs von 8—8 Tagen etc., ein schöner Erfolg für die Kollegen ist.

Wir lassen den abgeschlossenen Vertrag im Wortlaut folgen:

Zwischen der Firma Weckert & Müller und den dort beschäftigten Kutschern, Bäckern und Hilfsarbeitern ist folgender Arbeits- und Lohnvertrag vereinbart:

**Arbeitszeit.**

a) Für Kutscher in der Zeit vom 1. März bis 15. April und 1. September bis 15. Oktober von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends; in der Zeit vom 16. April bis 31. August und 16. Oktober bis 28. Februar von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

b) Für Bäcker und Hilfsarbeiter in der Zeit vom 1. März bis 15. April und vom 1. September bis 15. Oktober von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und vom 16. April bis 31. August und 16. Oktober bis 28. Februar von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Pausen.**

1/2 Stunde Frühstück, 1 1/2 Stunde Mittags- und 1/2 Stunde Vesperpause.

**Lohn.**

a) Für Kutscher Anfangslohn 18,— Mk. pro Woche.  
b) Für Bäcker Anfangslohn 20,— Mk. pro Woche.  
Die jetzt Beschäftigten erhalten sämtlich 1 Mk. Zulage.

**Ueberstunden.**

Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und werden bis 10 Uhr abends mit 80 Pfg. pro Stunde vergütet, von 10 Uhr abends bis zum Beginn der regelmäßigen Arbeitszeit sowie Sonntagsarbeit mit 75 Pfg. pro Stunde.

Die Kutscher erhalten außerdem in der Anziehzeit vom 15. März bis 15. April und vom 15. September bis 15. Oktober zusammen pro Tag 80 Pfg. für die Beforgung des Stalles am Abend vergütet, welche dieselben unter sich zu verteilen haben.

Für Sonntags-Dujour erhalten die Kutscher 1 Mk.

**Kündigung.**

Die Kündigungszeit ist für die Festbeschäftigten eine vierzehntägige.

**Reisepesen.**

a) Für Kutscher pro Tag 3 Mk.  
b) Für Bäcker pro Tag 4 Mk.  
Den Letzteren wird für Nachfahrten 3 Mk., für auswärtige Sonntagsarbeit 4 Mk. gezahlt.

**Allgemeines.**

Für Kutscher- und Geldschrank-Transporte wird eine Extraentschädigung von 1 Mk. resp. 1—2 Mk. gezahlt. Der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird in folgender Weise berichtigt: als eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit wird gerechnet: bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 2 Jahren 2 Wochen, über 2 Jahre 4 Wochen. Die Kranken- und Invaliditätsbeiträge bezahlt die Firma.

Den Angestellten wird nach einer Beschäftigungszeit von einem Jahr ein Urlaub von 8—8 Tagen gewährt. Derjenige, welcher nach auswärts fahren soll, muß mindestens 8 Stunden vorher davon in Kenntnis gesetzt werden.

Dieser Vertrag tritt mit dem 1. April 1908 in Kraft und gilt auf die Dauer von zwei Jahren. Er behält immer ein weiteres Jahr Gültigkeit, wenn er nicht mindestens zwei Monat vorher gekündigt wird.

Königsberg, den 6. Februar 1908.

Für die Firma: gez. Weckert & Müller.

Für die Beschäftigten: Klein, Niemann.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband: J. Hahlbeck.

Man werden die Kollegen in den anderen Betrieben die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband erkennen, damit auch dort bessere Zustände Platz greifen?

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Baun.** Im Januar fand hier eine Transportarbeiter-Versammlung statt. Trotzdem es unsere Kollegen so bitter notwendig hätten, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, war die Versammlung schwach besucht. Die Baugener Kollegen glauben, ein Kutscher oder Transportarbeiter muß eben im Stalle oder am Speditionswagen bei 15—18 Stunden Arbeitszeit ausruhen, er muß mit 14 bis 17 Mk. die Woche auskommen, wenn er auch hungert und friert dabei. Ja, und für diesen Hungerlohn müssen die Kutscher auch noch bereits den ganzen Sonntag arbeiten, um ihr Fuhrwerk in vorgeschriebener Ordnung zu erhalten. Wenn es noch eine Zeit lang so fortgeht, Kollegen, so müßt Ihr den Vögeln noch jede Woche das bare Geld zugeben, damit sie Euch nur beschäftigen. Kollegen, hier blüht kein Schimpfen, hier kann auch kein christlicher Männerverein — wie er bis heute unter Euch besteht — helfen, sondern allein nur die Organisation, und die heißt: „Deutscher Transportarbeiter-Verband“. Deshalb, Kollegen, seid nicht mehr

so gleichgültig und kommt das nächste Mal bis auf den letzten Mann in die Versammlung.

**Berlin.** Die Leitergerüstarbeiter hielten am Sonntag, den 19. Januar, ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Kollege Wolter dem so plötzlich verstorbenen Kollegen Bahn einen warm empfundenen Nachruf; die Kollegen erhoben sich zu Ehren des Dahingeshiedenen von ihren Plätzen. Sodann eritattete der Kollege Wolter Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung.

Redner ging mit jenen Kollegen vor allen Dingen scharf ins Gericht, die auf der Straße und hinter dem Rücken der Sektionsleitung alles Mögliche zusammenschwägen und in der Versammlung aber durch Abwesenheit glänzen. Stattgefunden haben im Verlauf des Jahres 14 Versammlungen, bei den letzten Versammlungen mußte er sein Bedauern aussprechen, daß sie so schlecht besucht waren, als Milderungsgrund nahm er aber nicht die Arbeitslosigkeit im Verufe an, denn es ist festgestellt, daß die letzte Versammlung gerade hervorragend von arbeitslosen Kollegen besucht war. Dann haben im Laufe des Jahres 17 Vertrauensmänneritzungen stattgefunden, und auch da mußte er das Verhalten von verschiedenen Kollegen scharf verurteilen, die da einfach ihren Posten niederlegen und nicht erst eine Neuwahl abwarten.

Dann wäre noch zu berichten, daß drei Firmen, Dreiling, Gutsche und Veiersdorf den im Frühjahr anerkannten Tarif gekündigt haben, die Beschlußfassung zu dieser Frage wurde einer späteren Vertrauensmänneritzung über-wiesen.

Dann gab der Kollege Beppermüller den Bericht der Schlichtungskommission, welcher ergab, daß im vergangenen Jahre 3 Verhandlungen stattgefunden haben und die alle bis auf Dreiling ohne Arbeitsseinstellung erledigt worden sind und auch bei der Firma Dreiling wurde die Arbeit nur einen halben Tag eingestellt.

Dann gab der Kollege Hannemann den Bericht der Unterstützungs-kasse, welcher ergab, daß im letzten Jahre 6 Kollegen aus der Klasse Unterstützung erhalten haben. Die Einnahmen der Kasse waren . . . . . 987,86 Mk. Die Ausgaben für Verunglückte . . . . . 270,—

Reibt ein Bestand von 717,86 Mk.

Dann gab der Kollege Hannemann den neuen Entwurf der Statuten der Versammlung bekannt, welcher mit unbedeutenden Veränderungen angenommen wurde.

Dann kam die Neuwahl der Sektionsleitung. Diese verlief resultatlos, da keiner von den Vorgeslagenen die Wahl annahm. Wolter wies die Kollegen auf das Schmach-volle ihrer Handlungsweise hin, indem sie den Posten, zu dem ihnen die Kollegen vorgeschlagen, nicht annehmen. Er begründete seine Handlung, daß er niederlege, durch die wiederholte Mahregelung im vergangenen Jahre und versprach, den Vorstoß noch provisorisch bis zum März in Händen zu behalten. Schriftführer und Beisitzer erklärten sich damit einverstanden und die Versammlung im März wird mit der Tagesordnung einberufen: Neuwahl der Sektionsleitung.

**Berlin.** Mit dem 6 Uhr-Postschluß beschäftigte sich am 16. Januar eine Versammlung der Hausdiener und Baker. Der Referent ging in seinen Ausführungen der alltags-gewurzelten Unmiese bei den großen Handelsfirmen scharf zu Leibe. Er führte des Näheren aus, wie nur der alte, liebgewordene Schlandrian es sei, der die Kollegen zwingt, die Vormittage mit allerlei nebensächlichen Arbeiten zu verbrödeln, um dann in ein paar Stunden zu erledigen, wozu der ganze Tag nötig sei. Die Folgen davon zeigten sich in der Tatsache, daß ein auffallend großer Prozentsatz von Hausdienern an Lungenkrankheiten zu Grunde gehe, was sich statistisch nachweisen lasse. Der Redner ging dann auch auf allgemeine Missetände unseres Berufes ein und erwähnte noch, daß sich unter den Firmen, die ihre Pakete gewöhnlich kurz vor Postschluß aufgeben und so die Arbeitszeit der Angestellten ungebührlich verlängern, leider auch der „Vorwärts“-Verlag befindet. Zum Schluß forderte Redner alle Kollegen auf, energisch daran zu gehen, alle Berufskollegen von der Notwendigkeit eines früheren Post-schlusses und Verkürzung unserer Arbeitszeit zu überzeugen und mit vereinten Kräften dahin zu arbeiten, daß wenigstens der 6 Uhr-Postschluß durchgeführt wird. Als erstes Mittel zu einer planmäßigen Arbeit dahin empfahl er die Wahl einer besonderen Agitationskommission.

In der nun einsetzenden Diskussion wurde noch manches zu den Ausführungen des Redners ergänzt. So wurde unter anderem betont, daß es auch notwendig sei, die Bahn-postämter um 6 Uhr zu schließen, damit es endlich aufhöre, daß Kollegen noch um Mitternacht Pakete dort aufgeben müßten. Auch die lebensgefährlichen Zustände auf den einzelnen Postämtern wurden einer Kritik unterzogen. Von verschiedenen Rednern wurde noch auf den Wahlrechts-kampf hingewiesen und aufgefordert, durch intensive Klein-agitation dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Demon-stration noch ganz andere Massen als am 12. Januar auf-marschieren, um so den herrschenden Klassen zu zeigen, daß die Arbeiter nicht länger gewillt sind, als Gelerten angesehen und behandelt zu werden.

Sodann wurde eine Agitationskommission gewählt und folgende Resolution angenommen:

**Resolution.**

Die heute in der Neuen Philharmonie versammelten Handelshilfsarbeiter Berlins erklären sich mit den Aus-führungen des Referenten einverstanden. Sie beauftragen die neu gewählte Agitationskommission, alle Mittel anzu-wenden, endlich den 6 Uhr-Postschluß zur Einführung zu bringen. Sie sind überzeugt, daß ein früherer Postschluß sich bei nur einigem guten Willen aller Beteiligten ohne Schwierigkeit für den Handel durchführen läßt. Die jetzige späte Erledigung der Post hat ihre Ursache in der ein-gewurzelten Unmiese der Chefs und ihrer kaufmännischen Angestellten. Die Folge davon ist für die Handelshilfs-arbeiter ein unermessliches Abhegen in den letzten Nach-mittagsstunden und das ist wiederum die Ursache der be-kannten Proletarierkrankheiten, wie Rheumatismus und Tuberkulose, woran gerade die Handelshilfsarbeiter schwer zu leiden haben. Aber auch im Interesse der Verkürzung ihrer Arbeitszeit haben sie alle Ursache, die Einführung



des 6 Uhr-Postschlusses energisch zu fordern. Sie weisen darauf hin, daß ein früherer Postschluß in vielen deutschen und außerdeutschen Städten bereits durchgeführt ist zur Zufriedenheit aller daran beteiligten Arbeiter und Beamten, und erlauben nochmals daran, daß ein früherer deutscher Reichspostsekretär sich für den 6 Uhr-Postschluß ausgesprochen hat.

**Brate.** Am 1. Februar fand unsere ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Da in der Generalversammlung der Jahresbericht nicht gegeben war, so wurde er jetzt vom ersten Bevollmächtigten erstattet. Redner wies in kurzen Zügen darauf hin, daß unsere Zahlstelle sich in den vier Jahren ihres Bestehens ganz schön entwickelt hätte. Aber noch liegt ein arbeitsreiches Feld vor uns; denn es stehen uns noch viele Kollegen fern, die der Organisation angehören können und müssen, wenn wir unsere jetzige Lage behaupten oder verbessern wollen, was wir hier am Orte noch gut gebrauchen können. Vor allen Dingen muß es jetzt unsere Aufgabe sein, den inneren Ausbau der Organisation zu fördern, damit wir in schweren Zeiten gerüstet und mutig den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen können. Viele Kollegen denken, wenn wir unsere Marken nur lieben, so ist alles gut, aber nein, vereint und alle müssen wir arbeiten, um zum Ziele zu kommen und die Indifferenten heranzuziehen; denn vereinzelt sind wir machtlos. Der geschäftliche und agitatorische Bericht ergab folgendes: Es fanden im Laufe des Jahres statt: 28 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen, 8 Sitzungen und 3 Versammlungen nach auswärts. Im Korrespondenzverkehr waren an Eingängen: 22 Briefe, 16 Karten, 8 Drucksachen und 1 Depesche. An Ausgängen: 23 Briefe, 18 Karten und 3 Depeschen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1908 98 männliche und 6 weibliche, gleich 104, gegen 70 Mitglieder am Schlusse 1906. Aufgenommen wurden 81 männliche und 6 weibliche, ausgeschieden und abgereist 39, verbleibt ein Zuwachs von 84 Mitgliedern. An Krankenunterstützung waren 4 Fälle, 1 Todesfall, ferner eine Lohnbewegung, welche mit gutem Erfolge und ohne Streik verlief. An Kassenbestand war verzeichnet: am 1. Januar 1908 124,88 Mk. gegen 65,97 Mk. im vorigen Jahre. Die gesamten Einnahmen betrugen 1276,15 Mk., Ausgaben 1217,74 Mk., Mehreinnahme 58,41 Mk. Vom hiesigen Gewerkschaftskartell wurde uns die Anregung zuteil, uns an der Zentralbibliothek zu beteiligen, was auch einstimmig angenommen wurde. Hierin ersehen wir einen Fortschritt zum Ausbau der inneren Organisation. Für den ausscheidenden Unterkassierer Kollegen Kohl wurde Kollege Hagelmann gewählt. Nachdem im Verschiedenen noch einige lebhaft Debatten geführt wurden, wurde die Versammlung mit der Ermahnung, die Zusammenkünfte ferner zahlreich zu besuchen, geschlossen.

**Dresden.** Die Verwaltungsstelle hielt am 5. Februar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Jahresbericht für 1907 lag gedruckt vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst das Andenken von fünf verstorbenen Mitgliedern durch Erheben von den Blättern geehrt. Hierauf wurde auf Antrag eines Kollegen die Tagesordnung bergestellt abgeändert, daß erst alle Berichte und alsdann alle Wahlen vorgenommen wurden. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Bergmann. Aus demselben erwähnen wir folgendes: Im 4. Quartal haben stattgefunden 11 öffentliche und eine Generalversammlung; ferner 15 Betriebsbesprechungen und 14 diverse Sitzungen. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in 11 Sitzungen; außerdem fanden 2 erweiterte Verwaltungssitzungen statt. Rechtsschutz wurde in 10 Fällen gewährt. Auch in besonderen Notfällen wurde von verschiedenen Mitgliedern die Hilfe des Verbandes in Anspruch genommen. Ebenso wurde an 24 arbeitslose Mitglieder zu Weihnachten eine Extraauszahlung gewährt von insgesamt 135 Mk.

An Lohnbewegungen haben im verfloffenen Quartal 7 stattgefunden, welche alle ohne Kampf mit Erfolg endigten. Im gedruckten Jahresbericht sind die einzelnen Bewegungen ausführlich geschildert und erübrigt sich hier ein näheres Eingehen darauf.

Eine Verhandlung wurde notwendig bei der Verwaltung des Konsumvereins, „Vorwärts“, und zwar handelte es sich um die Anstellung von Arbeitern vor Weihnachten. Bisher waren nur 2-3 Kollegen durch unseren Arbeitsnachweis bezogen worden. Die Rücksprache führte dazu, daß zur diesmahligen Anstellung die Hälfte der benötigten Hilfskräfte durch unseren Arbeitsnachweis bezogen wurde.

Die Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages für die Mitglieder unserer Zahlstelle war der Gegenstand lebhafter Erörterungen in Sitzungen wie in Versammlungen. Durch Urabstimmung haben die Mitglieder im Dezember entschieden. Für die Erhebung des Beitrags vorzertren 1586, gegen dieselbe 695 Mitglieder. Somit hat die große Mehrheit für die Erhebung des Lokalbeitrages gestimmt, welcher für männliche 10 Pfg., für weibliche und jugendliche 5 Pfg. pro Woche beträgt.

Die Goutonferenz, welche am 31. Oktober in Dresden stattfand, hat einstimmig den Beschluß gefaßt, die Zahlstellen Mederfeldlich und Blauenfelder Grund mit Dresden zu verschmelzen. Der Ortsbeamte für Mederfeldlich soll als Hilfsbeamter im Gau 5 Verwendung finden.

Da das Tätigkeitsgebiet unserer Verwaltungsstelle erheblich erweitert worden ist, machte sich die Anstellung eines weiteren Ortsbeamten für Dresden notwendig. Die Goutonferenz stimmte einem diesbezüglichen Antrage des Gauvorstandes zu. Die Stelle wurde im „Courier“ ausgeschrieben.

Die Verlegung unseres Verbandsbüros machte sich notwendig, da die bisherigen Geschäftsräume den Anforderungen nicht mehr genügten. Im Hause Rigenbergstraße 6 fanden wir bequeme und geräumige Büroräume, welche am 1. Januar in Benutzung genommen werden konnten.

Die Delegiertenwahlen zur Fuhrherren-Ernennungskasse vollzogen sich im November glatt und ohne Gegenliste. Unsere Liste erhielt die 400 abgegebenen Stimmen. Auch die Vertreterwahlen zum Gehilfenauschuß der Fuhrherrenernennung haben ohne Gegenliste stattgefunden. Gewählt wurden unsere vorgeschlagenen 5 Vertreter sowie 5 Stellvertreter.

Unsere Bibliothek wurde im 4. Quartal von 34 Mitgliedern in 58 Fällen in Anspruch genommen. An Leihgebühren gingen ein 3,10 Mk. Neuangeschafft wurden 74 Bände. Am Schlusse des Jahres betrug der Bücherbestand insgesamt 259 Bände.

Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Arbeitslose Mitglieder waren im 4. Quartal 108 vorhanden und zwar 25 Markthelfer, 35 Kutscher, Mitfahrer etc., 45 Lager- und Transportarbeiter, 2 Fensterreiniger und 1 Arbeitsbursche.

An Stellen gingen ein für fest 82 und zur Aushilfe 58. Besetzt wurden für fest 18 und zur Aushilfe 46 Stellen. Arbeitslos blieben am Schlusse des Quartals 22 Kollegen.

Eingaben an Behörden wurden gemacht an den Rat zu Dresden und an die königl. Polizeidirektion. Schriftstücke für Mitglieder wurden 8 angefertigt.

Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 4. Quartals 2694 männliche und 122 weibliche Mitglieder. Im Laufe des 4. Quartals kamen neu hinzu (Neuaufnahmen, Zugewerke, Uebertritte etc.) 262 männliche und 8 weibliche Mitglieder.

Der Abgang betrug an gestrichenen, abgereisten und übergetretenen Mitgliedern 155 männliche und 3 weibliche.

Demnach verbleibt am Schlusse des 4. Quartals ein Mitgliederbestand von 2801 männlichen und 125 weiblichen Mitgliedern, insgesamt also 2926 Mitglieder. Mithin ist gegenüber dem 3. Quartal eine Zunahme von 110 Mitgliedern zu verzeichnen.

Den Kassenbericht für das 4. Quartal gab der Kassierer Richter. Die Einnahmen betrugen insgesamt 17 822,13 Mk., die Ausgaben 16 733,85 Mk.; mithin verbleibt ein Kassenbestand von 1088,28 Mk.

An beide Berichte schloß sich eine kurze Debatte. Ein Kollege beantragt, den Jahresbericht den Mitgliedern vor dem Stattfinden der Generalversammlung auszuhändigen, damit sich jedes Mitglied rechtzeitig über alles orientieren kann. Der Vorsitzende gibt darauf die Erklärung ab, daß die Jahresgeneralversammlung bei Annahme des Antrages dann nicht vor Mitte Februar stattfinden kann. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und stimmt dem Antrage zu.

Ein Kollege fragt an, ob denn die neue Verkehrsordnung für Dresden noch nicht bald erscheinen werde; im vorigen Sommer haben bereits Vernehmungen stattgefunden, bis heute hat man noch nichts wieder davon gehört. Der Vorsitzende bedauert ebenfalls, daß die Behörden die Beratung der fertig ausgearbeiteten Vorlage nicht beschleunigen. Lange genug schon liegt der Entwurf beim Rat zu Dresden.

Dem Kassierer wurde hierauf einstimmig Decharge erteilt.

Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Kollege Bergmann. Eine Debatte darüber wurde nicht beliebt.

Zur Frage der Anstellung eines dritten Ortsbeamten nimmt zunächst der Bevollmächtigte das Wort und teilt die Namen der fünf Bewerber mit. Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine lange und teilweise recht erregte Debatte, an der sich gegen 20 Kollegen beteiligten. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden war, wurde zur Wahl geschritten. Diefelbe ergab, daß die Kollegen Schiller und Träger zur engeren Wahl gestellt wurden, die der Zentralvorstand zu vollziehen hat.

Die Wahlen zum Gewerkschaftskartell ergaben folgendes Resultat: Bergmann, Opitz, Kotte, Pahn, Georgi.

In die Revisionskommission wurden gewählt: Adam, Georgi, Jäpel, Schöne, Kotte.

Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Entwurf für ein neues Verwaltungsreglement den Versammelten zur Kenntnis gebracht. Aus demselben heben wir nur die wichtigsten und grundlegenden Bestimmungen hervor. Demnach soll die Ortsverwaltung nur noch aus 9 Mitgliedern bestehen, und zwar aus dem 1. Bevollmächtigten, dem Kassierer und 7 Beisitzern. Die letzteren sollen aus den Hauptbranchen entnommen werden. Bisher bildeten außer einigen Branchenvertretern die Bezirksführer die Ortsverwaltung. In Zukunft sollen diese als Beirat der Ortsverwaltung gelten, welcher alle 4 Wochen zu den Sitzungen der Ortsverwaltung hinzugezogen werden soll. Ueber den Entwurf entspinnt sich eine kurze Debatte, in welcher man sich zustimmend äußerte. Der Entwurf gelangte alsdann zur Annahme. Beschlossen wurde ferner, die alte Ortsverwaltung so lange bestehen zu lassen, bis die einzelnen Branchen ihre Vertreter vorgeschlagen und eine Generalversammlung dieselben endgültig bestätigt hat. Unter Verbandsangelegenheiten wurden noch einige interne Angelegenheiten behandelt. Alsdann ersuchte Kollege Bergmann die Anwesenden, auch in diesem Jahre für den Verband eifrig tätig zu sein, damit unsere Zahlstelle noch bessere Fortschritte und größere Erfolge erzielen könne wie bisher. Mit anfeuernden Worten schloß derselbe die äußerst starkbesuchte Versammlung.

**Gann-Münden.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag statt. Kassierer Kollege Becker erstattete den Abrechnungsbericht vom 4. Quartal wie folgt: Bestand vom vorigen Quartal 173,75 Mk., Einnahme im 4. Quartal von 1114 Beiträgen à 35 Pfg. = 389,90 Mk., 8 Beiträge à 20 Pfg. = 1,60 Mk., 69 Beiträge à 25 Pfg. = 17,25 Mk., 88 Beiträge zum Streiffonds à 30 Pfg. = 26,40 Mk., Summa 618,90 Mk. Die Ausgaben betrugen im 4. Quartal an Prozenze und Entschädigung (Verwaltungsausgaben) 89,— Mk., Materialkosten (sächl.) 2,— Mk., Kartell- und Sekretariatsbeiträge 8,— Mk., Porto und Drucksachen 2,80 Mk., Fest-Defizit 28,87 Mk., sonstige Ausgaben 6,— Mk., an die Hauptkasse in bar gefandt 800,12 Mk., laut Quittung an Arbeitslosenunterstützung 4,50 Mk., an Krankenunterstützung 7,— Mk., Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals 215,41 Mk., Summa 618,90 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für gut befunden und auf deren Antrag dem Kassierer Entlassung erteilt. Am jedem Kollegen klar vor Augen zu führen, welche Tätigkeit die Verwaltung auszuführen hatte, gab der Kollege Abel folgenden Jahresbericht: Der örtliche Kassenbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 1907 143,72 Mk. und stieg bis zum Schlusse des 4. Quartals auf 215,41 Mk. An Unterstützungen wurden im verfloffenen Jahre bezahlt: Arbeitslosenunterstützung 54,60 Mk., Krankenunter-

stützung 91,50 Mk., Extraauszahlung 25,— Mk., Streiks 11,30 Mk., und Krankenunterstützung 2,20 Mk., Summa 184,70 Mk. Die Zahl der verkauften Wochenbeitrags-Marken betrug im 1. Quartal 762 Stück, im 2. Quartal 887 Stück, im 3. Quartal 885 Stück und im 4. Quartal 1114 Stück, insgesamt im Jahre 1907 3648 Stück. Versammlungen wurden abgehalten eine öffentliche und 13 Mitglieder-versammlungen und 12 Sitzungen. Lohnbewegung wurde eine veranstaltet und zwar zugunsten der Organisation. An Briefen und Karten sind eingegangen 19 Briefe, 11 Karten, 1 Depesche und 14 Pakete. Ausgegangen sind 43 Briefe, 29 Karten, 1 Depesche, 1 Paket. Neu, bezw. von anderen Verbänden aufgenommen sind im 1. Quartal 26 Mitglieder, im 2. Quartal 7, im 3. Quartal 8 und im 4. Quartal ein Mitglied. Ausgetreten bezw. nach anderen Verwaltungen stellen abgereist und zu anderen Verbänden übergetreten sind im 1. Quartal 2 Mitglieder, im 2. Quartal 7, im 3. Quartal 6 und im 4. Quartal 3, sodaß eine Aufnahme von 37 und ein Austritt von 18 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1906 betrug 59 und stieg im verfloffenen Jahre 1907 auf 78 Mitglieder.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Es wurden die Kollegen F. Goldmann als 1. Vorsitzender, L. Becker als 1. Kassierer und L. Abel als 1. Schriftführer wieder und die Kollegen H. Rosemeyer als 2. Vorsitzender, D. Schmidt als 2. Kassierer und B. Martin als 2. Schriftführer neu gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen F. Schrader und W. Schmidt, zu Kartelldelegierten die Kollegen Goldmann, Keller und Martin und als Ersatzmann Kollege L. Abel gewählt.

Unter Verschiedenes wurden einige Betriebs-Mißstände erörtert. Und dann nahm Kollege Goldmann für den heutigen Abend das Schluswort, indem er in kürzeren Ausführungen den Versammlungsbesuch der Kollegen tadelt und sie aufforderte, in diesem Jahre die Versammlungen besser als bisher zu besuchen, um gemeinschaftlich an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken, denn die Laueheit einiger muß ihnen in diesem Jahre aus den Knochen entschwinden, darum alle Mann in die Versammlungen, keiner darf fehlen. Mit einem Hoch auf die Organisation trat Schluß der Versammlung ein.

**Merseburg.** Versammlung am 2. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, schilderte die Verhältnisse, die schlechten Löhne und die Lebensmittelvertheuerung an unserem Orte. Dann entspann sich eine lebhaft Debatté seitens der Mitglieder über verschiedene Punkte in der Agitation. Es wurde der Wunsch laut, in kürzester Zeit eine öffentliche Mitgliederversammlung tagen zu lassen. Dann wurde beschlossen, in unserem alten Lokale Funkenburg unsere Versammlungen und Vergnügungen weiter abzuhalten.

Unter Verschiedenes erläuterten die Kollegen der Firma Groß & Co., Essenzfabrik, die Mißstände und die sofortige Entlassung von 2 Kollegen. Sodann wurden von einigen Beisitzern des Schiedsgerichts etliche Fälle angeführt, woraus die Kollegen erkannten, daß es viel wert ist, wenn wichtige Beisitzer in das Schiedsgericht gewählt werden. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende, fleißig weiter zu agitieren.

**Zuffenhausen.** Am Sonntag, den 2. Februar, fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Als 1. Punkt wurde der Geschäftsbericht gegeben, dem zu entnehmen ist, daß die Verwaltungsstelle nach harter Mühe von Seiten der Gauverwaltung und des hiesigen Kartellvorsitzenden voriges Jahr am 2. Februar gegründet werden konnte. Schon ein Jahr früher, im März 1906, hatten sich drei Kollegen dem Verbands angeschloßen, mit Hilfe derer es im Laufe von 1 Jahre auf 11 Mitglieder gebracht wurde. Gegenwärtig zählen wir 18 Mitglieder, ein kleines Häuflein und ein kleiner Fortschritt, aber wenn die Kollegen gewillt sind tatkräftig mitzuarbeiten, und diese Aussicht ist vorhanden, so wird auch hier eine raschere Vorwärtsbewegung Platz greifen.

Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender Koll. Schäfer, 2. Vors. Koll. Nicht, Kassierer Koll. Brändle, Schriftführer Koll. Kolb, Beisitzer und Revisoren die Koll. Beckfänger und Bauer, Unterkassierer Koll. Max. Hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Kollegen! Es ist nun Pflicht, die neugewählte Lokalverwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Jedes einzelne Mitglied muß an dem Ausbau unseres Verbandes best ebt sein. Wenn jeder im laufenden Jahre nur ein einziges Mitglied neu dem Verbands zuführt, und das ist gewiß nicht viel, dann werden wir in kurzer Zeit schöne Erfolge erzielen.

**Soziale:**

**Unfall-, Lasten des Unternehmertums.** Die für Großindustrielle und Großgrundbesitzer schreibenden Blätter und redenden Parlamentarier können nicht genug über die „Lasten“ zernern, die angeblich die soziale Gesetzgebung ihnen auferlege.

Wie hoch ist die „Last“ in Wahrheit? Wir sehen bei der Beantwortung von der Tatsache ab, daß alle sogenannten Lasten des Unternehmertums tatsächlich durch die Arbeiter aufgebracht werden, zumal diese „Last“ ja nichts anderes darstellt, als einen von vorturbereit feststehenden Teil des Lohnes. Bekanntlich verdient das Unternehmertum durch das in der Unfallversicherungsgesetzgebung enthaltene Privileg des Unternehmers, daß er auch für von ihm verschuldete, ja strafbar jahrlässig verschuldete Betriebsunfälle dem Arbeiter gegenüber nicht zu haften hat und daß die Unfall-, rente“ weniger als 1/2 des wirklichen Schadens beträgt. Auch diesen — jährlich 30 Millionen Mark übersteigenden — Vermögensvorteil des Unternehmers lassen wir bei unserer Berechnung außer Betracht. Wir beschränken die Beantwortung der Frage endlich auf das Gebiet der Unfallversicherungsgesetzgebung. Wieviel hat nach dem amtlichen Nachweis über die Ergebnisse der Unfallversicherung der Unternehmer pro Kopf des Arbeiters zu zahlen?



Die gesamten Ausgaben (einschließlich Verwaltungslofen der landwirtschaftlichen Berufsvereine) betragen im Jahre 1906: 37 877 491,54 M. Als Versicherung rechnet das Reichsversicherungsamt 11 189 071 Personen. Es entfielen mithin von allen Ausgaben der landwirtschaftlichen Berufsvereine für einen Versicherten für das Jahr: 3,39 M., also für den Tag bare 0,93 Pf. Eine solche Summe, die noch nicht einmal die Höhe eines Weitefpennings erreicht, „unsummen“, „unerschöpfliche Last“ zu nennen oder ähnliche Bezeichnungen zu gebrauchen, wie es kapitalistische Schlot- und Straußunterorgane tun, ist für den Tiefstand sozialer Anschauungen dieser wirklichen Vaterlandsfeinde bezeichnend. Die „Lasten“ waren in früheren Jahren noch tiefer. Sie betragen für einen Versicherten in den Jahren 1888 bis einschließlich 1905: 0,08, 0,21, 0,42, 0,46, 0,51, 0,77, 0,97, 1,10, 1,44, 1,62, 1,77, 1,95, 2,10, 2,35, 2,64, 2,89, 3,10, 3,30 M. für das Jahr.

Etwas höher stellen sich die Ausgaben bei den gewerblichen Berufsvereinen. Die Gesamtausgaben betragen hier ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerks-, Tischbau- und See-Berufsvereine im Jahre 1906: 133 009 437,02 M. für 8 625 500 versicherte Personen. Mithin entfallen auf den Kopf des Versicherten für das Jahr 15,42 M., also für den Tag 4,22 Pfennige, also noch nicht einen Sechser. Die für die Unfallversicherung der gewerblichen Berufsvereine ausgegebenen Beträge belaufen sich von 1886 bis einschließlich 1905 auf 2,89, 4,96, 5,82, 6,24, 6,68, 7,44, 8,17, 8,73, 8,99, 9,09, 8,87, 8,68, 8,94, 9,32, 9,88, 12,89, 13,88, 14,46, 14,85, 15,26 M. für das Jahr.

Die Ausgaben für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereine, sowie der staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden, betragen im Jahre 1906 zusammen 182 539 434,51 M. Das macht für die Person der Versicherten pro Jahr 8,81 M. oder für den Tag 2,41 Pfennig. Eine „unsumme“, wenn durchschnittlich für den Arbeiter pro Tag noch nicht 2 1/2 Pfennig, seitens der gewerblichen Berufsvereine 4 1/2 Pfennig, seitens der landwirtschaftlichen noch nicht 1 Pfennig vorauslagert wird!

**Aus der Genossenschaftsbewegung.**

Zwei Regierungsurteile über Konsumgenossenschaften. Auf dem vierten Verbandstage des Verbandes Thüringer Konsumvereine in Meiningen begrüßte der Vertreter der Meiningischen Staatsregierung, Herr Staatsrat Dr. Hein, die erschienenen Delegierten mit einer längeren herzlichen Ansprache und hob hervor, wie er seit längerer Zeit den Bestrebungen des Genossenschaftswesens gefolgt sei und darin eines der hauptsächlichsten Mittel erkannt habe, die Bevölkerung zur eigenen kräftigen Inbetriebnahme ihrer Angelegenheiten und zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen. Er erkennt mit Dank an, wie sich die Konsumvereine über ihre Tätigkeit hinaus auch ferner der Not der armen Waldbewohner in lobenswerter Weise durch Unterstützungen angenommen hätten und schließlich mit dem Wunsche, daß die Tätigkeit auch ferner eine gesegnete sein und der Thüringer Unterverband sich fortbauend gebühlich entwickeln möge.

Auf dem fünften Verbandstag in Gotha begrüßte der Regierungsvertreter, Herr Staatsrat Wüthich, die Versammlung, indem er ausführte, „daß die Konsumvereine, deren Tätigkeit auf die Beschaffung billiger und guter Waren und die Förderung wirtschaftlichen Sinnes gerichtet sei, in der Bekämpfung bestehender Notstände nach einem Ziele streben, dessen Erreichung, wenn auch auf anderem Wege, Ziel und Aufgabe jeder Staatsregierung sei. Die Konsumvereine als ein Teil der zahlreichen genossenschaftlichen Vereine in Deutschland bilden ein reiches Glied in der Kette dieser, auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften. Und dies Prinzip der Selbsthilfe sei es, welches den Staatsregierungen von besonderer Bedeutung für eine gedeihliche Entwicklung der Staatsverwaltung erscheinen müsse und umsomehr sich Anerkennung verschaffen werde, je mehr alle Mitglieder der Genossenschaften ihr eigenes Leben danach einrichteten. Die Befolgung dieses Grundsatzes der Selbsthilfe sei es, welche die Staatsangehörigen befähige, sich auch über öffentliche Dinge ein eigenes Urteil zu bilden, sich ohne Rücksicht auf fremde Einflüsse zu entscheiden. Dieser Grundsatz der Selbsthilfe sei für die Staatsregierungen deshalb so wichtig, weil das Urteil der nach ihm gebildeten Männer bei der Beratung der öffentlichen Angelegenheiten von besonderem Gewichte und erhöhter Zuverlässigkeit sei, weshalb zu wünschen, ja zu fordern sei, daß immer weitere Kreise sich ihm zuwenden. Aus diesen Gründen widme auch die Herzoglich Gothaische Staatsregierung den Bestrebungen der versammelten Genossenschaften die größte Aufmerksamkeit und vermeide sie, störend der Entwicklung der Genossenschaften entgegenzutreten.“ Er schloß mit freundlichen Wünschen für gegenseitigen Erfolg der Verhandlungen.

Solch warme Worte hat man seit langer Zeit nicht mehr von Regierungsvertretern über das Konsumvereinswesen gehört und man fragt sich verwundert, was denn in Thüringen passiert ist, daß dort die Konsumvereine auf einmal so vorurteilskrei und gerecht beurteilt werden. Die Antwort darauf kann recht kurz sein: Die hier mitgeteilten Äußerungen stammen aus den Jahren 1880 und 1881. Inzwischen sind die Konsumvereine noch bedeutungsvoller geworden und ihr Wirken ist auch größer und sicher nicht weniger segensreich wie früher. Geändert hat sich aber die Anschauung der Regierungen über die Konsumvereine; man lobt sie heute nicht mehr, sondern behandelt sie als gebildetes Uebel und sucht

durch Steuern und sonstige Maßnahmen ihr Wachstum zu verhindern. Wie ungerecht diese Maßnahmen sind, zeigt vielleicht nicht deutlicher, wie die hier wiedergegebenen Urteile früherer Minister über die Konsumvereine.

**Verschiedenes.**

Der Weltverkehr zur See. Die „Deutsche Marinezeitung“ gibt folgende vergleichende Uebersicht des Weltverkehrs zur See:

Seeschiffe von:	Sabung in 1000 Register-tonnen:			Prozent-anteil am Weltverkehr
	1888	1906	Zunahme in %	
Großbritannien u. Ver. Staaten v. Amer.ka	37 249	48 332	30	20,85
Frankreich	13 368	30 983	132	13,36
Spanien	15 450	21 837	42	9,44
Deutschland	9 442	19 130	103	8,26
Japan	11 974	15 769	32	6,80
Portugal	1 486	14 373	867	6,20
Italien	3 603	14 043	290	6,06
Niederlande	7 373	12 722	73	5,50
Belgien	5 336	11 741	118	5,07
Rußland	4 913	11 615	136	5,01
Rußland	7 413	11 375	53	4,91
sonstige europ. Länder	13 714	19 820	45	8,54
	131 321	231 790	76,5	100,00

Das britische Inselreich ist immer noch unbestrittener Herrscher des See-Handels. Die Vereinigten Staaten, die ihren Seehandel in 17 Jahren um 132 pCt. vermehrt haben, sind ihm jedoch ziemlich dicht auf den Fersen. Auch Deutschland, das erst verhältnismäßig spät in die Reihe der seehandelstreibenden Nationen eingetreten ist, steht im Zeichen eines rapiden Aufschwungs (103 pCt.) und hat Frankreich nahezu erreicht. Beachtenswert ist noch die starke Zunahme des portugiesischen Seehandels um 290 pCt., und dann vor allem die gewaltige Entwicklung des japanischen. Japan hat seinen Welt-handel zur See in dem angegebenen Zeitraum fast verdreifacht; es steht heute in dieser Beziehung an 6. Stelle unter den Nationen.

**Literarisches.**

Alkoholfrage und Sozialdemokratie. Referat auf dem Parteitag in Essen 1907. Mit einem Anhang. Von Emanuel Wurm. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M., Agitationsausgabe 30 Pfg.

Der Parteitag in Essen hatte beschlossen, das Referat des Genossen Wurm als besondere Broschüre herauszugeben. Dadurch soll die Ansicht der Partei über die Alkoholfrage eine möglichst weite Verbreitung finden, weit über den Kreis der Parteigenossen hinaus, denen das Protokoll über die Verhandlungen zugänglich ist. Wurm hat aber der Broschüre Ausgabe einen Anhang beigelegt, in dem einzelne, im Referat nur kurz gestreifte Stellen ergänzt und erläutert sind. Die Broschüre hat damit auch Interesse für diejenigen Genossen, die das Protokoll besitzen. Enthält doch der Anhang reichliches Material zur Beurteilung der Alkoholfrage.

Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt und Landwirtschaft.

Unter diesem Titel ist soeben ein neues Heft der Sozialdemokratischen Flugblätter, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben. Preis 10 Pfennig.

Der Verfasser zeichnet in kurzen Strichen die wirtschaftliche Lage der technischen Angestellten. Er weist nach, daß deren Lebenslage keine bessere, eher eine schlechtere ist als die der gewerblichen Arbeiter und daß sie nur durch die Gesetzgebung gebessert werden kann, solange die Angestellten nicht den Weg der Selbsthilfe durch die gewerkschaftliche Organisation zu betreten wagen. Der Verfasser schildert dann die einzelnen bürgerlichen Parteien in dieser Frage und liefert den Nachweis, daß nur die Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen nach befähigt ist, die Interessen dieser Berufsrichtung, wie aller Angestellten und Arbeiter wahrzunehmen.

Im dem soeben erschienenen Heft 15 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek behandelt Dr. Julian Martuse die geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Preis 20 Pfg. Was können und müssen die Eltern tun, um das Kind aufzuklären über die Wunder der Zeugung, Entwicklung und Geburt, um es zu bewahren vor halber Erkenntnis, vor stülpcher Vererbung, vor Gefahren, wie sie insbesondere den Großstadtkindern immer und außerhalb des Hauses bedrohen? Eine schwierige Aufgabe, schwieriger noch zu erfüllen in der Arbeiterfamilie bei dem bestehenden Wohnungs-elend mit seinem Schlafstellenumwesen, mit dem Zusammengepferchtsein von Eltern und Kindern, Jungen und Alten verschiedenen Geschlechts in ein und demselben Raum, bei dem Mangel an Zeit und oft genug auch — an den dazu erforderlichen Eigenschaften der Eltern: Wissen und Verständnis, Geduld und Taft, Zurückhaltung und Schamgefühl. Und doch — gerade in vorgeschrittenen, aufklärten Arbeiterfamilien muß diese Aufgabe gelöst werden, darf dem witzbegierigen Kinde auf die Frage, woher die Kinder kommen? nicht mehr mit dem Märchen vom Storch geantwortet werden, müssen Va-

ter und Mutter mit dem nötigen Ernst und mit der nötigen Rücksichtnahme auf das jeweilige Verständnis des Kindes die Wahrheit sagen. „Man muß dem Kinde die Wahrheit geben, nichts als Wahrheit, aber — nicht die ganze Wahrheit.“ (Lessing.)

Den Eltern diese Aufgabe zu erleichtern, ihnen die Mittel und Wege zu weisen für die geschlechtliche Erziehung ihres Kindes, das will das vorliegende Heft. Der Verfasser, der über umfassende Kenntnisse auf naturgeschichtlichem Gebiet verfügt, versteht es trefflich, besonders in dem Kapitel über das „Wesen der Aufklärung“, den Leser zur Aufmerksamkeit und liebevollen Beobachtung des Werdens in der Natur anzuleiten. Die Darstellung ist überaus eindrucksvoll, voller Wärme und poetischen Melzes.

Mag das Heft viel gelesen werden und viel Nutzen stiften!

Heft 3 und 4 des neuen Jahrgangs der illustrierten Wochenchrift „In freien Stunden“ sind soeben erschienen. Sie enthalten die Fortsetzung der beiden Erzählungen „Das Einuq“ von L. Stadel und „Sigrid, das Fischer mädchen“ von Th. Mügge, während das kleine Heftchen für Unterhaltung und Belehrung sorgt. In jeder Woche ein 24 Seiten starkes Heft für 10 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Parteiluchhandlungen, Kolportage und Zeitungsausträger entgegen. Neue Abonnenten können die erschienenen Hefte dieses Jahrgangs nachbezahlen.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstrationen vor dem deutschen Reichstage. In wenigen Tagen erscheint in der Buchhandlung Vorwärts in Berlin unter diesem Titel die Rede des Genossen Fischer nebst der Erklärung des Reichstanzlers zu dieser Frage. Die Broschüre ist für die Massenverbreitung bestimmt und bittet der Verlag um möglichst baldige Aufgabe der Bestellung.

Soeben ist im Verlag von F. S. W. Dieß nach Stuttgart erschienen: Die Klaffengegenstände im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Neue Ausgabe der Klaffengegenstände von 1789. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Verinsausgabe 50 Pfennig.

Am Schluß der Vorrede zu dieser neuen Ausgabe sagt der Verfasser:

„Sind auch bald vier Menschenalter seit dem Beginn der großen Revolution verfloßen, so wirkt doch die gewaltige Ereignis bis in unsere Tage nach, und es ist unmöglich, die Klaffengegenstände der Gegenwart völlig zu begreifen, wenn man nicht das Verständnis jener Katastrophe gewonnen hat, in der sie zuerst ohne religiöse Verkleidung mit größter Wucht aufeinanderprallten und das Wesen der einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft enthüllten. Aber sie enthüllten auch das Wesen dieser Gesellschaft selbst, die auf den Gegenständen jener Klassen aufgebaut ist, auf Gegenständen, die notwendigerweise immer wieder zu Katastrophen führen. Formen und Umfang der sozialen Katastrophen wechseln mit der Technik der Wirtschaft, des Verkehrs und der Politik, die Unvermeidlichkeit der Katastrophen bleibt, solange die Gesellschaft auf Klaffengegenständen beruht.“

**Berichtigung.**

Unter der in voriger Nummer dieses Blattes veröffentlichten Abrechnung der Hauptkasse fehlt der Name des Revisors Adolf Webers was hiermit nachgetragen wird.

D. R.

**Mitteilungen des Vorstandes.**

Dieserjenige Ortsverwaltungen bezw. Gauleiter, welche die Fragebogen betreffs Franchenzugehörigkeit resp. Eintrittsjahr der Mitglieder noch nicht eingesandt haben, ersuchen wir dringend, dieselben unverzüglich abzusenden.

Dasselbe Ersuchen richten wir an diejenigen Ortsverwaltungen, welche mit der Einsendung der Tätigkeitsberichte der Ortsverwaltungen für die einzelnen Quartale 1907 (speziell aber des vom 4. Quartal) sich noch im Rückstande befinden.

Nachstehend verzeichneten Kollegen sind die Mitgliedsbücher verloren gegangen:

Berlin I: Wenzkeit, Emil, Opt.-Nr. 60 088; Gesche, Max, Opt.-Nr. 11 216 und Kettel, Paul, Opt.-Nr. 11 015. (Diese 3 Bücher sind in der Kurstraße am 14. d. Mts. vormittags von einem Wagen gestohlen worden.)

In Dortmund: Pfeiffer, Arno, Opt.-Nr. 288 098 (verloren gegangen).

In Heidelberg: Fein, Philipp, Opt.-Nr. 262 189 (verloren gegangen).

Falls diese Bücher vorgezeigt werden sollten, sind dieselben anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. M.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

M. M. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kautsky, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Franz Rettig, Berlin. Verlag der Buchhlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 27.







### Sektion der Einkassierer u. Kassensboten.

Am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c, eine

## Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. „Ist für die Einkassierer das Gewerbe- oder das Kaufmannsgericht zuständig?“ Referent: Stoll, Chr. Meier.  
2. Diskussion. 3. Ausgabe und Abstempelung der Kontrollkarten. 4. Geschäftliches.

In Anbetracht der für unseren Beruf so wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß die Kollegen für einen guten Besuch dieser Versammlung rege agitieren.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen!  
Beiträge können bezahlt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Agitationskommission.  
J. U.: Luckow.

### Kollegen der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt.

Am Sonntag, den 23. Februar, abends 6 Uhr, Gr. Bezirks-Versammlung mit Frauen

bei Kürbis, Luisenstr. 26.

Tages-Ordnung: 1. Die Waffen des Proletariats im Klassenkampf. Referent: W. Bernhardt. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es unbedingt Pflicht, für regen Besuch der Versammlung zu sorgen. Bringt Eure Frauen mit.

Mit kollegialem Gruß  
Paul Müller. Eduard Fechter.

Am Sonnabend, den 26. März 1908, abends präzis 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15,

## Astronomischer Vortrag

Eine Wanderung durch das Weltall.  
Ausgestattet mit über 100 Lichtbildern.

Vortragender:

Dr. Archenhold, Direktor der Dreptower Sternwarte.  
Billetts à 40 Pfg. sind im Bureau, bei den Distriktsführern, Betriebs- und Bezirkskassierern zu haben.

Nach dem Vortrag: Tanz.  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 80 Pfg. nach. Um recht rege Beteiligung bitten

Das Komitee.

## Verwaltung Berlin II.

### Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß alle diejenigen Mitglieder, welche bisher die ihnen zugestellte Fragekarte noch nicht ausgefüllt, dies umgehend zu tun haben und die ausgefüllte Karte auf schnellstem Wege, entweder dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 18, oder dem Bezirksführer ihres Bezirks resp. ihrem Vertrauensmann zustellen.

Es wird ferner von den Bezirkskassierern lebhaft Klage darüber geführt, daß ein großer Teil der Mitglieder trotz der wiederholten Aufforderung es verabsäumt, ihre Zeitung (den „Courier“) aus den bekannten Niederlagstellen ihres Bezirks abzuholen. Wir richten hiermit nochmals die dringende Aufforderung an die Mitglieder, diesem Beschluß in Zukunft mehr Rechnung zu tragen. Denn unbestreitbar ist unsere Zeitung im wirtschaftlichen Kampfe für uns nur dann eine Waffe, wenn sich ein jedes Mitglied von dem Inhalt derselben rechtzeitig informiert.

In Rücksicht auf die zur Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Brüder und Schwestern nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Aushilfe oder

für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15, Zimmer 34, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 8348.  
Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

### Kollegen Kranführer, Fahrstuhlführer, und Transporteure aus allen Berrieben der Metall- und Elektroindustrie Berlin und Umgegend.

Am Sonntag, den 8. März 1908, vorm. 10 Uhr, Große Branchen-Versammlung

bei Rabe, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die Gefahren unseres Berufes, sowie die Verschiedenheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Da in den verschiedenen Betrieben das Organisationsverhältnis dieser Berufscollegen noch ziemlich schlecht ist, werden die Kollegen aller Betriebe ersucht, soweit sie mit den oben genannten Kollegen in Berührung kommen, recht rege für diese Versammlung zu agitieren.

Die Sektionsleitung. J. U.: Karl Fromke.

### Mineralwasserkutscher, Abzieher und Flaschenspüler.

Am Sonntag, den 23. Februar 1908, abends 7 Uhr, bei Seufelder, (früher Patt), Dragonerstr. 15:

## Große Versammlung mit Frauen

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Otto Franke über: „Leben wir in einem Reichsstaat?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Sektionsleitung. J. U.: Otto Warmuth.

### Kollegen aus allen Betrieben der Schilder-anmacherbranche.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung

in Dietrich's Festsaal, Dresdenerstraße 116.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Das Ergebnis unserer Vorberatungen zu der geplanten Tarifbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir ein vollzähliges Erscheinen aller Kollegen.  
Die Branchenleitung. J. U.: Ch. Altmirch.

## Verwaltung Berlin IV.

### Bekanntmachung.

Bezirk Nizdorf. Am Montag, den 24. Februar, abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Schlausner, Nizdorf, Reuterstr. 74.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Becker. 2. Verschiedenes.

Bezirk Schöneberg. Am Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Krüger, Schöneberg, Vorbergstr. 9.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Knitter: „Die Krise im Droschkenfuhrergewerbe und ihre Ursachen.“ 2. Diskussion.

Die Kollegen machen wir besonders auf diese Sitzungen aufmerksam und ersuchen vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

### Bekanntmachung:

Sämtliche Mitglieder der Innungs-Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin, die eines Zahn-Gebißes bedürftig sind, haben sich an den Vorstand der diesseitigen Kasse, oder von jetzt ab an die Landes-Versicherungs-Anstalt zu Berlin zu wenden.

Der Vorstand. J. U.: G. Britsch.

### Berliner Lokales.

Am Sonnabend, den 8. d. Mts., abends gegen 11 Uhr, ist in der Albrechtstraße, Ecke Schiffbauerdamm, ein Plaid gefunden worden, welches bei Freidank, Kadinerstr. 5, abgeholt werden kann.

Ein Hut mit Nummer 6488 ist bei Restaurateur Müller an der Moonecke abgegeben und kann dortselbst abgeholt werden. — Ferner ist in der Rathenowerstraße ein Hut mit Nummer 388 gefunden und kann bei Schumann, Beusselstr. 68, abgeholt werden.

In der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. ist in einer Droschke eine schwarze gestickte Sammttasche mit Silberbügel liegen geblieben, enthaltend ein Portemonnaie mit 20 Mk. und anderen Gegenständen. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei Münzer, Landshtuterstr. 8.

Zigarrenabschnitte und Bänder sind eingegangen von Herrn Restaurateur Richard Meier, Posenerstraße, und den Kollegen Gottfried König und Karl Rufelack. Den freundlichen Gebern besten Dank.

### Zahlstellen:

- Zahlstelle 1, bei Diez, Landsberger Platz 4.
- Zahlstelle 2, bei Dobat, Selterstr. 8.
- Zahlstelle 3, bei Jakob Casar, Alt-Moabit 119.
- Zahlstelle 4, bei Ludwig Krüger, Schöneberg, Vorbergstraße 9.

Zahlstelle 5, bei Schlausner, Nizdorf, Reuterstraße 74.

Zahlstelle 6, bei Voigt, Grünauerstr. 8. Tel.-Amt IV, 3590.

Zahlstelle 7, bei Meyer, Posenerstr. 29.

Zahlstelle 8, bei Leidprieem, Koppens-Platz 2.

Zahlstelle 9, bei Burisch, Schönhauser Allee 155, Ecke der Oderbergerstraße.

Zahlstelle 10, bei Ulrich, Weißensee, Kölltstr. 20.

Zahlstelle 11, bei Stiller, Friedrichsberg, Blumenthalstraße 13.

Zahlstelle 12, bei Käster, Wilmersdorf, Hauenburgerstraße 20 u. 21.

Zahlstelle 13, bei Saß, Hornstr. 2.

Zahlstelle 14, bei Bilitner, Charlottenburg, Wallstraße 96.

Zahlstelle 15, bei Rottke, Buttmanstr. 10.

Zahlstelle 16, bei Bergmann, Waldstr. 47.

Zahlstelle 17, D. Schulze, Chausseestr. 123.

Zahlstelle 18, R. Alndt, Schulstr. 25.

Zugleich bemerken wir, daß in den Zahlstellen auch Mitglieder in den Deutschen Transportarbeiter-Verband aufgenommen werden und bitten, recht regen Gebrauch davon zu machen.

Die Ortsverwaltung.



### Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bahnhofsbuchhandlungen in Frankfurt a. M.

Mancher, der die Zeitungsverkäufer in den Bahnhofsbuchhandlungen sieht, wird denken: „Na, ein leichter, angenehmer Posten!“ Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Betrachten wir zunächst die Anforderungen, welche an die Leute gestellt werden: Intelligenz, sauber und tadellos angezogen, gewandt im Verkehr mit dem Publikum, ehrlich, höflich und bescheiden gegen das Letztere, sowie gegen den (oder die) Prinzipale selbst, pünkt, wenn möglich englisch und französisch sprechend, durchaus zuverlässig, verwendbar als Bote, Ausläufer, Hausburche, Holzhafer, Zeitungsansrufer (eventuell in englischer und französischer Sprache), kräftig, um einen einen halben Zentner schweren Korb mit Büchern und Zeitungen herumzuschleppen zu können, und dergleichen mehr. Nun zur Arbeitszeit: Der „Dienst“ dauert von morgens 5 1/2 Uhr bis nachts 11 1/2 Uhr; jedoch werden die Leute so abgelöst, daß ihr täglicher bzw. nächtlicher Dienst 11 Stunden dauert. Länger dürfen sie nach dem Gesetze nicht beschäftigt werden. Daß sie nicht länger beschäftigt werden, liegt zunächst darin, weil die Bahnhofsbuchhandlungen unmittelbar der Kgl. Eisenbahnbehörde unterstellt sind. Dieser ekkündige Dienst ist jeden Tag, ob Sonn- oder Feiertag. Dabei haben die Verkäufer nur jeden dritten Sonntag frei, also noch weniger freie Zeit, wie die schlechtgestellten Unterbeamten der Kgl. Eisenbahn, welche alle Monat zwei freie Tage haben (einen Werktag, einen Sonntag). Wie steht es mit den Löhnen? Herr Baternahm beschäftigt Leute, und zwar verheiratete, welche die ganze Woche 20 Mark haben. Die Höchstlöhne sind 24, 25 und 27 Mark. Letzteren Lohn erhalten diejenigen, welche ständig an die Züge gehen, also 6 Stunden lang einen halben Zentner und mehr spazieren tragen, sowie ein einziger, welcher 8 Jahre da ist und als die „rechte Hand“ im Geschäft gilt. Zu dieser langen und schweren Arbeitszeit kommt noch das Unangenehme, im Sommer in dieser schwülen, raucherfüllten und gesundheitsgefährlichen Atmosphäre und im Winter in einer Hundekälte oft stundenlang stehen zu müssen. So kam es erst vor kurzem vor, daß ein Verkäufer von morgens 1/2 7 Uhr bis 1 Uhr mittags bei einer Unterbrechung von 20 Minuten, also 6 Stunden lang, in dem zugigen, kalten Hauptbahnhofs stehen mußte. Es ist deshalb auch an der Tagesordnung bei Herrn Baternahm, daß der größte Teil der Verkäufer krank ist. Für diese aufreibende und gesundheitsgefährdende Arbeit im Interesse des mehrfachen Millionärs haben die Leute nun vielleicht Anspruch auf aufrichtige, humane Behandlung? Weit gefehlt! Zwei- bis dreimal dürfen die Verkäufer ihre Herren Chefs grüßen, es wird ihnen noch nicht einmal gedankt. Das können sich diese Leute, welche im Besitze mehrerer Millionen — über ein Dutzend (das sind mindestens 12 Stück) Bahnhofsbuchhandlungen und diverser Betankungsstellen sind, erlauben. Als vor einiger Zeit ein verheirateter Verkäufer nachts 1/2 12 Uhr zumachen wollte, kam noch ein Reisender und verlangte eine Zeitschrift. Da schon alles eingeräumt war, schickte er den Herrn an den nächsten Stand, welcher zuletzt zugemacht wird. Der Herr A. Baternahm hatte dies mit angesehen, kam auf den Verkäufer zu und fragte in scharfem Ton: „Was wollte der Herr?“ Worauf der Verkäufer ihm sagte, da schon alles eingeräumt sei, hätte er den Herrn an den andern Stand geschickt. „Wenn Sie das nochmal tun, dann können Sie zum Teufel gehn; gehen Sie in eine Fabrik, wenn Sie zeitig Feierabend haben wollen!“ So schnauzte Herr A. B. seinen Verkäufer an. Einen anderen Verkäufer nannte Baternahm einen „blödsinnigen Kerl“, worauf derselbe die Arbeit niederlegte und ihn am Gewerbegericht verklagte. Am schlimmsten sind die auswärtigen Bahnhofsbuchhändler daran; eine Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 1/2 9 Uhr ohne jegliche Pause, weder Frühstück, noch Mittagspause, ist zum Beispiel für Bad Homburg für den Bahnhofsbuchhändler die Regel. Vielleicht interessiert sich auch einmal Regierungsrat Wegener für diese Ausnutzung des Personals?

In einer anderen Zuschrift heißt es: Die jährliche Einnahme des Herrn Baternahm an dem Kiosk an der Konstablerwache schätzt man auf 9—10 000 Mark. Er verdient an manchen Artikeln 100 bis 300 Prozent und verkauft z. B. Postkarten, die ihm noch keinen halben Pfennig kosten, für 10 Pfennig. Die Arbeitszeit des Verkäufers an diesem Kiosk dauert von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ununterbrochen. Will er einmal den Kiosk verlassen, so muß er auf seine Kosten Ersatz stellen, bzw. sich von seiner Frau ablassen lassen. Dabei erhalten die Verkäufer noch nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn. Der Buchhändler im Lokal-Bahnhof mit einer ununterbrochenen Arbeitszeit von morgens 6 Uhr 10 Minuten bis abends 8 Uhr erhält ganze 20 Mark Wochenlohn; die Frau bekommt für die Wäsche 4 Mark pro Woche. Und welche Ausdrücke und Bezeichnungen müssen sich diese Leute bei der geringsten Befehlung gefallen lassen! Hoffentlich verhindern die Frankfurter Stadtverordneten die Ausbeutung dieser Sklaverei auf die übrigen Kioske!

Hierzu dürfte noch einiges für die gesamten Zeitungsverkäufer der Bahnhofsbuchhandlungen in Deutschland von Interesse sein. Daß die Zeitungsverkäufer sämtlicher deutscher sowie auswärtiger Bahnhofsbuchhandlungen genau so ausgebeutet werden, wie in Frankfurt a. M., darüber wird wohl unter allen Beteiligten kein Zweifel bestehen. Könnten wir doch zu hunderten Malen hören: „Wenn doch nur mal einer sich finden würde, der diese elenden Verhältnisse in die Öffentlichkeit brächte.“ Auch andere Klagen, die aus tief gequälten,

sich nicht selbst helfen können den Herzen kamen, mußten wir anhören, ohne auch nur das geringste daran ändern zu können.

Wenn man weiter in Betracht zieht, in welcher geradezu provozierender Weise ein großer Teil des reisenden Publikums die Angelegenheiten der Bahnhofsbuchhandlungen behandelt, so sollte man kaum glauben, daß die Verkäufer sich alles dies bieten lassen könnten. Daß die Käufer in den Bahnhofsbuchhandlungen so rasch wie nur möglich bedient werden müssen, ist wohl etwas selbstverständliches. Im Laufe des Tages kommt es wohl mehr wie hundert mal vor, daß der Verkäufer seine ganze Ruhe aufbieten muß, um sich zu beherrschen, um nicht mal so einen „gebildeten Chitaneur“ aus dem Verkaufsstand zu befördern.

#### Ein Beispiel:

Ein feingekleideter Herr, dem man schon von weitem ansieht, daß er zu den „Bestgehenden“ gehört, betritt den Verkaufsstand. Hinter ihm zwei Damen und etwas abseits zwei schwerbeladene Gepäckträger. Der Verkäufer: „Womit kann ich dienen, mein Herr?“ (Die Damen sind inzwischen auch heran gekommen). „Ach, na was haben sie denn schönes da?“ „Darf ich Ihnen („Berliner Tageblatt, schnell, schnell“, ruft ein anderer Käufer) eine gute („Haben Sie schon das Frankfurter Abendblatt?“ „Kommt um 4, es ist erst 2 Uhr) Reiselektüre anbieten; was Neues von Zovote, Wolzogen, Wiebig?“ „Ach, nehmen wir die Berliner Illustrierte, die Woche und die Tägliche Rundschau — macht?“ „45 Pf.“ (Gibt 50), „stimmt.“ „Danke sehr.“ (Zieht ab). — Ein Reisender kommt: „Haben Sie Berl. Tageblatt?“ „Jawohl mein Herr.“ Er erhält es, bezahlt, geht fort, kommt aber gleich zurück. „Sie, Zeitungsmensch, Sie haben mir ja 'ne alte Zeitung aufgehängt, ich wollte die Morgenzeitung.“ (Es ist 2 1/4 Uhr). „Die kommt erst um fünf.“ „Schöner Zustand hier, werde mich mal beschweren.“ (Zieht ab). „Geben Sie mir mal 'ne neue Zeitung, aber rasch.“ „Ich möchte die Woche und Jugend“ ruft ein zweiter. „Haben Sie den Vorwärts und Simplicissimus?“ ruft der dritte. „Herrgott ist das hier 'ne Bediener!“ spricht der erste, nimmt sich eine Zeitung, wirft ein Geldstück hin und läuft fort. „Ob Sie den ‚Simpel‘ haben?“ brüllt der dritte; der zweite hat sich inzwischen selbst bedient, währenddem der Verkäufer ein Buch, Ansichtspostkarten und verschiedenes andere an ebenfalls in derselben Zeit gekommene Käufer verkauft hat; der Simplicissimus ist leider verboten in den preussischen Bahnhofsbuchhandlungen und der Vorwärts auch. Das wäre mir auch eine Bahnhofsbuchhandlung, wo die Hälfte nicht zu haben ist, brummt noch etwas und geht fort.

Dies alles wickelt sich in kurzer Zeit ab. Hierzu kommt noch das Gepfeife der Maschinen, das fortwährende Geräusch usw.; daß man da Herzen von Eisen haben muß, bedarf wohl keiner Begründung.

Da man sich „Oben“ nicht geniert, einen gewissen Druck auf das Realisationsrecht der Zeitungsverkäufer in den Bahnhofsbuchhandlungen auszuüben, so haben auch der größte Teil der Verkäufer bis heute unterlassen, von ihrem Recht, das ihnen niemand, auch kein Eisenbahnminister Breitenbach wehmen kann, sich zu organisieren, Gebrauch zu machen.

Ja, Kollegen, glaubt Ihr, daß diese taurigen Verhältnisse in unserem Berufe sich von selbst ändern werden? Oder daß die Millionäre Stinner, Baternahm usw., welche darum ringen, die gesamten deutschen Bahnhofsbuchhandlungen in ihre Hände zu bekommen, um ein Monopol zu gründen und uns noch mehr auszubeuten, freiwillig unsere Lage bessern? Oder wartet Ihr auf die Kgl. Eisenbahnbehörde?

Herr Minister Breitenbach hat genug zu tun, wenn er sich um seine schlechtgestellten, hungrigen Eisenbahnbeamten kümmert, da hat er keine Zeit für uns. Deshalb, Kollegen, sind wir auf unsere Selbsthilfe angewiesen. Da wir aber als Einzelne nichts erreichen können, so müssen wir uns der großen Masse anschließen. Da wir zu den Vertretern arbeiten zu rechnen sind, so finden wir unsere Organisation im Deutschen Transportarbeiter-Verband und müssen wir es als unsere Pflicht betrachten, im Interesse unserer selbst, sowie im Interesse der gesamten Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, auf daß dadurch die Verhältnisse in den Bahnhofsbuchhandlungen beseitigt werden.

Wenn sich der größte Teil der Verkäufer dem Verbandsangehörte, so dürfte bei den nach hunderten zählenden Bahnhofsbuchhandlungen, in welchen Laufende von Kollegen beschäftigt werden, eine stattliche Zahl herauskommen. Darum, Kollegen, wollt Ihr eine geringere Arbeitszeit, einen höheren Lohn und mehr freie Zeit, dann folgt dem Rufe: „Tretet ein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!“

### Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Ueber die ersten Lebensjahre des Proletariats referierte in einer Versammlung der Mitglieder I Frau Dr. Wehl.

Sie führte etwa folgendes aus: „Es gibt in Deutschland 7 Millionen erwerbstätige Frauen, die den Tag über an ihre Arbeitsstätte gefesselt sind. Wenn die Feterkumde schlägt, ist für die Mehrzahl dieser Frauen die Arbeit nicht beendet, sondern es beginnt für sie noch ein neuer Arbeitstag, da die Hausarbeiten eben auch gemacht sein wollen. Bei einer solchen ausgedehnten Tätigkeit der arbeitenden Frauen können deren Kinder natürlich bei weitem nicht so lebensfähig sein, als die Kinder wohlhabenden Klassen. Zwar schützt die Gesetzgebung die arbeitenden Frauen vor und nach ihrer Niederkunft unterstützen, als diesen Frauen eine bestimmte Zeit um diesen Zeitpunkt herum verboten ist, zu arbeiten. Doch zwingt die Not wieder viele Frauen, früher als dies ihrer und des Kindes Gesundheit zuträglich ist, anzukommen. Für die vielen Tausende der Heimarbeiterinnen kommt ein gesetzlicher Schutz in dieser Beziehung überhaupt nicht in Frage. Die Frauen selbst können auf diesem Gebiete viel mitarbeiten; denn wenn sie auch sonst in Preußen so gut wie

keine Rechte haben, sind sie als Mitglieder der Krankenkassen stimmberechtigt.

Die Maschinenmährei ist es ganz besonders, die auf den Körper des Weibes verheerend wirkt und auch die Einführung der elektrischen Nähmaschinen brachte den Frauen keine Erleichterung; werden doch hierbei die Nerven wieder angegriffen. Auch in der Zündholz- und Spiegelindustrie werden viele Frauen beschäftigt und gehen infolge der dort herrschenden ungesunden Zustände ein sehr hoher Prozentsatz der Kinder zugrunde. Auch in der Tabakindustrie sind die Zustände besonders schlimm. In dem Weberort Langenbickau beträgt die Kindersterblichkeit 50 pCt.

In Berlin haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten sich schon seit Jahren um ausreichenden Kinders- und Mutterschutz bemüht. Besonders notwendig ist ein Schutz der sogenannten unehelichen Kinder. Gerade im Interesse des heutigen Staates läge es, den Kinderschutz energischer als bisher zu betreiben. Von den jungen Leuten, die zur Aushebung gehen, sind heute ein großer Teil untauglich zum Militärdienst, von denen, die als Kinder mit der Flasche genährt wurden, sogar die Hälfte. Auch in der Schule sind die Kinder, die mit der Muttermilch genährt wurden, frischer und leistungsfähiger. Um die Fürsorge für die Kinder wirksam zu machen, darf sie nicht schon nach einem Jahr aufhören; auch müssen wir uns dagegen wehren, sie nicht zur Armenunterstützung werden zu lassen.

Die Kinder der Proletarier sind, da eben beide Eltern gezwungen sind, außerhalb ihrer Wohnung zu arbeiten, auf sich allein angewiesen und so allen Gefahren der Straße ausgesetzt. Sehr häufig zwingt die Not die Eltern, ihre Kinder mitzubringen zu lassen. 10 pCt. aller schulpflichtigen Kinder sind mit irgendwelchen Arbeiten, wie Frühstücksaustragen u. s. w. beschäftigt. Wenn nun seit einigen Jahren die Kinderarbeit etwas eingeschränkt ist, bleibt doch die große Masse der Kinder, die bei der Heimarbeit beschäftigt werden, wieder ohne gesetzlichen Schutz. Und gerade hier ist das Elend am größten. In Thüringen z. B. werden Kinder mit der Herstellung von Spielwaren beschäftigt. In einigen Gegenden Sachsens arbeiten 80 pCt. der Schulkinder. Hier hat die Kinderarbeit bereits einen solchen Umfang, daß Erwachsene keine Arbeit mehr finden. Für ein paar Groschen werden die Kleinen hier unmenschlich ausgebeutet. Statt zu spielen, wie es für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder notwendig ist, müssen sie ihre Jugend dem Moloch Kapitalismus zum Opfer bringen. Da ist es denn kein Wunder, wenn die proletarische Jugend einen großen Prozentsatz zum Verbrechertum stellt. Ohne Aussicht, von fröhlicher Jugend an, auf sich selbst gestellt, schon als Kinder gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt ganz oder zum Teil selbst zu verdienen; in der Schule, (wenn sie dem Unterricht überhaupt noch folgen können) dem Kopf mit religiösen Märchen und widerlichsten Höherpostulaten angefüllt, so wachsen die Kinder des Proletariats auf.

Unsere Aufgabe muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß unsere Jugend zu denkenden, freien Menschen erzogen wird. Die Einheitschule muß mit allen Mitteln erstrebt werden. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß für die Volksschule pro Kopf und Jahr 40 Mk., für die höheren Schulen aber 243 Mk. ausgegeben werden; daß für Heer und Marine 4 mal so viel wie für Bildungszwecke verausgabt werden. Auch für Speisung bedürftiger Kinder muß gesorgt werden. Mit der heutigen Art der Fürsorgeerziehung muß ebenfalls gebrochen werden. Mit Prügelstrafe und Entziehung von Nahrung und ähnlichen Strafen erzieht man keine Kinder. Das ganze Erziehungswesen überhaupt muß auf ein höheres, moderneres Niveau gehoben werden. Wenn die herrschenden Klassen nicht gutwillig Abhilfe schaffen, muß das Proletariat sich eben selbst helfen.

In der Diskussion wurde die Gleichgültigkeit vieler Kollegen einer eingehenden Kritik unterzogen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß eine wirkliche Befreiung der Arbeiter, auch in der Frage der Jugendziehung, wie in allen anderen Fragen, nur möglich sei, durch die gänzliche Beseitigung des Kapitalismus. Alles Elend, was der Kapitalismus bringt, können nur mit diesem selbst verschwinden. Nach Aufforderung zu reger Mitarbeit aller Kollegen, trat Schluß der auch von Frauen ziemlich gut besuchten Versammlung ein.

Berlin. Die Kollegen Packer, Hausdiener zc. aus der Glas-, Porzellan- und Beschäftigungsbranche waren am 29. Januar versammelt. Ein Kollege hatte es übernommen, den zahlreichen erschienenen Kollegen das Treiben der Raubritter des Mittelalters zu veranschaulichen. Gingen dieselben zu damaliger Zeit so vor, daß sie durch ihre angeworbenen Söldnerheeren ihre Raub- und Beutezüge auf reisende Kaufleute u. s. w. ausführten, so unterscheiden sich die modernen Raubritter des 20. Jahrhunderts nicht wesentlich von ihren Kollegen des Mittelalters. Heute hat man es nicht mehr nötig, sich große Heere anzukurbeln, um den Raubzug auf die Taschen des Volkes wirkungsvoll zu gestalten. Denn was anderes ist es doch nicht, wie ein Raubzug auf das Einkommen der ärmsten Schichten des Volkes, wenn die notwendigsten Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern aller Art in der rigorossten Weise erhöht werden, während man von Erhöhung der Löhne nichts wissen will. Im Gegenteile, unternimmt es ein Arbeitnehmer, seinen Arbeitgeber auf diesen Punkt hinzuweisen und um eine Erhöhung seines Lohnes zu bitten, so wird er ohne Erbarmen aufs Pfahler gehauen. Bei Lohnbewegungen leistet die Polizei dem Arbeitgeberumhelfend die so gern von diesen geschehenen Handlangerdienste, dabei das Kolktionsrecht der Arbeiter mit Füßen tretend. Auf die Frage, wie kann man sich davor schützen, gibt es nur eine An-



wort, organisieren bis auf den letzten Mann. Redner zeigt an Hand der Statistik, daß der Transportarbeiter-Verband für seine Mitglieder das beste Werk gegen den Ansturm des heutigetägigen Arbeitgebentums ist. Tausende von Mark an Viehlohn und ganz bedeutende Arbeitszeitverkürzung habe er dem Kapital abgerungen. Obwohl unser Verband jetzt schon groß und stark dasteht und als sehr gefährdeter Gegner bei dem Unternehmertum gilt, muß es trotzdem unsere heiligste Aufgabe sein, immer mehr Kollegen für unsere gerechte Sache zu gewinnen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine treffenden Ausführungen. Die Fragebogen wurden nunmehr ausgegeben und vom Sektionsleiter auf die Wichtigkeit der Statistik hingewiesen. Bedauerlich ist nur, daß eine große Anzahl Betriebe nicht vertreten waren. Wir müssen uns hier alle ohne Ausnahme in den Dienst der guten Sache stellen. Die Kollegen können doch sehr gut auf ihren Geschäftsgängen Kollegen anderer Betriebe gelegentlich um Angabe der betreffenden Zahlen bitten, es ist das umsomehr notwendig, weil die Sektionsleitung von einer ganzen Reihe von Betrieben kein Adressenmaterial in Händen hat. Wir hoffen, daß es nur dieser Anregung bedarf, um eine möglichst umfassende Statistik durchführen zu können. Also Kollegen, an die Arbeit! Es gilt, die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche zu erschüttern, damit wir danach unsere Aufklärungsarbeit einrichten können. Fragebogen sind zu haben beim Kollegen G. Bergens, Engelsufer 21, Tel. IV, 950 und auch vom Bureau, Adlerstr. 5, werden dieselben bereitwilligst zugesandt.

**Berlin.** Die Sektion der Mineralwasser-Kutscher, Abzieher und Flaschenpüler hielt am 28. Januar eine Versammlung ab, welche nur sehr schwach besucht war. Zunächst gab der Kollege Schlottmann den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung vom verflossenen Jahre. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß das Jahr 1907 infolge der ungünstigen und kühlen Witterungsverhältnisse sehr lähmend auf den Geschäftsgang dieses Gewerbes gewirkt hat. Dieser Umstand wirkte ebenso erschwerend auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter des Berufszweiges.

Wenn auch die Unternehmer im allgemeinen nicht zu Lohnreduzierungen schritten, so wurde doch andererseits die Lage der Mineralwasserarbeiter dadurch verschlechtert, daß auch während der Sommermonate eine große Anzahl von Kollegen stellenlos blieben, welches in früheren Jahren zu dieser Jahreszeit niemals der Fall war. Durch die jetzt eingetretene wirtschaftliche Krise wurde die Lage der Kollegen noch bedeutend verschlechtert. Bei normalen Zeiten pflegt sich der Geschäftsgang nach Neujahr durch die Abhaltung von Festlichkeiten, Wällen zc. wieder zu heben, so daß dadurch eine ganze Reihe von Kollegen wiederum Beschäftigung fanden. Bisher ist aber in dieser Beziehung von einer Besserung nichts zu spüren.

In letzter Zeit hatten auch einige Unternehmer den Versuch gemacht, aus fremden Berufskreisen billigere Arbeitskräfte einzustellen, wozu ihnen durch die herrschende Arbeitslosigkeit günstige Gelegenheiten geboten sind. Der Redner ermahnt die Kollegen, wachsam zu sein, und auch während dieser schweren Zeit dem Verbands nicht untreu zu werden.

Weiter wurde erwähnt, daß 10 größere Versammlungen stattfanden, in welchen beachtende Vorträge gehalten wurden. Infolge der konstatierten Tatsachen seien die Versammlungen im allgemeinen nur sehr schwach besucht gewesen.

Zwecks Gewinnung von neuen Mitgliedern hat die Sektionsleitung für mehrere Betriebe Besprechungen abgehalten. Der Erfolg ist auch nur ein sehr minimaler gewesen. In 9 Sektionsleitungs- und Vertrauensmänner-Sitzungen wurden geschäftliche und agitatorische Fragen besprochen. Zu ernstlichen Differenzen und Lohnstreitigkeiten ist es im vergangenen Jahre in keinem Betriebe gekommen. Der Sektionsleiter Kollege Warmuth rügte hierauf das interessenlose Verhalten der Kollegen, indem sie die Versammlungen nicht besuchen.

In die Sektionsleitung wurden sodann die Kollegen Otto Warmuth, Wolf Fischer und Karl Schlottmann wiedergewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Oskar Grac, Wilhelm Krüger und G. Hermann ernannt.

**Berlin.** Am 22. Januar d. J. hielt die Sektion der Kellerarbeiter ihre erste Monatsversammlung ab, in der Genosse Schlütke einen Vortrag über „Vor 30 Jahren“ hielt. Genosse Schlütke wußte den Anwesenden die damaligen Zustände und den Druck unter dem Sozialistengesetz klarzulegen. Der Referent schilderte auch einige persönliche Erfahrungen aus der damaligen Zeit. Eine Diskussion fand nicht statt.

Darauf folgte die Neuwahl der Sektionsleitung, in die folgende Kollegen gewählt wurden: Sektionsleiter Friedrich Vogt, Schriftführer Hermann Lausch, Beisitzer Ernst Arndt, Friedrich Korich und Josef Ulrich.

Kollege Ulrich erklärte sich bereit, von Verwaltung I zu II überzutreten. Kollege Friedrich teilte mit, daß er sein Amt als Mitglied der inneren Ortsverwaltung niederzulegen willens sei, weil sich seine Arbeit bis in die Abendstunden hinziehe. Als Ersatz dafür wurde Kollege Vogt vorgeschlagen, der sich auch bereit erklärte, dasselbe anzunehmen. Er wurde von der Versammlung einstimmig vorgemerkt. Darauf folgte Schluß.

**Berlin.** Kollkutscher und Expeditionsarbeiter. Am Sonntag, den 28. Januar, fand eine gut besuchte Versammlung der Kollkutscher und Bodenarbeiter aus allen Berliner Expeditionsbetrieben statt. Der Genosse Kloth hielt einen Vortrag über „Die Gewerkschaften und das preussische Wahlrecht“. In sehr treffenden, scharfen Ausführungen geshelte der Referent das Ausbeutungssystem der Junkerherrschaft.

Der am Schluß gezeigte Beifall bewies denn auch, daß derselbe den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Diskussion fand nicht statt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Werner den Bericht der Sektionsleitung für das verflossene Jahr. Nachdem wurden die Kollegen Fritz Büschel als

erster und Emil Eulenstädt als zweiter Sektionsleiter gewählt. Anschließend daran wurden einige Kollegen in die Agitationskommission gewählt.

Unter Geschäftliches lobte der Kollege August Werner das ruhige, tatvolle Verhalten der Kollegen während des Vortrages und gab gleichzeitig noch bekannt, daß er als Bevollmächtigter aus der Verwaltung II ausscheide und den Posten des Bezirksleiters von Groß-Berlin übernehme.

Des weiteren erklärte der Kollege Dehn, daß in den Expeditionsbetrieben wie bisher die Vertrauensleute die Beiträge kassieren werden.

In Anbetracht der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit richtete der Kollege Kempin an die Anwesenden die Bitte, jede ihnen bekannt werdende Stelle im Arbeitsnachweis zu melden. Mit einem Hoch auf das gleiche und geheime Wahlrecht schloß die Versammlung.

**Berlin.** Am Sonntag, den 19. Januar hielt die Gruppe Geschäftstutcher ihre Sektionsversammlung ab. Die Versammlung war nur mäßig besucht, jedoch waren erfreulicher Weise die Frauen der Kollegen recht zahlreich erschienen.

Genosse Rehbein legte in ausführlicher und leicht verständlicher Weise die Form der heutigen kapitalistischen Produktionsweise auseinander und bewies folgerichtig, daß solche Krisen, wie sie augenblicklich über das Wirtschaftsleben Deutschlands und anderer Länder hereingebrochen sind, naturgemäß in regelmäßigen Abständen wiederkehren müßten. Redner erklärte den Kollegen die Lehren, welche die Arbeiterschaft aus diesen Erscheinungen zu ziehen hätte, und zeigte, wie Kapitalismus und Unternehmertum während der günstigen Konjunktur unglaublich hohe Profite gemacht hätten, ja, sogar noch während der Krise es verstanden — siehe Kohlen-Vergwerke und Händler —, außerordentliche Gewinne herauszuschlagen. Die erreichten höheren Löhne der Arbeitnehmer dagegen, welche in fast allen Fällen erst durch schwere gewerkschaftliche Kämpfe errungen werden mußten, länst durch das ungeheure Ansteigen aller Lebensbedürfnisse übertriften, bezw. aufgewogen worden sind.

Dazu beginne das Unternehmertum schon jetzt, gestützt auf seine kapitalistische Uebermacht und nach Muster der Arbeiter in starken Organisationen vereinigt, die Löhne zu reduzieren. Günstig gelegen käme ihm hierbei die große Arbeitslosigkeit. Diese Arbeitslosen, leider durch die bitterste Not gezwungen, lassen sich nur zu oft bei Lohnstreitigkeiten als Arbeitswillige und Lohnrücker gebrauchen.

Es sei hieraus die Lehre zu ziehen, daß die Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Organisation zu geföhrt werden müsse, denn nur einer starken und leistungsfähigen Organisation sei es möglich, gegen die Machtgüste, die Profitmut und Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums siegreich ankämpfen zu können. Erleichtert hatte der Referent mit seinen Ausführungen jedem aus dem Herzen gesprochen, denn stürmischer Beifall belohnte seine Worte.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Lehmann, Kollhoff und Herrn. Schulz im Sinne des Referenten. Alsdann gab der Kollege Kollhoff den Jahresbericht und wurde sodann zur Neuwahl der Sektionsleitung geschritten. Hierzu waren von Seiten der Vertrauensleute der Sektion Vorschläge vorhanden, dieselben wurden angenommen und die in Vorschlag gebrachten Kollegen einstimmig gewählt. Zum geschäftlichen Teil der Tagesordnung lag noch ein Antrag vor, folgenden Inhalts: „Die Sektionsversammlung wolle beschließen, am Schluß derselben eine Zellerfassung für die Familie eines zum Militär eingezogenen Kollegen, welche sich in augenblicklicher Notlage befindet, zu veranstalten.“ Der Kollege Herrn. Schulz nahm hierzu Veranlassung, die Schäden und Mängel der heutigen Gesellschaftsordnung zu beleuchten und scharf zu kritisieren und fand seine Worte bei den Kollegen und deren Frauen volles Verständnis.

Die neugewählte Sektionsleitung setzt sich nunmehr aus nachfolgenden Kollegen zusammen und werden alle zur Sektion gehörende Kollegen ersucht, sich in allen die Agitation betreffenden Fragen an den zunächst Erreichbaren zu wenden, welcher stets zur Verfügung stehen wird.

Sektionsleiter: Karl Kollhoff, Gerichtstraße 2, Quereck 4. Tel. Amt III, 4747.

Vertreter: Herrn. Schulz, Gölitzer Ufer 27. Tel. Amt III, 4747.

Schriftführer: Otto Bölling, Ballisadenstraße 63, vorn 4.

Vertreter: Herrn. Dobberstein, Malplaquetstr. 7, Seitenfl. 2.

**Breslau.** In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt der Gauleiter einen Vortrag über das neue Vereinsgesetz. Redner wies darauf hin, daß endlich nach 37 Jahren ein allgemeines Reichsvereinsgesetz geschaffen wird.

Bisher waren die Bestimmungen in den einzelnen Staaten so verschiedenartig, daß eine gleichmäßige Regelung dringend notwendig war.

Keineswegs können wir aber mit der jetzigen Fassung einverstanden sein, da dieselbe Verschlechterungen anstatt Verbesserungen gebracht hat. Besonders der § 7 hat eine Fassung erhalten, die einen direkten Hemmschuh für die Aufklärungsarbeit unter den eingewanderten Arbeitern bildet. Einige kleinere Verbesserungen kommen kaum in Betracht. In der darauffolgenden Diskussion sprachen alle im Sinne des Referenten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde das Resultat der Urabstimmung betr. der Beitragserhöhung bekanntgegeben, und zwar haben für den 50 Pf. Beitrag 1685, für 45 Pf. 88 und für 40 Pf. 55 Mitglieder gestimmt, 4 Fragebogen waren ungültig.

Der Beitrag wird also von 40 auf 50 Pf. erhöht unter Wegfall der Streifkassens- und Gewerkschaftshausmarken. Die Beiträge zum Streifkassens- und Gewerkschaftshaus werden von jetzt ab aus der Ortskasse gezahlt.

Die weiblichen und jugendlichen Mitglieder haben von nun an 25 Pf. Beitrag zu zahlen.

Mit der Erhöhung des Beitrages auf 50 Pf. ist auch das Aufrücken in die erste Unterkategorie verbunden, wobei den Mitgliedern größere Vorteile geboten sind.

Beschlossen wurde, den neuen Beitrag ab 1. Februar, d. h. mit der Woche 6, zu erheben, jedoch soll es den evtl. Restanten gestattet sein, ihre Beiträge bis Ende Januar noch bis zum 15. Februar mit 40 Pf. zu entrichten, darüber hinaus sind rückständige Beiträge mit 50 Pf. zu bezahlen. Das Sterbegeld der Frauen wurde dem der Mitglieder gleichgestellt.

**Charlottenburg.** Am Sonntag, den 26. Januar 1908 fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Kahlert gab den Kassenbericht.

E i n n a h m e n :

Bestand vom vorigen Quartal	1251,01 Mf.
Aufnahmegebühren à 1,— Mf. 62 Stück	62,— "
Aufngb. à 0,50 Mf. weibl. 3 Stück	1,50 "
Aufngb. à 0,60 Mf. jugendl. 1 Stück	—,50 "
Wochenbeiträge à 0,40 Mf. 12 697 Stück	5078,— "
dito weibl. à 0,20 Mf. 895 Stück	179,— "
dito jugendl. à 0,20 Mf. 125 Stück	25,— "
Streifkassens, blau à 0,25 Mf. 8 Stück	2,— "
Beiträge zum örtlichen Fonds à 0,25 Mf.	1,— "
Beiträge zum Streifkassens à 0,30 Mf.	1008 Stück 302,40 "
Festüberschüsse, drei Stück	273,68 "
Maimarken	9,75 "
Sonstige Einnahmen	29,80 "
1 Duplikat	—,20 "
Zusammen	7216,67 Mf.

A u s g a b e n :

Für Ortszuschuß zur Krankenunterstützung, 60 Fälle	60,— Mf.
örtliche Beerdigungsbeihilfe, 5 Fälle	110,— "
Rechtschutzkosten, 1 Fall	15,— "
Extra-Unterstützung, 1 Fall	10,— "
Gehalt, Entschädigung, Prozente	999,16 "
Material, Miete, Telefon	224,12 "
Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen zc.	13,— "
Porto, Telegramme zc.	177,24 "
Sonstige Ausgaben	64,— "
An die Hauptkasse gesandt	4253,10 "
Kassenbestand	1291,02 "
Zusammen	7216,64 Mf.

J a h r e s a b r e c h n u n g f ü r 1907.

E i n n a h m e n :

Bestand vom 4. Quartal 1906	885,77 Mf.
Aufnahmegebühren à 1,— Mf. 581 Stück	581,— "
dito à 0,50 Mf. 24 Stück	12,— "
Wochenbeiträge à 0,40 Mf. 49 289 Stück	19 715,60 "
dito à 0,20 Mf. 3758 Stück	751,— "
Maimarken, 680 Stück	170,— "
Extrastauern à 0,25 148 Stück	37,— "
Beiträge zum Streifkassens à 0,30 Mf.	1806 Stück 541,80 "
Festüberschüsse	791,13 "
Tanzbänder	26,35 "
Sammellisten	1,75 "
Diverses	119,40 "
Zusammen	23 633,40 Mf.

A u s g a b e n :

Ortszuschuß zur Krankenunterstützung 222 Fälle	220,50 Mf.
örtliche Beerdigungsbeihilfe, 16 Fälle	307,— "
Rechtschutzkosten, 3 Fälle	52,— "
Extra-Unterstützungen, 3 Fälle	34,— "
Reife-Unterstützungen, 14 Fälle	15,— "
Gehalt, Entschädigung, Prozente	3787,23 "
Materialien, Miete, Telefon	892,78 "
Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen	14,— "
Partell- und Sekretariatsbeiträge	285,— "
Porto, Telegramme zc.	463,62 "
Festbesitz	22,50 "
Zum Wahlfonds	50,— "
Weihnachtsgeschenk an Arbeitslose	64,— "
An die Hauptkasse gesandt	16134,75 "
Kassenbestand	1291,02 "
Zusammen	23 633,40 Mf.

Die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten der Bevollmächtigte August Gebert, der Kassierer Gust. Kahlert, der Schriftführer Ernst Schepfle, die Revisoren Korn und Hader.

**Charlottenburg,** den 18. Januar 1908. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf gibt Kollege Gebert den Geschäftsbericht und weist auf die Entwicklung der Verwaltung Charlottenburg hin.

Im Jahre 1901 wurde die Verwaltung Charlottenburg mit 277 von Berlin überwiesenen Mitgliedern gegründet. Aufnahmen erfolgten:

Aufnahmen	Ausgeschieden		Bestand
	männl.	männl.	
1901	277		52
1902	367	315	78
	64	30	
1903	532	366	244 1
1904	476	295	1 425 1
1905	788	319	13 894 27
1906	898	616	12 1176 59
1907	643	786	20 1053 71

Der Kassenbestand war am Schluß der Jahre folgender:

	Einnahmen	Ausgaben	Bestand
1901	1426,65	1340,68	85,97
1902	1046,77	972,97	73,80
1903	2790,70	2512,81	277,89
1904	5209,59	4676,73	532,86
1905	13055,89	12420,62	635,27
1906	20773,41	19887,64	885,77
1907	23633,40	22342,38	1231,02



An Schriftstücke gingen ein und aus im Jahre:

	Eingänge	Ausgänge
1905	311	2686
1906	408	3324
1907	624	5325

Angefertigt für Mitglieder wurden im Jahre:

1905	124	Schriftstücke
1906	162	"
1907	149	"

Auskunft verschiedener Art wurden im Jahre:

1905	155
1906	297
1907	354

Personen gegeben.

Sitzungen wurden abgehalten im Jahre:

	öffentl. Verf.	Mitgl.-Verf.	Sitzungen
1905	17	14	185
1906	18	20	664
1907	13	17	365

Im Jahre 1907 hatten wir 13 Lohnbewegungen zu verzeichnen:

Ohne Streit und mit Erfolg . . . . . 9  
Mit Streit . . . . . 2

Zurückgestellt wurden zwei Lohnbewegungen. Die Müllfischerausperrung verursachte 5 464,20 Mark Ausgaben.

An Unterstützungen wurden gewährt 5378,45 M. An den Lohnbewegungen im Jahre 1907 waren 450 Personen beteiligt.

Im Jahre 1905 waren an Lohnbewegungen 250 Personen beteiligt und kosteten 3569,— Mark.

1906 378 Personen kosteten 4014,40 M.  
1907 450 " " " 8631,15 "

Seit Bestehen der Ortsverwaltung wurden aus Ortsmitteln ausgegeben:

Für Krankeunterstützung	1884,80 M.
Für Sierbegeh	427,—
Für Rechtschwelken	908,37 "
Für Extra-Unterstützungen	304,—
Für Reiseunterstützungen	15,—
Für Streit- und Gemäßregelungen-Unterstützung	8631,15 "

Zusammen 12 170,92 M.

Aus all den hier aufgeführten Zahlen ist zu ersehen, welche Arbeit zu bewältigen war, ebenso welche Summen der Mitgliedschaft wieder zurückerstattet worden sind. Zur letzten Statistik wurden 1250 Karten ausgegeben, ausgefüllt haben 704 Kollegen die Karten, der Lohn betrug insgesamt für diese 704 Kollegen 15 387,58 M. oder pro Mitglied und Woche 21,85 Mark.

Das Jahr 1908 wird in der Agitation ein Arbeitsreiches sein.

Nachstehende Kollegen wurden in die Verwaltung gewählt:

Zur Bezirksleitung Gr. Berlin: Wilhelm Rosenfranz. Zum Gauvorstand: Wilhelm Rosenfranz.

Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission: August Gebert, Ernst Scheppte und Wilhelm Rosenfranz.

Hierauf erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

**Deffau.** Am Sonnabend, den 8. Februar, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Der Gauleiter hielt zunächst einen Vortrag über „Das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag“. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall und wurde eine Diskussion nicht beliebt, sodaß die Verbandsangelegenheiten erledigt werden konnten. Der Besuch dieser Versammlung ließ viel zu wünschen übrig, trotzdem gerade die im Handlungsgewerbe Beschäftigten alle Ursache haben sich zu vereinigen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Deshalb, Kollegen, hinein in die Versammlungen, jede ist interessant gestaltet für Euch, nur dort müßt Ihr Euch aussprechen, dort seid Ihr unter Euch und ein paar Stunden frei. Dann wird es auch hier am Orte vorwärts gehen.

**Eiberfeld-Barmen.** Die am Sonntag, den 19. Januar, tagende Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle war gut besucht. Die vom Bevollmächtigten und Kassierer erstatteten Geschäfts- und Kassenberichte für das 4. Quartal und das Jahr 1907 wurden beifällig angenommen. Die Verwaltungsstelle hat sich im 4. Quartal sowie im Jahre 1907 gut entwickelt. Im 4. Quartal stieg der Markenumsatz um 760 Stück. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 870 männliche und 10 weibliche. Am 1. Januar betrug die Mitgliederzahl 332 und stieg bis zum Schluß des Jahres auf 880, wozu gegen den Markenumsatz im 4. Quartal 1907 gegenüber dem 4. Quartal 1906 von 2190 auf 4283 stieg, also sich fast verdoppelte. Der Markenumsatz betrug im 4. Quartal 1906 pro Mitglied 6,8, im 4. Quartal 1907 pro Mitglied 11,2, das ist ein netter Fortschritt.

Die Neuwahlen zeitigten nachstehendes Ergebnis. Es wurden gewählt: zum 1. Bevollmächtigten Kollege J. Walgenbach, zum 2. Bevollmächtigten Ferd. Joll, zum 1. Kassierer Th. Hof, zum 2. Kassierer O. Döbel, zu Beisitzern die Kollegen Fr. Bregel, E. Hummel, P. Schmidt, W. Schröder, G. Buhn und D. Brodersen. Zu Revisoren wurden die Kollegen Hellmann, Gollas und Engelhardt gewählt. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission in Barmen wurden die Kollegen Körber und Joll und in Eiberfeld Mehler und Bregel gewählt. Zu Mitgliedern des Gauvorstandes wählte die Generalversammlung die Kollegen Aug. Mehler, Emil Reisch, Wih. Grüßenbach und Chr. Hornmann.

Der Antrag der Ortsverwaltung auf Einführung eines Einheitsbeitrages von 45 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder wurde vom Kollegen Wender begründet. Durch Einführung der Einheitsmarkte sollen alle Nebenmarkten, wie Streifbeiträge, Sekretariatsmarkte usw. in Wegfall kommen. Die während der Diskussion gestellten Anträge auf Einführung eines Einheitsbeitrages von 50 Pf. und Abstimmung wurden abgelehnt und der

Antrag der Ortsverwaltung mit großer Majorität angenommen.

Nach Erledigung einiger anderer Verbandsangelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** Am Sonntag, den 2. Febr. fand unsere Jahres-Generalversammlung statt, die äußerst zahlreich besucht war. Aus dem Bericht des Vorstandes, welcher vervielfältigt den Mitgliedern übergeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit im verflorenen Jahre eine sehr lebhaft war. Es haben stattgefunden 115 öffentliche Versammlungen, 11 Mitgliederversammlungen und 147 Besprechungen und Sitzungen. In 18 Betrieben gingen die Kollegen ernstlich an die Verbesserung ihrer Lage. In 9 Fällen mußte den Unternehmern durch Arbeitsniederlegung eine Verbesserung abgerungen werden, während in den übrigen 9 Fällen ohne Arbeitsniederlegung wesentliche Vorteile erzielt werden konnten. In allen Lohnbewegungen waren 1028 Kollegen beteiligt. In 18 Fällen fanden mit den Unternehmern Tarifvereinbarungen statt, während in 5 Betrieben ohne Tarifabschluß Verbesserungen eintraten. Alle Bewegungen endeten mit Erfolg und trat in den meisten Fällen neben verschiedenen anderen Vergünstigungen eine Erhöhung des Lohnes von 8 Mark pro Mann und pro Woche ein. Die Lohnbewegungen entfielen auf folgende Branchen resp. Betriebe und zwar ohne Streit:

Frankfurter Konsum-Verein mit	24	Beteiligten
Frankfurter Bäckerhausburschen mit	500	"
Eisfabrik von Günther mit	52	"
Expeditions-Geschäft Kiel mit	20	"
Frankfurter Paketfabrik-Gesellschaft mit	25	"
Zeitungs-Druckerei mit	135	"
Expeditions-Geschäft Hofmann mit	88	"
" " " " " " " " "	18	"
" " " " " " " " "	8	"

Die Streiks entfielen auf: Wächter der Bewach- und Schließabteilung 20 Beteiligten, Möbeltransportarbeiter mit 112, Deutsch-Amerik. Petroleum-Gesellschaft mit 8, Kohlenarbeiter mit 4, Molkerei Alex. Schloß mit 14, Frankfurter Paketfabrik-Gesellschaft mit 25, Expeditions-Geschäft von Brill mit 6, Milch-Anstalt Franck-Sachsenhausen mit 10.

Beachtenswert ist die in jedem Quartal wiederkehrende Aufwärtsbewegung der hiesigen Verwaltungsstelle. Im ersten Quartal 1908 wurden 665 Mitglieder gezählt, am Jahresschluß 664, im ersten Quartal 1907 806 und am Schluß des Jahres 1907 bereits 867. Zurzeit ist die Zahl 1000 überschritten. In demselben Verhältnis hat sich auch der Verkauf von Beitragsmarken in jedem Quartal bedeutend gehoben. Während 1908 nur 21.819 Beitragsmarken verkauft worden sind, betrug die Zahl 1907 schon 31.888, also ein Mehr von 10.269. Im verflorenen 4. Quartal allein hob sich der Markenverkauf gegenüber dem dritten um 1026.

Daß die Mitglieder auch bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und in sonstigen Fällen in der Organisation eine kräftige Stütze finden, beweisen folgende Zahlen: An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt 1228 M. In Krankheitsfällen 1259,80 Mark. An Beerdigungsbeträge 100 Mark. Extraunterstützung 40 Mark. Streikunterstützung 548,85 Mark. An Gemäßregelungenunterstützung 44 Mark. Für Rechtschutz wurden 164 Mark verausgabt. Hierzu kommen noch eine Reihe anderer Unterstützungen, welche aus der Ortskasse bezahlt wurden, wie Reiseunterstützung 101,— M. u. s. w., sodaß die Gesamtsumme 3855,80 Mark beträgt.

Auch die Büroaktivität war äußerst rege, es mühten wiederholt Hilfskräfte eingestellt werden und im Geschäftsjahr machte sich die Einrichtung eines zweiten Büros, notwendig. In Eingängen waren zu verzeichnen: 452 Briefe und Karten, 84 Drucksachen, 267 Pakete. Es gingen aus: 675 Briefe und Karten, 2998 Drucksachen, 1 Paket. Ferner wurden 27 Schriftstücke für Mitglieder angefertigt. Der Arbeitsnachweis des Verbandes gestaltete sich folgendermaßen: Gemeldet wurden 286 Stellen, darunter 72 zur Ausbille. Belegt wurden 200 Stellen, darunter 66 zur Ausbille.

Daß unser Arbeitsnachweis gut bekannt ist, beweisen mehrere Schreiben, die ohne nähere Adresse durch die Post an uns gelangten. So adressierte ein Arbeitsuchender, „An das erste Stellenvermittlungsbüro in Frankfurt a. M.“ und ein anderer: „An einen Herrn Stellenvermittler“. Beim Bericht über den Arbeitsnachweis wurde weiter darauf hingewiesen, daß leider noch immer zu wenig offene Stellen von den Kollegen selbst gemeldet werden. Es ist Pflicht eines jeden, sofort dem Büro Mitteilung zu machen, wenn irgendwo Stellen frei werden.

An den Geschäfts- und Kassenbericht knüpfte sich eine längere Diskussion, in der alle Redner ihre Befriedigung über die erzielten Erfolge aussprachen. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig dem Kassierer, sowie dem Gesamtvorstand Decharge erteilt.

Eine längere Aussprache führte auch die von verschiedenen Kollegen gewünschte Anstellung eines besoldeten Kassierers herbei, jedoch wurde dieser Punkt noch zurückgestellt. Der Punkt: Wie stellen sich die Mitglieder zur Einführung eines 50 Pfg.-Beitrages, wurde nach kurzer Debatte den Vertrauensmännern zur Weiterberatung überwiesen.

Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes nahmen die Kollegen fast alle wieder ihre Ämter an. Die Wahl der Bevollmächtigten fiel auf Franz Arnold und Fritz Richter. Zu Kassierern wurden bestimmt als erster Paul Ständer, als zweiter Konrad Meier. Als Schriftführer fungieren Fr. Ginkel und O. Rothfuß. Die Wahl der Revisoren fiel auf die Kollegen L. Naumann, J. Gugau und John und die der Beisitzer auf J. Micho, J. Koppold und Frau Schulze.

**Freiburg.** In der am 26. Januar 08 abgehaltenen Versammlung referierte ein Kollege aus Breslau über „Arbeitgeberverbände und deren Einflüsse auf die Lebenshaltung der Arbeiter“.

Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vom Kassierer, Kollegen Geister, vorgetragen und fand allgemeine Zustimmung der Versammlung. Es wurde demselben für seine Mühewaltung Decharge erteilt.

**Stettin.** In der Generalversammlung am 26. Januar wurde der Geschäftsbericht gegeben. Die Zahl der Mitglieder ist von 80 auf 120 gestiegen. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigte Dooße und Feldhaus, Kassierer Becker, Schriftführer Heidebach und Kaiser, Kartellbelegte Becker und Gottwald, Revisoren Kehl und Ut.

**Görlitz.** Die am Sonntag, den 26. Januar, statt gefundene öffentliche Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. In Stelle des durch Krankheit verhinderten Gauleiters referierte ein Kollege aus Dresden über das Thema: Die herannahende wirtschaftliche Krise und welche Gefahren drohen speziell den ungelerten Arbeitern? In eingehender Weise schilderte Redner die gegenwärtige Lage, die enorme Preissteigerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die überaus lange Arbeitszeit. Dem kann nur durch eine starke Organisation entgegengetreten werden. Die Arbeiter sollten sich an den disziplinierten Unternehmerverbänden ein Beispiel nehmen. Redner schloß mit einem Appell an die Kollegen, dem Verbände beizutreten und durch Aufklärung und Kleinagitation dafür zu sorgen, daß auch in unserem Berufe bald bessere Verhältnisse platzgreifen. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Vortrages. Besondere Entrüstung rief das Vorgehen des Görlitzer Magistrats hervor, welcher die Notlage der Arbeiter ausnützt und für Arbeiten in den der Stadt gehörigen Sandgruben einen Stundenlohn von 16—20 Pf. zahlt, letzteren jedoch erst dann, wenn der betreffende Arbeiter mindestens 4 Kinder zu ernähren hat und muß er hierüber noch eine polizeiliche Bestätigung mitbringen. Nach dem Schlußwort des Referenten ließen sich eine Anzahl Kollegen erfreulicherweise in den Verband aufnehmen und ist somit wieder ein, wenn auch nur kleiner, Schritt nach vorwärts getan.

**Sarburg.** Am Sonntag, den 26. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal erstattete der Kassierer. Einnahme 1169,88 M., Ausgabe 878,70 M., davon an die Hauptkasse 680,15 M., ergibt einen Kassenbestand von 284,68 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Kollege Haegell. Die Arbeiten wurden erledigt in 23 Sitzungen und 14 Versammlungen, der Besuch derselben war ein zufriedenstellender. Lohnbewegungen fanden 8 statt, welche mit einer kleinen Lohnerböschung vorläufig ihre Erledigung fanden. Die Mitgliederzahl stieg auf 154 gegen 89 im Vorjahre und Vergnügen fanden drei statt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Bericht einverstanden. Die Neuwahlen ergaben: Haegell, 1., und Benecke, 2. Vorsitzender, Augustin, Kassierer, und Lühring, Schriftführer, sowie als Revisoren Möller, Müller und Dittmer. Ferner wurden als Hilfskassierer Wendt, Cohrs, Carlson und Lenthin gewählt und als Kartellbelegte Lühring und Benecke.

Ein vom Kollegen Thiele gestellter Antrag, Einführung von Stallbelegten resp. Agitationskommission betreffend, wird der Vorreil derselben seitens der Versammlung anerkannt, die Sache aber bis zur nächsten Versammlung verlagert.

Das Versammlungslokal bleibt dasselbe. Die Versammlungen finden jeden letzten Sonnabend im Monat, abends 9 Uhr, statt. Beschlossen wird, ein Sommervergnügen abzuhalten, die Arbeiter einem fünfgleidrigen Ausschuß überweisen.

Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, stets agitatorisch zu wirken und Mitglied der politischen Organisation zu werden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Königsberg i. Pr.** Am 2. Februar fand unsere Generalversammlung, die von ca. 200 Kollegen und einer Anzahl Frauen besucht war, statt. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht für das Jahr 1907.

Die erfreuliche Entwicklung, die wir am Schluß des Jahres 1906 verzeichnen konnten, hat leider einem gewissen Stillstand Platz machen müssen. Die Ursachen hierfür sind in dem schlechten Geschäftsgang in fast allen Branchen zu suchen. Die Arbeitslosigkeit war die Signatur des ganzen Herbst und Winters 1907. Im Monat Januar 1908 haben wir z. B. fünfmal soviel Unterstützung an Arbeitslose zahlen müssen, als im gleichen Monat im Vorjahr.

Die organisierten Arbeiter hatten sich an das Stadtparlament gewandt, mit dem Ersuchen, etwas gegen die große Arbeitslosigkeit zu tun.

Trotzdem Tausende ohne Arbeit sind, hungern und frierend die Straße durchwandern, erklärte unsere 8mal gescheite Stadtverordnetenversammlung „Notstand ist nicht“, die Arbeitslosigkeit sei nicht größer als in anderen Jahren um diese Zeit. Die Herren Stadtvertreter müssen geradezu blind sein, wenn sie das Elend der Arbeitslosigkeit nicht sehen. Wer heute nur als Fremder die Straßen Königsbergs durchwandert, dem muß es auffallen, daß hunderte kräftige Männer in den besten Jahren an den Straßen und Plätzen herumstehen Leute, denen der Hunger aus dem Antlitz blüht, Männer, die gern arbeiten, gern schaffen möchten, um Brot für die hungernden Kinder schaffen zu können.

Aber was kümmert unsere „arbeiterfreundliche“ Stadtverordneten die Not der Arbeiter, die Herren im Stadtparlament haben gewiß keine Not, ihnen hat ja die gute Zeit soviel abgeworfen, daß sie jetzt schmugelnd dem Elend des Volkes zusehen können.

Der Kampf um die Sonntags-Ruhe im Handlungsgewerbe fand auch unsere Organisation auf dem Wasser. Am 2. Januar 08 trat das neue Ortsstatut betreffs die Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe in Kraft, welches zwar noch nicht dem entspricht, was wir verlangen, aber gegenüber



dem bisherigen Zustand eine wesentliche Verbesserung bedeutet. Für alle Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelbranche, Kneberei und Expeditionsgeschäfte gilt demnach die völlige Sonntagsruhe.

Im letzten Jahre ist es gelungen, die Fensterputzer zu organisieren, von 40 hier arbeitenden Putzern gehören 34 unserem Verband an, auch hatten wir für diese Kollegen schon ein kleines Schamügel mit der Firma Friesecke. Nicht der Putzer ist es, sich im nächsten Jahre noch mehr dem Verband, der den Herren Reinigungs-Instituten haben so verhaßt ist, zu widmen, damit wir in der Lage sind, auch diesen Kollegen vernünftiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen.

Der Taxameterkutscher-Streik ging leider durch Verrat verloren. Mangel war jedoch diese Bewegung auch nicht, kleine Verbesserungen wurden gewährt. Hier muß es heißen, aufgehoben ist nicht aufgehoben. Mit der Königsberger Margarine-Fabrik wurde ein Lohn- und Arbeits-Vertrag abgeschlossen. Die Organisierung der jugendlichen Kollegen wurde mit teilweisem Erfolg in Angriff genommen. Unter den Zeitungsträgerinnen ist ebenfalls Agitation betrieben worden und haben wir deren 84 im Verband. Trotz alledem ist die Mitgliederzahl etwas gefallen, am Schlusse des Jahres 1907 hatten wir 1299 Mitglieder.

Der Durchschnittslohn ist laut Angaben der Mitglieder auf den statistischen Karten Mt. 18,21 pro Woche. Daraus sehen die Kollegen, wieviel Arbeit es noch gibt, um die Löhne in Einklang zu den hohen Lebensmittelpreisen und hohen Wohnungsmieten zu bringen.

So manches, was von Interesse für die Kollegen ist, wäre noch anzuführen, doch wollen wir auf den gedruckten Jahres-Bericht verweisen, den jeder hiesige Verbands-Kollege zugestellt bekommt.

Hat uns das letzte Jahr bezüglich Ausbreitung des Verbandes nicht befriedigt, so muß dies ein Ansporn sein für jeden Königsberger Verbandskollegen mit aller Energie für die Organisation zu arbeiten. Unterstützt die Ortsverwaltung, damit die Agitation gute Früchte trägt, die Scharte vom vergangenen Jahre muß wieder ausgemerzt werden; deshalb Kollegen werbet für den Verband, für unsere gerechte Sache, ein jeder Helfer, der es ehrlich meint mit der Arbeiterschaft, sei uns willkommen. Vorwärts trotz alledem.

In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Friedrich Räder erster Vorsitzender, Max Seibel zweiter Vorsitzender, Fritz Strunze Kassierer, Gust. Mittendorf Schriftführer, Kewien, Köhler, Spieswinkel Revisoren. Beisitzer: Wagner, Schwemmer, Krüger, Drey, Behrendt. Kartelldelegierte: Pahlbeck, Arend, Gause, Drey, Erdmann, Seibel.

**Zittau i. S.** Am Sonntag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, fand eine Transportarbeiter-Verammlung statt, in welcher der Gauleiter über das Thema: "Die wirtschaftliche Krise und ihre Wirkungen" referierte. Der Referent zeigte der Versammlung in ausführlicher Weise, wodurch die Krise entstanden ist, wer die meiste Schuld daran trägt und wer am meisten darunter zu leiden hat, er kritisierte scharf, daß bei der allgemeinen Teuerung die Löhne fast dieselben geblieben sind und ermahnte die Kollegen, ebenfalls wie anderweitig einig zu sein, damit man auch hier an die Besserung der geradezu elenden Löhne herangehen könne. Kräftiger Beifall bewies, daß die Versammlung mit seinen Ausführungen einverstanden war. An der darauffolgenden regen Diskussion beteiligten sich noch mehrere Kollegen.

Dann wurde eine Zahlstelle gegründet und als Bevollmächtigter Kollege Winkler, als Kassierer Kollege Schulz gewählt. Es liegt nun an den Kollegen, durch rege Mitarbeit dafür zu sorgen, daß die Zahlstelle sich recht bald vergrößert, welches im Interesse aller unserer Berufskollegen liegt, damit endlich mal kräftig heraus gemacht werden kann mit den elenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen der hiesigen Kollegen.

Nur vorwärts! heißt unsere Parole. Stillstand ist Rückgang!

**Mainz.** Am 2. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Den Jahres- und Kassenbericht erstattete der Kollege Grieb, aus demselben war zu ersehen, daß auch in diesem Jahre eine rege Tätigkeit von Seiten der Verwaltung entfaltet wurde. Lohnbewegungen fanden 2 statt, und zwar mit der Vereinigung der Mainzer Expediteure, dem Mainzer Fuhrhalterverband und dem Verein der Mainzer Droschkenbesitzer. In beiden Bewegungen kam es nach langen Verhandlungen und mit Hilfe des Gewerbegerichts zu einem Tarifvertrag, welcher für alle Beteiligten eine bedeutende Lohnerhöhung brachte. Differenzen wurden in einem Falle von dem Gauleiter und in 10 Fällen von der Ortsverwaltung geregelt. Versammlungen wurden abgehalten 10 öffentliche, 85 Mitglieder- und eine Generalversammlung. Besprechungen und Sitzungen fanden 49 statt. Eingaben an Behörden wurden 8 gemacht. Der geschäftliche Verkehr drückt sich in folgenden Zahlen aus: Eingänge: jeglicher Art 178, Ausgänge 504. Auch in Nombach, Bregenheim und auf den Backsteinfabriken bei Sechtshelm gelang es der Ortsverwaltung, die dort beschäftigten Fuhrleute zu organisieren. Nun wird es die Aufgabe der dortigen Kollegen sein, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann unserer Organisation zugeführt ist, um dann gemeinschaftlich den Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahr von 228 auf 848, eine absolute Zunahme von 120 Mitgliedern. Neu aufgenommen wurden 191 männliche und 8 weibliche Mitglieder, zugereist sind 4, aus anderen Verbänden übergetreten 17.

Der Abgang beträgt: abgereist 7, ausgestiegen 6, zum Militär eingezogen einer, wegen Rückstand gestrichen 81 Koll. Der Markenumsatz ist von 7187 im Vorjahre auf 12788 im Berichtsjahre gestiegen.

Am 1. Oktober wurde mit der Anstellung eines Ortsbeamten zugleich ein Arbeitsnachweis errichtet. Die Nachfrage der Stellensuchenden war eine sehr rege, es meldeten sich 81 Kollegen. Gemeldet wurden 10 Stellen, besetzt 9, 8 Stellen für fest und eine zur Aushilfe, der Lohn betrug in 5 Fällen 24,50 Mt., in 2 Fällen 19.— Mt., in einem

Falle 28.— Mt., und in einem Falle 24.— Mt. Zur Aushilfe auf kurze Zeit wurden Stellen in 9 Fällen gemeldet und besetzt. Kollege Grieb ermahnte die anwesenden Kollegen, noch mehr wie seither für den Arbeitsnachweis mitzuwirken, gleich wenn eine Stelle frei würde, sofort dem Arbeitsnachweis zu melden, damit dieselbe gleich durch einen arbeitslosen Kollegen besetzt werden könnte. Redner appellierte noch an die anwesenden Kollegen, wie im Vorjahre, so auch in diesem Jahre, treu zur Organisation zu halten und den letzten Indifferenten unserer Organisation zuzuführen, damit wir allen Scharfmacherplänen des Unternehmertums mit Ruhe entgegen sehen können. Daraus gab Kollege Grieb die Abrechnung vom 4. Quartal und vom Weihnachtsfest, bei welchem 72,60 Mt. Ueberschuß erzielt wurden. Im Namen der Revisoren gibt Kollege Balzer bekannt, daß dieselben die Abrechnung und Kasse geprüft und alles für richtig befunden haben, darauf wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Der Kartellbericht erstattete der Kollege Peutes, und wurde dieser mit großem Beifall aufgenommen.

Bei der nun folgenden Neuwahl wurde als 1. Bevollmächtigter Kollege Heinrich Balzer, als 2. Bevollmächtigter Kollege Hermann Vorwerk, als 1. Schriftführer Kollege Johann Peter Naß gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Emil Briten, Heinrich Sachse und Philipp Klein gewählt.

Im Punkt Verschiedenes wurde das Anwortschreiben der Großherzoglichen Bürgermeisterei auf unsere Eingabe zur Errichtung einer Fahr- und Fachschule verlesen, welches dahin gipfelte, daß die Eingabe der Deputation für die Verwaltung der Straßenbahn zu weiteren geschäftlichen Behandlungen zunächst überwiesen worden ist.

**Rosert.** Am Sonntag, den 26. Januar fand eine Transportarbeiter-Verammlung statt, in welcher ein Kollege über "Bessere Löhne in unserem Berufe und Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel" referierte.

Die Versammlung hätte wohl, wenn man die Roserter Löhne und Arbeitsverhältnisse in Betracht zieht, besser besucht sein müssen, es wurden gegen 400 Zettel ausgegeben, erschienen waren ca. 40 Personen.

Die Interesslosigkeit der Roserter Transportarbeiter ist geradezu sträflich, dazu kommt die wahrhaft epidemische Vereinsmeierei, die die Kollegen untereinander spaltet. Man greift nicht zu weit, wenn man die Zahl der verschiedenen Klimbimvereine auf 85-40 schätzt, die sämtlich kein Interesse an der Besserung der Lage der Arbeiterschaft haben, sondern von Arbeitgebern und Geistlichen geleitet und protegirt werden, zum Schaden der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft.

Der Referent behandelte das Thema in ca. 1/2stündigen Ausführungen und zeigte den Anwesenden die Wege, welche zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen, nämlich nur allein die Organisation in kapitalträchtigen Zentralverbänden, frei von aller Bevormundung von Kapitalisten und dem Merkantilismus.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen in polnischer Sprache, welche die Roserter Verhältnisse im Transportgewerbe kräftig unter die Lupe nahmen und in scharfer Weise die Gleichgiltigkeit der Roserter Kollegen rügten. Wenn die Roserter Kollegen nur etwas fleißiger die Versammlungen und weniger die Diskillen besuchen möchten, dann würden auch hier bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Nach Schluß der Versammlung ließen sich einige Kollegen aufnehmen.

Es wurde den Kollegen dann noch bekannt gegeben, daß am Sonnabend, den 29. Februar, abends von 8 1/2 Uhr ab im Lokale Wasserstraße Nr. 27 1, ein Familienkränzchen verbunden mit Maskenball, Rappenpolonaise re. stattfinden, und dieselben er sucht, eifrig für guten Besuch dieses Festes zu sorgen.

**Wohlau.** Am Sonntag fand hier eine Versammlung aller im Transportgewerbe tätigen Arbeiter statt, in der der Gauleiter über das Thema "Warum müssen wir uns organisieren" sprach. An der Hand reichhaltigen Materials wies der Redner nach, daß es heute nur einer starken Organisation möglich ist, dem Unternehmertum etwas abzurufen. Gerade in unserem Berufe herrschen noch die miserabelsten Löhne von 15-18 Mt., dazu eine Arbeitszeit von 16-18 Stunden. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß sich jeder Berufskollege der Organisation anschließt. Nur vereint sind wir eine Macht, vereinzelt sind wir nichts.

**Sangerhausen.** Generalversammlung am 11. Januar 1908. Was den Kassenbestand anbelangt, so kann er als nicht sehr günstig bezeichnet werden, da er durch den Streik in Garzer Werken stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Aber deshalb gilt es, Kopf hoch und nicht ruhen und rasten, bis wir auch den letzten Mann unserer Kollegen dem Verband zugeführt haben. Vorausgesetzt, daß alle Quertreibereien und Uneinigkeit unter den Kollegen ein Ende nehmen. Zur Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Siebenhüner als 1. Bevollmächtigter, Langenhahn als Kassierer, Uebau als Schriftführer, Ohrig als 2. Bevollmächtigter und Bloßfeld als 2. Schriftführer. Als Revisoren die Kollegen Kirchner, Berndt und Ferk. Waldmann. Unter Verschiedenes wurde über das Kleben der Streifenmarken verhandelt, weil sich Kollegen weigern, Streifenmarken zu nehmen, wozu sie laut Statut verpflichtet sind, um nicht der Unterstützung verlustig zu gehen. Weiter wurde beschlossen, in eine höhere Beitragsklasse zu treten, was sehr nötig ist, denn beim Streik der Garzer Werke hat sich gezeigt, daß mit der Unterstützung in der dritten Beitragsklasse keine Familie leben kann. Es soll in dieser Sache eine Urabstimmung vorgenommen werden. Zu wünschen bleibt nur, daß die Versammlungen besser besucht würden, damit jeder seine Interessen wahrnehmen kann und wir auf alle Fälle gerüstet sind, eingedenk des Wahlspruchs: Vorwärts, auf zum Sieg!

**Waldenburg i. Schles.** Die am 2. Februar tagende Generalversammlung war sehr schlecht besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Lachmitt in der üblichen Weise gelehrt. Gauleiter Frisch vom Textilarbeiter-Verbande hielt dann einen Vortrag über: "Wie kann dem Arbeiter geholfen werden?" und erntete dafür reichen Beifall. Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl der Ortsverwaltung. Es wurden

gewählt: Kollege Hermann Schmidt als Bevollmächtigter, Kollege Gustav Schade als Kassierer, Kollege Richard Lauffmann als Schriftführer, Kollegen Hiescher und Kiese als Revisoren, Kollegen Walter und Thiel als Beisitzer, Kollegen Schade und Wagner als Kartelldelegierte. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an und ermahnten die Mitglieder zu treuer Pflichterfüllung und verstärkter Agitation, damit wir im neuen Jahre wieder vorwärts kommen. Daraus Schluß der Versammlung.

**Wiesbaden.** Am Montag, den 20. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt.

Den Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte Kollege Meffert. Aus demselben ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 16 Mitglieder- und 18 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Die Geschäfte des Vorstandes wurden in 23 Vorstandssitzungen erledigt. Am Mitgliedern wurden im Laufe des Jahres 197 aufgenommen, welche zum Teil wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Der Kassenbericht, den Kollege Metz gab, weist eine Einnahme von 1880,87 Mt. auf, die Ausgaben belaufen sich auf 1679.— Mt., sodas am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 151,87 Mt. verbleibt. Die Diskussion über obigen Bericht war eine äußerst rege und bewies aufs neue, mit welchem Interesse die Kollegen den Gang der Geschäfte verfolgen. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Kollege Sattig, 2. Bevollmächtigter Kollege Faust, Kassierer Kollege Metz, Schriftführer Kollege Weseler, Beisitzer die Kollegen Gahn, Staudt und Becker, Revisoren die Kollegen Geuer, Kern und Meffert, Kartelldelegierte die Kollegen Metz und Faust.

Nachdem noch Kollege Meffert zu fleißiger Mitarbeit aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Zittau i. S.** Das Jahr 1907 hat, in bezug auf Arbeit, der Ortsverwaltung viel auferlegt. Noch in keinem Jahre zuvor ist so intensiv gearbeitet, ist so stramm agitiert worden.

Es fanden statt 8 öffentliche Versammlungen, 10 Mitglieder-Versammlungen und 20 Besprechungen und Sitzungen. Dies alles in der Hauptsache für die Expeditions- und Schwerfuhrwerks-Kutscher, um in diesen Branchen einen besseren Lohn zu erringen. Bedauerlicherweise erft groß war, fielen doch die meisten im entscheidenden Momente um, und wir mußten von einer Arbeitseinstellung absehen, bezw. für dieses Jahr die Lohnbewegung ganz ausgeben.

Weiter fanden noch ein Vergnügen und ein Ausflug im Hochsommer, nach den Glöckern in Böhmen, statt, woran die Kollegen lebhaften Anteil nahmen. Auch trugen diese beiden Vergnügen dazu bei, sich untereinander besser kennen zu lernen.

Alle anderen Arbeiten ergeben sich am besten aus dem nachfolgenden Kassenbericht:

Einnahmen:

Kassenbestand am 1. 1. 07	21,19 Mt.
64 Aufnahmegebühren à 1 Mt.	64,— "
4780 Beiträge à 0,80 Mt.	1419,— "
687 Beiträge zum Streifonds	107,10 "
169 Dertliche Zuschußbeiträge à 0,05 Mt.	8,45 "
60 " " " " à 0,10	6,— "
Summa	1625,74 Mt.

Ausgaben:

Für Ortszuschuß zur Reiseunterstützung in 4 Fällen	4,— Mt.
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Prorante usw.)	223,59 "
b) sächliche (Materialien)	18,40 "
für Versammlungen, Annoncen, Referate und Druckfachen	21,05 "
" Bibliotheksbücher und Zeitschriften	4,77 "
" Kartell- und Sekretariatsbeiträge	77,— "
" Porto, Telegramme usw.	19,54 "
" Fest-Deftzeit	18,50 "
" sonstige Ausgaben	27,20 "
Au die Hauptkasse gesandt	1178,84 "
Summa	1582,89 Mt.

Bilanz:

Einnahmen	1625,74 Mt.
Ausgaben	1582,89 "

Kassenbestand am 31. 12. 07 42,85 Mt.

Mitgliederbewegung pro 1907:

Mitgliederbestand am 1. 1. 07	86 männliche — weibliche
Aufgenommen und übergetreten aus andern Verbänden	70 " — "
ausgetreten	156 männliche — weibliche
Ausgeschieden im Laufe des Jahres	46 " — "

Mitgliederbestand am 31. 12. 07 110 männliche — weibliche

An Unterstützungen von der Hauptkasse wurden bezahlt:

Für Krankenunterstützung	58,— Mt.
" Arbeitslosenunterstützung	50,50 "
zusammen	108,50 Mt.

Möge dieses alles dazu beitragen und die Kollegen anspornen, mitzuwirken an dem großen Werk des Fortschritts. Noch ca. 400 Kollegen sind in Zittau zu organisieren, die in unseren Verband gehören. Es gibt also noch ein großes Stück Arbeit und jeder muß bestrebt sein, dem Verband neue Kollegen zuzuführen, daß, wenn wir wieder eine Lohnbewegung aufnehmen, auch stark sind, und unsere Wünsche eventl. durch eine Arbeitseinstellung erzwingen können. Auch Zittau muß mit fortschreiten in der Gewerkschaftsbewegung, und gerade die Kutscher sind diejenigen, die am allerschlechtesten bezahlt werden. Nicht durch Litzingelder und Betrug wollen wir uns bessere Verhältnisse schaffen, sondern auf reellem Wege. Und einen anständigen Lohn fordern wir, um leben zu können als Mensch mit unseren Angehörigen. Das zweite Hundert muß im Jahre 1908 voll werden, das ist unser Ziel. Also auf zur Agitation! Auf zu neuer Arbeit!

Verantwortl. Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlag der Buchhdlg. "Courier", O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmitz, Berlin, Kollbergstr. 37.